

Ueli Maurer, Hélène Pastor, Martin Schulz, Therese Frösch, Gregor Gysi

Nummer 21 – 22. Mai 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



«Persönlich haben wir beide eine weisse Weste»

Die Grossbank Credit Suisse und das Prinzip Verantwortung.
Von R. James Breiding und Roger Köppel

Schweizer Mann heute

Eine Standortbestimmung. Von Beatrice Schlag




ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865

EL PRIMERO
CHRONOMASTER 1969

4 194407 006904
21

Es gibt nicht die Belegschaft.
Es gibt nicht das KMU.



Jedes Unternehmen ist einzigartig. Deshalb bieten wir Ihnen passgenaue Versicherungslösungen, die Sie vor den finanziellen Folgen krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheiten schützen.

Lassen Sie sich von uns beraten per Telefon 058 277 18 00 oder auf www.css.ch/unternehmen.
Ganz persönlich.



Intern

Der schärfste Einwanderungskritiker Deutschlands ist ein Türke. Der Schriftsteller Akif Pirinçci rechnet in seinem Bestseller «Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer» mit allem ab, was die progressive Linke als Fortschritt feiert. Grosse deutsche Zeitungen bringen ihn deswegen ernsthaft mit Adolf Hitler oder dem norwegischen Massenmörder An-



«Irrer Kult»: Autor Pirinçci.

ders Breivik in Verbindung. Kulturredaktor Rico Bandle hat Pirinçci in Bonn besucht und einen anderen Pirinçci kennengelernt. Mit neun Jahren war er als Sohn mittelloser Eltern nach Deutschland gekommen, mit vierzehn hatte er bereits das Gesamtwerk Sigmund Freuds gelesen, mit zwanzig seinen ersten Roman auf Deutsch publiziert. Bis heute hat er fünf Millionen Bücher verkauft. Zu seinen grössten Vorbildern gehört – man staune – Nobelpreisträger Günter Grass. **Seite 62**

Die westafrikanischen Wirtschaftsflüchtlinge nennen sich selbst *aventuriers*: Abenteurer. Ihre Reise nach Europa kann Monate dauern, manchmal sogar Jahre. Am gefährlichsten ist die Durchquerung der Sahara. Dort ist die Todesquote etwa doppelt so hoch wie bei der Überfahrt nach Italien. Libyen, dessen Landgrenzen und Küste praktisch ungeschützt sind, ist das gelobte Land, das Sprungbrett nach Europa. Neben Schwarzafrikanern kommen zunehmend auch syrische Kriegsflüchtlinge dorthin, um eine überfüllte Nusschale zu besteigen. Erstmals war unser Reporter Kurt Pelda in Libyen auch mit

Schleppern unterwegs – 25-jährigen Männern, die das Geschäft mit dem Ertrinkungstod zu Multimillionären gemacht hat. Er war bei ihren Partys dabei. Zum Feiern jetten die Schlepper manchmal auch nach Marokko oder gar nach Europa, wo man im Umgang mit Hochprozentigem und Prostitution etwas lockerer ist als im konservativen muslimischen Libyen. Es ist organisierte Kriminalität in Reinkultur. **Seite 28**

Letztes Jahr, an einem Sonntag im November, traf Redaktor Alex Baur den Vater des Jungen, der landesweit unter dem Namen «Carlos» bekannt geworden war. Der Vater erzählte Baur, sein Sohn habe im Gefängnis alle «Carlos»-Artikel der *Weltwoche* gelesen. Ob schon Baur's Beiträge gegenüber dem Problemkind mit dem teuren Sondersetting eher kritisch waren, habe «Carlos» sie als sehr trefend empfunden. Baur sagte dem Vater, er würde gerne mit «Carlos» reden und ihm die Gelegenheit bieten, seine Sicht der Dinge darzulegen. Noch am selben Abend klingelte bei Alex Baur das Telefon. Am anderen Ende der Leitung war «Carlos», der vom Gefängnis aus anrief. Zwei Stunden lang dauerte das Gespräch der beiden, das Resultat war das viel diskutierte Interview, das unter dem Titel «Ich möchte frei sein» in der *Weltwoche* vom 28. November 2013 erschien. Für diesen Beitrag ist Alex Baur nun mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet worden. Wir gratulieren unserem Kollegen herzlich für die hochverdiente Auszeichnung. Das Interview finden Sie auf unserer Homepage www.weltwoche.ch. Neben Baur wurden auch Simone Rau (*Tages-Anzeiger*), Frank A. Meyer (*Sonntagsblick*, *Cicero*) und Mark Dittli (*Das Magazin*) ausgezeichnet.

Ihre Weltwoche

Anlageziele umsetzen.

LGT. Ihr Partner für Generationen.

LGT Bank (Schweiz) AG

www.lgt.ch/beraten



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrig, Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller,

Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,

Kurt Pelda, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, David Schnapp,

Hildegard Schwaninger,

Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),

Maya Wipf (Assistentin)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.

Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





WELCOME TO OUR WORLD

Im Epizentrum extremster Missionen verlassen sich Ausnahmepiloten, die täglich Höchstbelastungen ausgesetzt sind, hinsichtlich Sicherheit ausschliesslich auf die leistungsstärksten Instrumente. Im Epizentrum extremster Missionen ist die Avenger von Breitling in ihrem Element. Die Avenger Modelle, ein Konzentrat aus Performance, Präzision und Funktionalität, zeichnen sich durch ihre ultrarobuste Konstruktion und ihre Wasserdichtheit von 300 bis 3000 Tiefenmetern aus. In diesen authentischen Instruments for Professionals ticken von der COSC – der höchsten offiziellen Instanz in Sachen Zuverlässigkeit und Präzision – Chronometer-zertifizierte Automatikwerke. Willkommen in der Welt von Breitling.

BEYER

UHREN UND JUWELEN

BEYER CHRONOMETRIE AG · BAHNHOFSTRASSE 31 · ZÜRICH
TEL +41 (0)43 344 63 63



SUPER AVENGER II



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Das Drama als Komödie

Die Spitze der Credit Suisse bekennt sich schuldig und rühmt sich einer «weissen Weste». Anstatt schockiert zu sein, gratuliert der Bundesrat. Willkommen in Seldwyla.

Von Roger Köppel

Wann hat es so etwas in der Schweiz schon einmal gegeben? Eine der bedeutendsten Firmen des Landes, die Grossbank Credit Suisse, muss gegenüber den amerikanischen Justizbehörden ein volles Schuldbekennnis als kriminelle Organisation ablegen, weil sie US-Steuerpflichtigen mutmasslich dabei half, US-Recht zu brechen. Zudem wird sie verpflichtet, eine rekordhohe Gesamtbusse von rund 2,6 Milliarden, also 2 600 000 000 Schweizer Franken zu bezahlen. Dieser wirtschaftspolitische Bombeneinschlag löst bei Bundesrat und weiten Teilen der Politik allerdings weder Empörung noch Entsetzen aus, sondern Erleichterung, ja geradezu frühlinghafte Glücksgefühle. Stellvertretend für andere ist Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf froh darüber, dass sich die Grossbank mit den US-Behörden habe «einigen» können. Der Wirtschaftsstandort Schweiz werde gestärkt, lobt die Bündnerin. Und fährt euphorisch fort, die CS mache eine «Fiskalpolitik der Zukunft». Der Bundesrat des Rechtsstaats Schweiz ist begeistert, wenn sich ein Schweizer Grossunternehmen im Ausland zur kriminellen Anstalt erklärt.

Frühlinghafte Glücksgefühle

Doch der Merkwürdigkeiten nicht genug. In ersten Stellungnahmen lobt die Regierung das Schuldeingeständnis der Credit Suisse als kriminelle Organisation plus Rekordbusse nicht nur als begrüssenswerte «Einigung», sondern als private Angelegenheit der Bank. Ist es reine Privatsache, wenn eine der traditionsreichsten Banken des Landes, Säule und einst strahlende Visitenkarte des Finanzplatzes, im mächtigsten Wirtschaftsraum der Welt kleinlaut kriminelle Handlungen zugibt? Das Schuldeingeständnis zieht eine ganze Branche in Mitleidenschaft, ohne dass von den Behörden ein wirklich kritischer Satz zu hören wäre. Auch die Finanzmarktaufsicht (Finma), deren Kernaufgabe es doch wäre, Ansehen und Geltung des Finanzplatzes durch vernünftige Kontrolle zu steigern, scheint zahnlos. Fehler will sie nur bei minderen Angestellten, nicht aber bei den ahnungslosen Chefs gefunden haben. Unwissen schützt offenbar vor Strafe und Kritik.

Die offizielle Schweiz gratuliert der Geschäftsleitung einer Firma, die sich zu kriminellen Taten bekennt. Mit Dürrenmatt: Auch

diesem Drama ist nur noch mit der Komödie beizukommen.

Es geht aber noch weiter. Nach Bekanntgabe der Übereinkunft mit den US-Behörden wurde CS-Präsident Urs Rohner im Schweizer Radio interviewt. Seine Antwort auf die Frage, ob er und Konzernchef Brady Dougan nach dieser Jahrhundertbusse und dem Schuldeingeständnis noch eine weisse Weste hätten: «Persönlich haben wir beide sicher eine weisse Weste.» Ein Rücktritt sei kein Thema. Nochmals Rohner: «Wir übernehmen die Verantwortung insoweit, indem wir die Bank durch diese schwierige Phase geführt haben und weiter führen.»

Die Bank, die alles toleriert

Eine Bank bekennt sich schuldig und zahlt eine Milliardenbusse in der Höhe eines Jahresgewinns, aber niemand muss dafür geradestehen. Die Chefs, die angeben, die Verantwortung zu übernehmen, bleiben im Amt. Wenn es so ist und wenn es so bleibt: Mit welcher Begründung will sich die CS jemals wieder von einem leistungsmässig ungenügenden Mitarbeiter trennen, wenn ein Schuldeingeständnis als kriminelle Organisation und eine damit verbundene Busse von 2,6 Milliarden Franken für eine Trennung oder einen freiwilligen Rücktritt an der Konzernspitze nicht mehr



«Weisse Weste»: VR-Präsident Rohner.

reichen? Dürfen künftig auch andere Bankangestellte bei der CS ungestraft Milliardenlöcher in die Kasse reissen? Wo liegt die Toleranzgrenze? Oder anders gefragt: Dürfen hochbezahlte Konzernchefs entsprechend ihrer Hierarchiestufe auch die grösseren Summen verbrennen? Fragen über Fragen.

Verantwortung ist laut Duden die «mit einer bestimmten Aufgabe, einer bestimmten Stellung verbundene Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass innerhalb eines bestimmten Rahmens alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, das jeweils Notwendige und Richtige getan wird und möglichst kein Schaden entsteht». Verantwortung ist weiter die «Verpflichtung, für etwas Geschehenes einzustehen» und dafür «zur Rechenschaft» gezogen zu werden. Im Unterschied zu Verantwortung bezeichnet der Duden «Schuld» als direkte «Ursache eines Unglücks», als «sittliches Versagen» oder persönlichen Verstoss gegen «Normen und Werte». Gut möglich, dass weder Rohner noch Dougan direkt «schuld» waren an den Verfehlungen ihrer Bank in den USA, aber sie übernehmen jetzt dafür die Verantwortung. Wer die Verantwortung trägt, nimmt die Schuld auf sich. Und sollte entsprechend die Konsequenzen ziehen.

Der Kapitän haftet für den Steuermann

Verantwortung ist auch Haftung für eine Schuld anderer. Eltern tragen die volle Verantwortung für die Vergehen ihrer Kinder, auch wenn sie an den Vergehen selber keine Schuld trifft. Der Kapitän eines Schiffes trägt die Verantwortung für sein Schiff, auch wenn, wie im Fall der berühmten «Titanic», der fatale Fehler, der zum Untergang des Dampfers führte, nicht vom Kapitän, sondern von einem seiner Offiziere begangen worden war. Der frühere UBS-Chef Oswald Grübel trat aus eigenem Antrieb sofort zurück, weil ein krimineller Händler in



Nichts gewusst: Konzernchef Dougan.

London 2,3 Milliarden Franken verspekulierte. Grübel traf keine direkte Schuld, aber er übernahm die Verantwortung, indem er seinen Posten räumte. Grübels Vorgänger Mathis Ciallavetta musste gehen, nachdem ein paar Angestellte in London rund 700 Millionen Franken in den Sand gesetzt hatten.

Können die obersten Chefs im Amt bleiben, wenn ihre Firma kriminelle Handlungen zugeben und eine Zweieinhalbmilliardenfrankenbusse zahlen muss für einen Zeitraum, in dem die beiden Chefs schon in wichtigen Positionen tätig waren?

Als am letzten Dienstag bei einem Vortrag des Staatssekretärs und Finanzplatzunterhändlers Jacques de Wattewille an der Universität Zürich genau diese Suggestivfrage gestellt wurde, kam spontaner Applaus auf im Saal. Viele Vertreter der Wirtschaft, der Hochschule und des Bankenwesens waren anwesend. De Wattewille wand sich mit sympathischer Ironie um die Beantwortung herum, aber unter den applaudierenden Zuhörern herrschte Konsens: Wenn sich ein Unternehmen schuldig bekennt, können die verantwortlichen Chefs nicht einfach am Ruder bleiben.

Gnade denen, die nichts wussten

Man kann es drehen und wenden wie man will: Entweder wussten die Herren der CS-Geschäftsleitung von der nach US-Recht illegalen Tätigkeit ihrer Bank, und sie sagen die Unwahrheit, wenn sie sich einer «weissen Weste» rühmen. Oder aber sie wussten tatsächlich nichts davon und geben damit zu, dass sie ihre Bank nicht kompetent geführt haben. In beiden Fällen müssten die Chefs konsequenterweise zurücktreten. Die Macht einer Führungskraft, egal, ob in der Politik oder in der Wirtschaft, hängt ausschliesslich davon ab, ob die Mitarbeiter (oder Bürger) die Kompetenz und Integrität ihrer Führungskräfte und Vor-



Lob: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

gesetzten anerkennen. Ist die Anerkennung erschüttert, können die Führer nicht mehr richtig führen.

Warum eigentlich wird der Fall CS hier ausführlich abgehandelt? Was geht es eine Zeitung überhaupt an, ob die Chefs eines privaten Unternehmens noch den Rückhalt bei Mitarbeitern und Aktionären haben? Sollen doch die Eigentümer entscheiden und die Journalisten schweigen. So einfach ist es nicht. Die CS ist nicht irgendeine Firma. Sie repräsentiert den Schweizer Finanzplatz. Und umgekehrt: Kann es der Regierung, kann es der Politik wirklich gleichgültig sein, wenn ein internationaler Schweizer Grosskonzern, der sich krimineller Handlungen im Ausland für schuldig erklärt, zur Tagesordnung übergeht? Anstatt erleichtert zu sein und das Schuldeingeständnis zu

Kein Missverständnis: Diese Zeitung steht hinter dem Finanzplatz und den Banken.

begrüssen, sollten Bundesrat und vor allem die Finma deutlich machen, dass sie es nicht akzeptieren, wenn Schweizer Firmen im Ausland die Gesetze brechen.

Müsste die Finma nicht eine Untersuchung gegen die Credit Suisse und ihre Vorgesetzten einleiten, um festzustellen, ob in der Vergangenheit allenfalls auch Schweizer Recht verletzt wurde? Dies würde mit Sicherheit ein starkes Signal auch an die USA aussenden, dass es die Schweiz nicht hinnimmt, wenn Schweizer Firmen im Ausland straffällig werden. Stellt sich die offizielle Schweiz hingegen, wie es bis jetzt aussieht, hinter die CS und gratulieren die Behörden der CS sogar noch dazu, dass sie ihre kriminellen Taten zugibt, macht sich unser Staat als Komplize verbrecherischer Handlungen verdächtig. Es kann



Keine Fehler: Finma-Chef Branson.

nicht sein, dass die Eidgenossenschaft kriminelle Machenschaften deckt.

«Persönlich haben wir beide eine weisse Weste»: Es sind genau solche Sätze, die im politischen Strassenkampf zur Waffe gegen «die Banken», gegen «die Wirtschaft», gegen «die Manager» und gegen «die Reichen» umgeschmiedet werden. Wer will, kann in solchen Sätzen den unbelehrbaren, verantwortungslosen «Abzocker» entdecken, der selbst nach einem Schuldeingeständnis und einer Milliardenbusse an seine persönliche Unbeflecktheit glaubt oder sie zumindest behauptet.

Viele Führungskräfte der Schweizer Wirtschaft kritisieren in letzter Zeit gerne die direkte Demokratie wegen der Zunahme wirtschaftsfeindlicher Volksinitiativen aus dem linksgewerkschaftlichen Lager. Nicht die direkte Demokratie ist das Problem. Oft ist es das Fehlverhalten innerhalb der Wirtschaftselite, das solchen Anti-Wirtschafts-Stimmungen Auftrieb gibt.

Elite und Scheinelite

Kein Missverständnis: Diese Zeitung steht hinter dem Finanzplatz, und sie verteidigt die Banken gegen ungerechtfertigte Anschuldigungen vor allem aus dem Ausland mit voller Überzeugung. Wir geben keine leichtfertigen und wohlfeilen Rücktrittsforderungen ab, aber wir orientieren uns an den Grundprinzipien der Marktwirtschaft: Haftung und Verantwortung.

Marktwirtschaften funktionieren nach Leistung und Verdienst. Wenn der Eindruck entsteht, dass an der Spitze keine Leistungselite herrscht, sondern eine Oligarchie von Leuten, die auch nach Misserfolgen oben bleiben, verfällt die Wirtschaftsordnung. Eliten ohne Verantwortung sind eben Scheinliten. Früher sprach man von «Ehre».

Mehr zum Thema Seite 32



Gegen den Trend: Hugo Triner. Seite 54



Unerwünscht: Richard Whale. Seite 40



Filmset im San Fernando Valley: Seite 50



Im Gegenwind: Therese Frösch. Seite 36

Kommentare & Analysen

- 6 Editorial
- 13 **Kommentar** Ueli Maurer sollte sich zurückziehen
- 13 **Im Auge** Erna Solberg, feiernde Regierungschefin
- 14 **Justiz** Hooligans dürfen sich austoben
- 14 **Energiepolitik** Wende ohne Volk
- 15 **Schweiz** Volks-Wirtschaft
- 15 **Personenkontrolle** Poklonskaja, Lipp, Klapproth, Stoldt, Wiedmer, Christiansen, Hildebrand
- 15 **Nachruf** Hortense Anda-Bührle, Mäzenin
- 16 **Der Bürgermeister von Europa**
Europäischer Wahlkampf: Unterwegs mit Martin Schulz
- 18 **Der Respekt, den Putin verdient**
Wie man Russland gebührend Anerkennung zollen kann
- 20 **Gregor Gysi** Tagebuch aus Moskau
- 22 **Die Deutschen** Viel Lärm um nichts
- 22 **Wirtschaft** Politiker zweiter Klasse
- 23 **Ausland** Hillary und der Gini-Koeffizient
- 24 **Mörgeli** Röstigraben – einmal anders
- 24 **Bodenmann** Dichtestress ist Sozialstress
- 25 **Medien** Eine erfreuliche Show
- 25 **Gesellschaft** Gefeuert
- 26 **Leserbriefe**
- 27 **Darf man das?**

Hintergrund

- 28 **Unterwegs mit den Schleppern**
Das Geschäft mit afrikanischen Bootsflüchtlingen boomt
- 30 **Migration** In Nordafrika tickt eine Zeitbombe
- 32 **Die Heiligen der Credit Suisse**
Die gebüsten Topbanker verhalten sich unschweizerisch
- 34 **Das Märchen von Dublin**
Der Bundesrat ignoriert die Probleme des EU-Asylvertrags
- 36 **«Ich wollte keine Guetsli backen»**
Die designierte Skos-Präsidentin Therese Frösch
- 38 **Schulkinder der Landstrasse**
Schulische Defizite bei den Kindern von Schweizer Fahrenden
- 40 **Herr Whale muss gehen**
Die absurde Bevorzugung von EU-Einwanderern
- 46 **Der blinde Fleck des Westens**
Die verbreitete Ahnungslosigkeit gegenüber der Ukraine
- 48 **«Wir haben Ungarn erneuert»**
Plädoyer des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán
- 50 **Im Valley**
Die Welt von Mark Spiegler, Superagent der Pornoindustrie
- 54 **Überleben in der Todeszone**
Karl Lüönd über den Innerschweizer Verleger Hugo Triner
- 56 **Schweizer Mann heute**
Anleitung für mehr Erfolg bei den Frauen



«Qualität ist für uns entscheidend –
auch bei der Anlage von Vorsorgegeldern.»

Lucas Locher & Urs Schindler, Leder Locher AG

Besuchen Sie uns auf www.zkb.ch/firmen

Für die Entscheidungsträger der Personal-Stiftung der Leder Locher AG bietet die Zürcher Kantonalbank die richtige Qualität: unkomplizierter Austausch, aktive und kompetente Beratung sowie Lösungen, die sich an ihren Bedürfnissen orientieren.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank



«Geld ist viel zu wichtig»: Politiker Gysi. Seite 42

Interview

42 «Ich liebe Dürrenmatt»

Wer ist der Mann, der die Ukraine-Politik des Westens kritisiert? Gespräch mit Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag

Stil & Kultur

58 Stil & Kultur Jolies Märchenstunde

60 Bestseller

60 Stotterst im Morgenrot daher

Mit einer Castingshow will die Rütli-Gesellschaft eine neue Hymne installieren

62 Deutschland von Sinnen

Zu Besuch beim Deutsch-Türken Akif Pirinçci, Feindbild deutscher Zeitungen

66 Top 10

66 Kino «X-Men: Days of Future Past»

67 Jazz Wolfgang Muthspiel (mit Larry Grenadier und Brian Blade)

68 Namen Grösstes Land, teuerste Scheidung

69 Hélène Pastor Warum wurde die Immobilienkönigin niedergeschossen?

70 Thiel Flugobjekte

70 Hochzeit Kitten, Brynn und Doll

71 Im Gespräch Silvio Denz, Unternehmer

72 Wein Don Pascual Cepas Antiguas XI

72 Zu Tisch Le Louis XV – Alain Ducasse

73 Auto Der legendäre Formel-1-Pilot Jochen Mass

74 MvH trifft Cindy Landolt, Trainerin und Model

Autoren in dieser Ausgabe

Viktor Orbán



Der ungarische Ministerpräsident wurde im April mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt. Kurz vor den europäischen Wahlen erläuterte Orbán am WDR-Europaforum in Berlin, wie er Ungarn erneuert und was er von anderen EU-Mitgliedstaaten erwartet. Seite 48

Karl Lüönd



Der Publizist, Chefredaktor und ehemalige Verleger zählt zu den grössten Persönlichkeiten der Schweizer Medienszene. In seinem Artikel porträtiert er den Innerschweizer Verleger Hugo Triner, der beweist, dass auch mittelgrosse Tageszeitungen eine Überlebenschance haben. Seite 54

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH



Wenn Sie hier geschäften,
sollten Sie einen unserer
6 Standorte in der Schweiz besuchen.

Mittelstandsbank. Die Bank für KMUs.

Ganz gleich, ob Sie mit Asien, Europa oder Amerika geschäften – als exportorientiertes Unternehmen haben Sie spezielle Anforderungen an Ihre Bank. Verlassen Sie sich auf das umfassende Know-how einer starken, weltweit vertretenen Bank mit 140 Jahren Expertise und 100 000 betreuten Firmenkunden. Neu bieten wir Ihnen auch in der Schweiz über Ihre gesamte Wertschöpfungskette konkrete Optimierungsmöglichkeiten in allen Phasen der Zusammenarbeit: von den ersten Verkaufsverhandlungen bis zum Zahlungseingang.

Lernen Sie uns kennen. Weitere Informationen, auch zu unseren 6 Standorten in der Schweiz:
www.commerzbank.ch

COMMERZBANK 
Die Bank an Ihrer Seite

Nur ein paar Stunden
von zuhause entfernt.
Und trotzdem
so weit weg wie
schon lange nicht.



Österreich

ankommen
und aufleben

www.austria.info

Ihre persönliche Ferienberatung
gebührenfrei unter 00800 400 200 00.

Die Mission ist gescheitert

Von Urs Paul Engeler — Nach dem Gripen-Nein sollte Ueli Maurer zurücktreten. Nicht wegen der schäbigen Kritik an seiner Kampagne, sondern weil er keine Perspektiven mehr hat.



Jahrelange Anpassung: Verteidigungsminister Maurer.

Seit fünf Jahren und fünf Monaten wirkt Ueli Maurer (63) nun als Mitglied der schweizerischen Landesregierung und als Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Hat der frühere forsche Präsident der Schweizerischen Volkspartei (SVP) während seiner Amtszeit die Schweiz verändert? Bis vor kurzem hätte man auf diese Frage mit einem Zucken beider Schultern reagiert. Seit Sonntag weiss man es genauer. Ja, er hat das Land verändert, allerdings nicht zum Guten.

Als er im Dezember 2008 gegen den erbitterten Willen der Linken, Grünen und von Teilen der CVP gewählt wurde, war er der kompromisslose Hardliner vom rechten Rand, der nicht-integrierbare Scharfmacher, die gleiche Gefahr für die abgeschmackte Berner Harmonie wie zuvor Christoph Blocher.

Kilowise Kreidekonsum

Es kam bekanntlich ganz anders. Im Interesse der Sache, so Maurers Hoffnung, hat er sich verbogen wie kaum ein anderer Magistrat: kilowise Kreidekonsum, keine internen Querschläge, keine blockierenden Mitberichte, keine Indiskretionen, kein öffentlicher Bruch mit der verlogenen Kollegialität, nur dann und wann ein Provokatiönchen, das ein, zwei Tage lang zwei, drei Spalten füllte. «Lasse

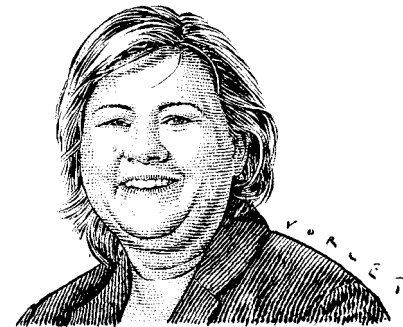
ich die andern in Ruhe, so bringe ich wenigstens meine Armeeangelegen durch», das dachte Ueli Maurer fünf lange Jahre lang.

Was hat diese Leisetreterei dem vormals profilierten Politiker gebracht? Ihm selbst ein relativ konfliktfreies Leben samt solider Entschädigung und kurzem präsidialem Ruhm. Dem Departement wenig; seine lieben Kolleginnen und Kollegen weigerten sich sogar hartnäckig, der vom Parlament befohlenen Aufstockung des Verteidigungsbudgets nachzukommen. Dem Land schliesslich gar nichts.

Obwohl er als Spitzenmann der SVP, der mit Abstand stärksten Partei im Land, in der Regierung sitzt, verfolgt das Gremium unter dem verbalen Tarnnetz «Erneuerung des bilateralen Wegs» ungehindert den noch engeren Anschluss an die EU. Offenbar trägt Maurer seine Kritik am Eilmarsch nach Brüssel in den Sitzungen getreulich vor; aber das ist auch schon alles. Bewirkt haben seine Wortmeldungen jedenfalls nichts. Ebenso reibungslos durchlief die von der Verwaltung und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf mit Eifer betriebene Opferung des Finanzplatzes und von dessen ausländischen Kunden den bundesrätlichen Entscheidungsprozess. Ähnlich oppositionslos wird die Landesregierung nun den Schutz der finan-

»» Fortsetzung auf Seite 14

Inkognitogata 18



Erna Solberg, feiernde Regierungschefin.

Erna Solberg, 53, die norwegische Premierministerin, die dort «Statsminister» heisst, trägt auch den Beinamen «Eiserne Lady», weil Margaret Thatcher nun mal für alle Regierungschefinnen die Namenspatronin geben muss. Eisern ist vor allem ihr Wille – als sie 16 ist, stellt man bei ihr Dyslexie fest, eine Lese- und Schreibschwäche, die sie bekämpft, indem sie überall und gescheit redet, als Schulsprecherin, bei den Pfadfinderinnen, mit 19 bereits als nationale Studentenfürerin und Stadträtin in Bergen. Ihren vierfachen Uni-Abschluss schafft sie dann spielend. Mit 28 sitzt sie im Storting, dem norwegischen Parlament. Mit 40 ist sie Ministerin, seit dem vergangenen November leitet sie die erste nichtsozialistische Regierung seit 1990, mit einer Parlamentsminderheit.

Norwegen gilt als ungeheuer reich, mit 700 Milliarden Franken Staatsvermögen aus dem Nordsee-Erdöl, und gleichermassen sympathisch verschlafen wie zu den Zeiten der Fischer, Jäger und Seefahrer. Der Schock, als der Massenmörder Breivik vor drei Jahren 77 Menschenleben auslöschte, stiess das Land in einen Abgrund von Trauer und Selbstzweifeln. Jetzt wissen wir: Die Norweger sind noch patriotischer als die Schweizer. Erna Solberg hat zuletzt nur kurzen Schlaf gefunden in ihrer Residenz mit der seltsamen Adresse Inkognitogata Nr. 18, einer Villa in klassizistischer italienischer Bauweise, die schon dort stand, als es ein unabhängiges Norwegen noch nicht gab. Das Land hat fünf Tage lang in Folge mit Umzügen, Volksfesten, Staatsakten seine Verfassung gefeiert, die vor 200 Jahren geschrieben worden war, aber erst viel später in Kraft trat, als sich Norwegen 1905 von den Schweden befreite. Norwegen hat seither nur sechs Volksabstimmungen durchgeführt, die erste über die Monarchie, zustimmend, 1972 und 1994 zum EU-Beitritt, ablehnend, ist aber Nato-Gründungsmitglied, gebrannt von der Nazi-Besetzung. Die Royal Norwegian Air Force beschützt, im Freundschaftsdienst, auch den Inselnachbar Island, der keine Flugwaffe mehr hat. Und vielleicht wendet sich auch Ueli Maurer an Inkognitogata in Oslo, wenn ihm die Kampfjets ausgehen.

Peter Hartmann

ziellen Privatsphäre im Innern lockern und schliesslich aufheben.

Politik- und Systemwechsel von grösster Tragweite finden in Bern so rasch und so leise statt, als ob kein einziger Warner oder Gegner dieser Marschrichtung in der Allparteien-Regierung sässe. Dass Ueli Maurer als SVP-Solist im Bundesrat diese bedenklichen Entwicklungen hätte aufhalten sollen und können, wäre zwar etwas zu viel verlangt gewesen. Doch Fakt ist, dass er für seine jahrelange Anpassung nicht das Geringste erhalten hat. Seine Investition in Bravheit ist ohne Return geblieben.

Isoliert und geschwächt

Maurers Situation ist sogar noch unerfreulicher: Die verlorene Abstimmung zur Modernisierung der Luftwaffe hat bewiesen, wie isoliert und wie politisch geschwächt er agiert. Die Bundesratskollegen haben sich in die Büsche geschlagen, als ob sie der Kauf des Gripen nichts angehe. FDP-Präsident Philipp Müller hat das Geschäft torpediert, bevor der Gesamtfreisinn es spät doch noch etwas unterstützte. Die CVP weigerte sich, die Kampagne zu tragen. Die Grünliberalen predigten die Kooperation mit Nato-Deutschland und ernteten dafür medialen Applaus. Selbst aus dem Innern des VBS drang das Murren jener nach aussen, die von einem noch teureren Superflieger oder vom grossen Nato-Verbund träumen. Die Internationalisten, welche die autonome Verteidigung des Landes seit langem aufgeben wollen, hoffen, nun bald ihre Ernte einfahren zu dürfen.

So steht heute die Armee unter der politischen Führung eines SVP-Mannes, der das Gegenteil angestrebt hatte, massiv geschwächt da. Während weltweit die Budgets aufgestockt und die Arsenale wieder gefüllt werden, gibt die Schweiz ihre Position der relativen Stärke laufend preis. Mit ihren Verteidigungsausgaben, gemäss internationalem Standard gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP), liegt sie derzeit noch zwischen Paraguay und Benin auf Rang 130 von 171 erfassten Staaten. Demnächst wird sie die österreichische Minimalschwelle nach unten durchbrechen.

Nach diesem Wochenende ist klar, dass Ueli Maurer nicht (mehr) der Mann ist, der diese Negativspirale durchbrechen kann. Seine Mission ist gescheitert. Was die linken und grünen Armeeabschaffer alleine nicht schaffen, erreichen sie locker im Verein mit den Mitte-Kräften, welche die SVP und deren Repräsentanten abstrafen wollen. Im Interesse der Sache der Armee sollte er seinen Posten abgeben. Die SVP wäre dann dort, wo sie auch hingehört: in der Opposition. Politisch korrekt ist es, wenn nun die Sieger des wegweisenden Urnengangs die Leitung des VBS übernehmen, zum Beispiel eine der zahlreichen sozialdemokratischen Sicherheitsexpertinnen.

Sport

Hooligans

Von Guido Tognoni — Der Schweizer Fussball kapituliert vor einer Landplage.

Es sei «einiges gegangen», man habe «viel telefoniert», aber «übertriebene Hektik» sei das falsche Rezept. Wer den Liga-Präsidenten Heinrich Schifferle am Montag in der «Sportlounge» des Schweizer Fernsehens gesehen hat, konnte nur zu einem Schluss kommen: Nach dreissig Jahren der Problemerkennung und der endlosen Debatten wissen unsere Fussballfunktionäre immer noch nicht, wie sie mit dem Hooliganproblem umgehen müssen. Von dieser lähmenden Hilflosigkeit sind allerdings nicht nur Funktionäre



Endlose Debatten: Liga-Präsidenten Schifferle.

erfasst, sondern auch die Polizeikräfte. Weil sie beim jüngsten Skandal nach dem Spiel Aarau – Basel offensichtlich von den Ausschreitungen überrumpelt worden war, analysierte die lokale Polizei das Geschehen als «nicht ganz so dramatisch». Verhaftungen also überflüssig.

In den USA klicken die Handschellen

So geht das nun schon seit Jahrzehnten. Während jeder Parksünder die unbarmherzige Justiz im Nacken hat oder Flugpassagiere ebenso unwürdige wie nutzlose Kontrollen über sich ergehen lassen müssen, dürfen Hooligans sich beliebig und ohne Folgen austoben. In der Schweiz kann man vor laufenden Kameras Fans verprügeln, Stadien anzünden und Züge anhalten – die Chance, dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden, ist gleich klein wie die Hoffnung auf einen Lottosechser. Derweil flüchtet sich der Rechtsstaat in ein Hooligan-Gesetz, um die Kapitulation vor der Gewalt im Sport zu kaschieren.

In Nordamerikas Sport gibt es keine Hooligans. Es gibt dort auch keine Soziologen, Psychologen, Fanarbeiter und andere Mitglieder der Verständnisindustrie. In den USA klicken beim kleinsten Aufruhr die Handschellen. Wehe dem Schweizer Polizisten, der so reagieren würde.

Energie

Wende ohne Volk

Von Alex Reichmuth — Der Umbau der Stromversorgung stösst in der Bevölkerung auf Ablehnung.

Begeisterung für einen revolutionären Umbau der Energieversorgung sieht anders aus. Nur ein gutes Drittel der Stimmenden im Kanton Bern will das AKW Mühleberg sofort abschalten. 64 Prozent sagten am letzten Sonntag nein zu einer entsprechenden Initiative. Das Kraftwerk läuft nun voraussichtlich bis 2019 weiter. Im Kanton St. Gallen sprachen sich gleichzeitig gerade mal 30,6 Prozent des Stimmvolks für eine SP-Initiative aus, die jährlich 50 Millionen Franken zur Förderung von Alternativenergie aufwenden wollte. Gutgeheissen haben die St. Galler lediglich eine geringe Erhöhung dieser Beiträge von heute 2,5 Millionen auf 5,4 Millionen Franken, wie es die Kantonsregierung vorgeschlagen hatte.

Seit dem AKW-Unfall im japanischen Fukushima und dem von Bundesrat und Parlament eilig beschlossenen Atomausstieg hatte das Volk noch kaum Gelegenheit, sich zur Energiepolitik zu äussern. Dennoch behaupten Politiker mit Verweis auf windige Umfragen, das Volk wolle den Umbau der Stromversorgung. Die beiden Abstimmungen zeigen aber, dass das Volk vor allem Kontinuität will.

Zum fehlenden Support für energiepolitische Experimente kommt ein technischer Rückschlag hinzu. Die Stadt St. Gallen hat den Abbruch ihres vielbeachteten Geothermie-Projektes bekanntgegeben. Statt reichlich Heisswasser hat man in der Tiefe nur kärgliche Wasserströme vorgefunden. Der Elan für geothermische Projekte in der Schweiz ist damit bis auf weiteres gebrochen. So haben etwa die Bernischen Kraftwerke die Pläne für ein Erdwärme-Kraftwerk in Eclépens VD auf Eis gelegt. Damit fällt ausgerechnet der Ertrag der Stromalternative flach aus, die im Gegensatz zu Windrädern und Solarpanels verlässliche Bandenergie liefern würde. Unter diesen Vorzeichen ist ein Urnengang der ganzen Schweiz nötiger denn je: Das Volk muss endlich über die Energiefrage entscheiden und über eine integrale Vorlage abstimmen. Dabei darf der Bundesrat nicht nur das Weggli, also den Atomausstieg, schmackhaft machen, sondern muss auch den Fünfer in Rechnung stellen, der dafür nötig ist: radikale Regulierungen, saftige Kosten – und vor allem eine rigide Lenkungsabgabe mit groben wirtschaftlichen Verwerfungen, um die notwendigen Stromsparziele zu erreichen.

Eine solche Vorlage dürfte es an der Urne schwer haben. Ihre Ablehnung wäre die Voraussetzung, dass in der Energiepolitik Vernunft und Verstand zurückkehren.

Volks-Wirtschaft

Von Florian Schwab — Die Unia hat verloren. Markt und Gesellschaft sind kein Gegensatz.

Bereits nach der Annahme der Minder-Initiative und spätestens nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) schalteten die Warnlampen bei den Wirtschaftsverbänden auf Rot: «Die Wirtschaft», jammerte Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt, habe «viel Vertrauen verspielt», und es werde lange dauern, es zurückzugewinnen. «Angesichts der Kaskade wirtschaftsschädigender Initiativen» fragte sich die NZZ am Sonntag, ob nicht «die direkte Demokratie zu einem Instabilitätsfaktor geworden» sei und sich «nachteilig auf den Standort Schweiz auswirke». Der Think-Tank Avenir Suisse brachte eine Verdoppelung oder Verdreifachung der notwendigen Unterschriftenzahl für Volksinitiativen ins Spiel.

Mitgemacht beim Klassenkampf

Gut drei Monate nach dem MEI-Verdikt hat das Volk die Gewerkschaftsvorlage für einen Mindestlohn von 4000 Franken mit 76,3 Prozent der Stimmen vernichtend erledigt. Der Traum der Gewerkschaften, das Lohngefüge in der Schweiz mit «1:12» und Mindestlohn einzubetonieren, ist ausgeträumt. Die Wirtschaftsverbände können beruhigt feststellen, dass die Stimmbürger sehr gut zwischen wirtschaftspolitischen Sprengsätzen wie der «1:12»-Initiative und der Mindestlohninitiative und massvollen Eingriffen gegen tatsächliche Missstände unterscheiden können.

Diejenigen, die sich eben noch in trüber Demokratieskepsis geübt haben, müssten sich jetzt ertappt fühlen. Sie haben bereitwillig das Spiel der Gewerkschaften mitgemacht, die in klassenkämpferischer Manier das Land in «Gesellschaft» und «Wirtschaft» aufteilen. «Die Wirtschaft», das sind nach dieser Lesart die Kapitalisten, und die «Gesellschaft» sind die Ausgebeuteten. Den Schuh ziehen sich vor allem Economiesuisse und Arbeitgeberverband gerne an. Valentin Vogts falsche These vom verlorenen Vertrauen in «die Wirtschaft» ist nur ein Beispiel. Auch sonst hätscheln die Wirtschaftsverbände den politischen Gegner, wo es nur geht – im Glauben, die laut-aggressive Unia vertrete den normalen Arbeitnehmer in der Schweiz.

Dabei gehört jeder zur Wirtschaft, der irgendeine Funktion im Produktionsprozess innehat oder als Konsument am Wirtschaftsleben teilnimmt. Die Wirtschaft ist kein Fremdkörper von ausbeuterischen Kapitalisten und kein Gegner der Leute. Wirtschaft und Gesellschaft sind in unserem Lande eins.

Personenkontrolle

Poklonskaja, Lipp, Klapproth, Stoldt, Wiedmer, Christiansen, Hildebrand

Verlautbarungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) sind normalerweise eher dröge – insbesondere wenn es um die Umsetzung von wirtschaftlichen Sanktionen geht. Anders die Publikation über «Massnahmen zur Vermeidung der Umgehung internationaler Sanktionen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine». Dem Betrachter sticht unter den Personen, die in der Schweiz kein Konto mehr eröffnen dürfen, der Name Natalja Poklonskaja ins Auge. Die neue Staatsanwältin der Krim brachte es mit ihrer attraktiven Erscheinung zu Weltruhm. Ihre Schönheit



Nein sagen: Staatsanwältin Poklonskaja.

regte die Fantasie vor allem asiatischer Comiczeichner an. Sollte Frau Poklonskaja tatsächlich am Bankschalter auftauchen: Welcher Bankangestellte wird da nein sagen? (fsc)

Wer eine Veranstaltung mit Glanz und Gloria versehen will, der engagiert ein bekanntes Fernsehgesicht als Moderator. Am Mittwoch durfte **Reto Lipp** (Wirtschaftsmagazin «Eco») ein Pensionskassen-Podium von Swisscanto leiten. **Stefan Klapproth** («10 vor 10») ist der geschätzte Moderator beim Alpensymposium von **Oliver Stoldt**. **Urs Wiedmer** («Arena») moderiert Podien an der HSG. So weit, so gut. Wer seine Veranstaltung noch ein bisschen mehr mit der Aura der Wichtigkeit versehen will, der engagiert ein bekanntes Fernsehgesicht aus dem Ausland. So die NZZ, die am Dienstag in Bern ein neues Finanzmarktforum lancierte, das von UBS, Credit Suisse und Black Rock gesponsert wird. Hier moderierte die deutsche Fernsehfrau **Sabine Christiansen** (an dem Anlass trat auch der geschasste Nationalbank-Präsident **Philipp Hildebrand** auf). Soviel Publicity hat ihren Preis: Vor einigen Jahren liess sich Christiansen einen einstündigen Auftritt in der Schweiz mit 40 000 Franken honorieren. Wie hoch mag der Moderationsnebenverdienst unserer SRF-Gesichter sein? (fsc)

Nachruf



Frau ohne Alter: Hortense Anda-Bührle.

Hortense Anda-Bührle (1926–2014) — Sie fuhr einen uralten Lancia. Eine Dame ihres Kalibers konnte es sich leisten, nicht zu zeigen, was sie hat. Hortense Anda-Bührle gehörte zur Eins-a-Klasse der Zürcher Gesellschaft. Sie wurde in Zürich 1926 geboren, zwei Jahre nachdem ihr Vater, der spätere Grossindustrielle und Kunstsammler Emil G. Bührle, aus Deutschland in die Schweiz eingewandert war. Sie war eine Lady ohne Alter. Wo sie auftrat, bekam sie Respekt. Sie fürchtete nichts und niemanden, sprach klar aus, was sie dachte. Dafür war sie bekannt und bei manchen auch gefürchtet. Sie war eine Frau mit Stil – aber auch mit Fantasie. Zu einem Geburtstag ihres Mannes, des Pianisten Géza Anda, organisierte sie ein Kostümfest: Anda erschien als Don Giovanni, sie selbst als gekrönte Herrscherin (ob es Marie Antoinette war oder Katharina die Grosse ist aus den historischen Quellen nicht mehr zu eruieren). Schon als junges Mädchen war sie eine grosse Musikfreundin. Eine Zeitlang dachte die Zürcher Gesellschaft, sie würde den Starfotografen Emil Schulthess oder gar Herbert von Karajan heiraten. 1964 aber heiratete sie den Pianisten Anda, der nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ungarn in die Schweiz gekommen war. Nach seinem Tod rief sie den Concours Géza Anda ins Leben, einen Wettbewerb für junge Pianisten/-innen. Hortense Anda-Bührle und Géza Anda haben einen Sohn, Gratian Anda, der heute die Geschicke des Familienunternehmens leitet. Hortense Anda-Bührle war eine beeindruckende Persönlichkeit und grosszügige Mäzenin; ihr Tod ist ein Verlust für die Kulturszene. *Hildegard Schwaninger*

Der Bürgermeister von Europa

Von Markus Schär — Bis Sonntag wählt das Volk in den 28 Mitgliedsländern der EU das Europäische Parlament und damit, vielleicht, auch den Präsidenten der EU-Kommission. Unterwegs mit dem Spitzenkandidaten, der «Europa besser machen» will: dem deutschen Sozialdemokraten Martin Schulz.



Entscheiden wird das Hinterzimmer: SPD-Spitzenkandidat Schulz im Arbeiterviertel von Paola auf Malta.

Um 16.13 Uhr, der Tourmanager deutet bereits auf die Uhr, heisst es: «Film ab!» Über den Bildschirm auf dem Nürnberger Lorenzer Platz flimmern die Stationen dieser Wahlkampagne, von Helsinki über Prag, Dublin, Würselen bis Barcelona. Der Kandidat beim Händeschütteln, beim Redenhalten, beim Unterhaken an Demos, unterwegs auf dem ganzen Kontinent als eine Art Messias vom Niederrhein, der «Europa besser machen» will.

Dann steigt der Spitzenmann mit Glatze und Bartkranz auf die Bühne: Martin Schulz (58), Präsident des Europäischen Parlaments und – wenn es nach ihm geht – der Mann, der in der EU das Sagen haben soll. In den 28 Mitgliedstaaten können diese Woche 410 Millionen Bürgerinnen und Bürger Demokratie spielen, indem sie ihre 751 Abgeordneten wählen. Und der Ex-Bürgermeister der 37 421-Seelen-Provinzstadt Würselen an der Grenze zu Belgien und

den Niederlanden wirbt als Spitzenkandidat für die Sozialdemokratie: «Weil ich will», wie er im Hochglanzprospekt trompetet, der auf den roten Holztischen aufliegt, «dass sich etwas in Europa ändert.»

Erinnerungen an den Obersten Sowjet

Routiniert redet er sich auf Touren. «Diese Europawahl ist nicht eine Europawahl wie alle anderen zuvor», ruft er seinem Publikum zu. Denn das Parlament, dem Martin Schulz vorsitzt, verdient diese Bezeichnung bisher kaum. Als einzige Volksvertretung der freien Welt kann es keine Gesetze vorschlagen und keine Regierungserküren, die Richtlinien und die Verordnungen kommen von der Europäischen Kommission, und deren Besetzung kungeln die Regierungschefs im Europäischen Rat aus. Das Parlament der Europäischen Union gleiche dem Obersten Sowjet der untergegangenen

Sowjetunion, ätzt deshalb Henryk M. Broder in seinem Buch «Die letzten Tage Europas»: «Die-selben Menschen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit eine «europäische Identität», einen «gemeinsamen Wertekanon» et cetera beschwören und sich dabei auf europäische Errungenschaften wie Demokratie und Gewaltenteilung berufen, haben ein politisches System geschaffen, das ebendiesen beschworenen Werten Hohn spricht.»

Doch jetzt wird alles anders, beteuert Martin Schulz auf der Bühne vor dem Satellitenbild von Europa in Blau. Gemäss dem Vertrag von Lissabon, der seit 2009 gilt, müssen die Regierungschefs die Ergebnisse der anstehenden Wahl zumindest «berücksichtigen», wenn sie den Kommissionspräsidenten vorschlagen. Deshalb legten sich die Fraktionen auf Spitzenkandidaten fest, die europaweit den Wahlkampf führen, obwohl sie nur in ihrem Land

zur Wahl stehen. Die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP), die bisher mit José Manuel Barroso den Kommissionspräsidenten stellte, schickt mit dem luxemburgischen Ex-Regierungschef Jean-Claude Juncker einen ausgebufften Europapolitiker in den Kampf. Aber sie dürfte bei den Wahlen verlieren, weil «die Konservativen» nach zehn Jahren an der Macht den «schlechten Zustand Europas» verantworten müssen, wie ihnen Martin Schulz vorhält, der mit seinem Parlament diese Politik immer abnickte. Deshalb könnte es den Sozialdemokraten zu einer relativen Mehrheit reichen, und sei es in einer zusammengestellten Koalition.

Eine Reise ins Unbekannte

Wenn die Völker Europas ihren Willen so eindeutig äussern, dürfe die Besetzung des Kommissionspräsidiums aber nicht mehr «das Resultat eines Deals in Hinterzimmern» sein, fordert Martin Schulz. Die Regierungschefs müssten den Spitzenkandidaten der siegenden Partei erküren. «Und ich will dieser Kommissionspräsident sein.»

Dafür ist er seit einem Monat auf Tour, mit 200 Terminen an 150 Orten. Europa mache sich auf zu einer Reise, «die uns in ein bisher unbekanntes Gefilde bringen wird», schrieb Martin Schulz in der *Frankfurter Rundschau*, denn es baue eine transnationale Demokratie: «Ein Experiment, das es in der Geschichte noch nie gegeben hat.» Jean-Claude Juncker spottet derweil, die Sozialdemokraten kämen ihm vor wie Kolumbus: «Am Anfang wissen sie nicht, wohin die Reise wirklich geht. Bei der Ankunft wissen sie nicht, wo sie sind. Und für diese Abenteuer blechen muss letztlich der Steuerzahler.»

Von solchem Hohn lässt sich «einer, der Europa Perspektiven geben will», aber nicht abhalten. Martin Schulz feierte – gemäss dem Logbuch der Reise in unbekannte Gefilde auf seiner Website – den Wahlkampfauftakt am 18. April mit den französischen Sozialisten in Paris: «Ich versicherte dem Publikum, dass ich von der aktuellen EU-Führung genauso frustriert bin wie sie.» Es werde nicht einfach «nach zehn konservativen Jahren, die zu Misstrauen gegenüber den EU-Institutionen geführt, ihre Glaubwürdigkeit zerstört und ihre Massnahmen in «Vorschriften», die ein Land einem anderen macht, verwandelt haben».

Der Spitzenkandidat jubelte am 25. April in Sofia über ein «grossartiges Treffen» mit vier-tausend «UnterstützerInnen». Er grüsste am 26. April in Bukarest die «bislang grösste Menschenmenge (11 000)» mit der Botschaft, «dass wir ein Europa der zwei Geschwindigkeiten nicht länger dulden werden». Er kündete am 29. April in Dublin «ein neues Kreditsystem für kleine Unternehmen» an. Er schritt am 1. Mai in Warschau im Umzug Arm in Arm mit dem Genossen Parteivorsitzenden. Er forderte am 5. Mai in Lissabon eine «intelligente Industrie-

politik, unter der europäische Unternehmen wieder innovative neue Produkte entwickeln». Und er stellte am 11. Mai in Malaga seinen «Plan für Beschäftigung und Wachstum» vor: «Der Schlüssel zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die junge Generation heisst» – wer kommt sonst drauf? – «Investitionen».

Alle diese Wunder für Europa bewirkt Schulz, «wenn ich zum Kommissionspräsidenten gewählt werde». Die Rhetorik des Kandidaten zeuge von reichlich Selbstvertrauen, spöttelte *Die Welt* nach seinem Auftritt in der Talksendung von Anne Will: «Weniger wohlwollend könnte man auch von Selbstüberschätzung sprechen.»

Auf dem engen Lorenzer Platz in Nürnberg herrscht nicht ganz dieselbe Begeisterung wie in Lissabon oder Bukarest. Gut dreihundert Ge-

«Es ist klar, dass mein Hemd in Bangladesch produziert worden ist.»

nossen, grossteils mit Gratisbussen aus bis zu hundert Kilometer entfernten Orten herangekarrt, sitzen auf den Holzbänken. Darum herum stehen weitere hundert Zuschauer, auch von der Konkurrenz aus der europakritischen Linken, die nur ein Thema bewegt: Sie halten Schilder gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP in die Höhe und buhen den amerikanischen Generalkonsul im Publikum aus.

Vor einem Jahr stimmte das Europäische Parlament unter dem Vorsitz von Martin Schulz den Verhandlungen mit den USA zu, denn es verspricht gerade, was Europa dringend braucht: Innovation, Wachstum, Arbeitsplätze. Jetzt fürchten sich aber die Deutschen vor den Produkten von jenseits des Atlantiks: Genmais, Klonfleisch, vor allem «Chlorhühnchen», also Geflügel, das zum Abtöten von Mikroben mit ungefährlichem Chlordioxid behandelt worden ist. Und deshalb machen auch die internationalistischen Sozialdemokraten eifrig beim Abschotten mit. «Es ist klar, dass mein Hemd in Bangladesch produziert worden ist», räumt ihr Spitzenkandidat am Rednerpult ein und schaltet dann auf die Maximallautstärke um: «Aber wer auf unseren Markt will, der muss unsere Standards respektieren.» Wer nicht wolle, dass das Abkommen über den Atlantik hinweg Umweltnormen, Arbeitsrecht und Verbraucherschutz schwäche, der müsse «am 25. Mai auch jemanden wählen, der das verhindern kann – und das bin ich».

«Schmerzen, Qualen und Leiden»

Auch in Mittelfranken fühlen sich die Menschen weit weg von Brüssel. «Wir müssen aufpassen, dass wir den Respekt vor den lokalen Strukturen bewahren», mahnte der sozialdemokratische Oberbürgermeister Ulrich

Maly bei der Begrüssung. Mit intellektuellen Argumenten wie jenem, dass die EU den Frieden sichere, erreichten die Politiker die Bürger nicht mehr: «Europa funktioniert nur, wenn es lokal verankert bleibt.» Deshalb wirbt er für Martin Schulz als «Bürgermeister von Europa».

Der polyglotte Spitzenkandidat dreht allerdings selber längst als Rad im Brüsseler Apparat. Mit einem 38-köpfigen Kabinett führt der Präsident ein Parlament, das zwar keine Gesetze anregen kann, aber bei allen Verordnungsdetails mitreden will: ob es die Richtlinie über Massnahmen der Mitgliedstaaten, um innerhalb von zwei Jahren «eine Verringerung des Verbrauchs an leichten Kunststofftüten zu erreichen», nach monatelanger Arbeit im Ausschuss durchwinkt oder bei der Verordnung über die Prävention und die Kontrolle invasiver gebietsfremder Arten gegen die «Tilgung» von invasiven Tierarten einschreitet. «Schmerzen, Qualen und Leiden sind nicht hinnehmbar», stellt das Parlament fest, sie sollten deshalb nicht nur «minimiert», wie es die Kommission empfiehlt, sondern «verhindert» werden: «Die Mitgliedstaaten sollten alle einschlägigen Interessenträger und wissenschaftlichen Sachverständigen in den Prozess der Beschlussfassung einbinden.»

Die Gegner sind bereit

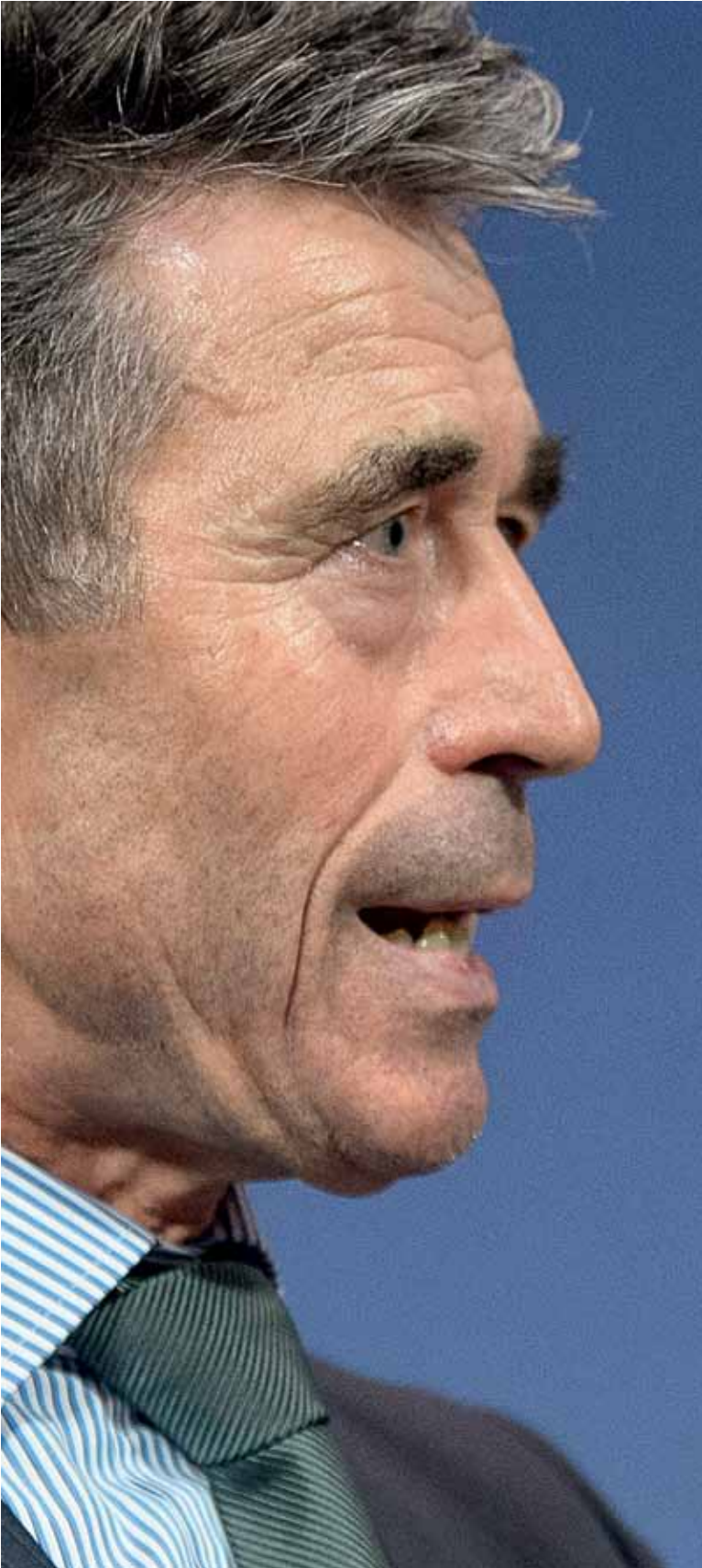
Seinen Posten verdankt Martin Schulz einem Deal im Hinterzimmer. Als Fraktionschef der Sozialdemokraten weigerte er sich 2009, die Kommission um José Manuel Barroso für eine zweite Amtszeit zu bestätigen. Und er lenkte erst ein, nachdem die EVP ihm versprochen hatte, er dürfe ab 2012 den Stuhl des Parlamentsvorsitzenden besetzen. Ebenso kann sich Martin Schulz nur Chancen auf das Kommissionspräsidium ausrechnen, wenn es zu einem Deal im Hinterzimmer kommt: Schon auf nächsten Dienstag hat EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy die Regierungschefs zur Aussprache geladen.

Die Wahl könnte ihnen schwerfallen. Denn ins Europäische Parlament könnten bis zu einem Drittel Abgeordnete kommen, die Europa ablehnen. Martin Schulz klagt am Rednerpult über das Bundesverfassungsgericht, das die Sperrklausel aufhob, weshalb auch Nazis mit weniger als einem Prozent der Stimmen einen Sitz gewinnen könnten. Er schimpft über Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden und die Faschistenpartei Jobbik in Ungarn. Und er ruft seine Genossen auf, am Sonntag um jede Stimme für die Sozialdemokraten zu werben. Denn: «Wer will, dass sich in Europa etwas ändert, der muss mich wählen.»

Dann tritt der Spitzenkandidat ab, schreibt Autogramme und lächelt in Kameras. Um 16.37 Uhr steigt er in die schwarze Limousine, die ihn zum Flugplatz fährt: Mit dem Charterjet geht's nach Berlin, am Abend spricht der Supermann aus Würselen auf dem Alexanderplatz. ○

Der Respekt, den Putin verdient

Von Urs Gehriger — Russland will Grossmacht sein. Es fühlt sich missverstanden und strebt nach Anerkennung. Man soll sein Verlangen ernst nehmen. Am besten, indem man die Nato massiv verstärkt und ihre östlichen Grenzen militärisch absichert.



«Wer ist als Nächster an der Reihe?»: Nato-Generalsekretär Rasmussen (l.), russischer Präsident Putin.

Zwei Monate ist es her, dass Russlands Truppen die Krim besetzten und Putin die ukrainische Halbinsel seinem Reich einverleibte. Überrumpelt wandelt der Westen seither auf diplomatischen Pfaden, versucht den erratischen Neo-Zaren zu zähmen und gleichzeitig nicht weiter zu reizen. Die Bemühungen werden scheitern, wenn sie nicht von militärischer Entschlossenheit untermauert werden. Die Nato muss an ihrer Ostgrenze verstärkte Präsenz markieren. Sie muss aus ihrer rüstungstechnischen Todesspirale ausbrechen und in die Verteidigung investieren.

Tumbes Säbelrassel sei dieses Ansinnen, warnen Putin-Versteher, das werde Russland nur weiter aufstacheln. Keineswegs. Es sind nötige Massnahmen, um im Herzen Europas Stabilität zu etablieren. Gehen wir der aktuellen Krise auf den Grund:

München, Februar 2007 — Erstmals tritt Wladimir Putin an der jährlichen Sicherheitskonferenz auf und entfesselt im Hotel «Bayerischer Hof» einen Gewittersturm. Er hält eine Brandrede wider die amerikanische Weltherrschaft, nennt die Nato-Osterweiterung eine Provokation und droht: Moskau verfüge über Waffen, die den geplanten US-Raketenabwehrschild in Osteuropa wirkungslos machen würden. Dann wird Putin konkret: «Die USA haben ihre Grenzen in fast allen Bereichen überschritten.» Er fragt: «Wem soll das gefallen?» und er warnt, dass sich in diesem politischen Klima «niemand sicher fühle.»

Damals war noch George W. Bush an der Macht. Bald sollte einer im Weissen Haus einziehen, der Putins «Ängste» und Warnungen ernst nehmen würde: Barack Obama. Einer, der Dialog auf Augenhöhe und kollektive Sicherheit zum Führungsprinzip erklärte.

Genf, März 2009 — Kaum zwei Monate im Amt, überreicht Obamas Aussenministerin Hillary Clinton ihrem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow einen roten Plastikknopf mit der Aufschrift «Reset». Eine eindrückliche Geste, die den Neustart in den Beziehungen zwischen Russland und den USA symbolisieren soll. Voll des Lobes reagiert Lawrow auf die neue US-Strategie: «Wir haben einander zugesichert, alle Fragen partnerschaftlich zu klären.»

Bald beginnen die Steine in Russlands Sinn zu fallen. Die geplante Raketenabwehr – konzipiert gegen iranische Langstreckenraketen – wird auf Eis gelegt. In einer strategischen Wende kehren sich die USA von Europa ab, hin zum Pazifik. Und sie fahren ihren Wehretat in historische Tiefen – und ermöglichen so ihren härtesten Konkurrenten, Russland und China, zum Weltpolizisten aufzurücken. Denn diese tun es keinesfalls den USA gleich. Russland hat seine Rüstungsausgaben innert weniger Jahre beinahe verdoppelt.

Niemand scheint sich daran zu stören. Krieg in Europa? Undenkbar. Hatte nicht Russland 2008 in Georgien interveniert und die Auflösung der Provinzen Abchasien und Südossetien betrieben? Bereitwillig streicht man die Grenzüberschreitung aus dem Gedächtnis. Nichts soll die Aufbruchstimmung trüben.

Sewastopol, März 2014 — Aus dem Neustart ist nichts geworden. Seit sich der verschmähte Hegemon USA auf Augenhöhe nähert, trumpft Russland auf mit neuer Kraft und legt sich quer, wo es ihm opportun erscheint. In Syrien etwa, wo Moskau mit Assad paktiert, Giftgas hin, hunderttausendfacher Mord an Zivilisten her. Und nun also die Annexion der Krim.

Was sich derzeit in Osteuropa abspielt, ist keine Fussnote der Geschichte. Erstmals seit dem Kollaps der Sowjetunion sehen Mittel- und Osteuropäer ihre Sicherheit substanziell bedroht. Russland zieht erfolgreich neue Demarkationslinien zwischen jener Region, die es als seine Einflussosphäre betrachtet, und dem Westen.

«Ach woher!», hören wir Putin rufen. Schliesslich habe sich das Nato-Bündnis in Richtung Osten ausgedehnt. Man sehe darin eine Bedrohung für Russland.

Weil dies rührselige Putin-Lamento gerne nachgebetet wird, sei an dieser Stelle in aller Deutlichkeit konstatiert: Die Nato ist ein Defensivbündnis, geschaffen zur kollektiven Selbstverteidigung im Fall eines Angriffs auf eines seiner Mitglieder. Ihre Erweiterung in Richtung Osten war weder ein militärischer Handstreich wie derjenige Russlands auf der Krim, noch geschah sie durch Verletzung eines souveränen Staates wie bei Moskaus Eingreifen in die Ukraine. Die ehemaligen Sowjetsatelliten Polen, Tschechien, Slowakei (damals noch vereint als Tschechoslowakei), Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die neu unabhängigen Staaten des Baltikums sind aus freien Stücken, ja auf ihren ausdrücklichen Wunsch hin und abgesegnet durch ihre jeweiligen Regierungen, Mitglieder des transatlantischen Bündnisses geworden. Dies nicht zuletzt aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen als Zwangsvasallen des Sowjetreichs.

Russlands militärisches Ausgreifen über seine Grenzen hinweg bestätigt das Unbehagen der ehemaligen Satelliten gegenüber Moskau. Bang fragt man sich an Russlands Peripherie: «Wer ist als Nächster an der Reihe?»

Er erwarte, dass Russland demnächst den Druck auf die neutrale Republik Moldau erhöhen werde, wenn das Land wie geplant einen Assoziierungsvertrag mit der EU abschliesst, sagte letzte Woche Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen auf Visite in Rumänien. Er war gekommen, um dem Bündnispartner im Osten den Schutz der Allianz zuzusprechen. «Rumänien steht nicht allein», versicherte er in Bukarest. Die Nato sei bereit, «jedes Stück ihres Territoriums zu verteidigen».

Doch kann sie das wirklich? Offenbar nicht. Offenbar steht es um das Bündnis so schlecht, dass es im Falle eines russischen Angriffs auf die baltischen Mitgliedstaaten Lettland, Litauen und Estland kaum in der Lage wäre, angemessen mit konventionellen militärischen Mitteln zu reagieren, zitierte das Nachrichtenmagazin *Spiegel* am Wochenende aus einem vertraulichen Dokument des Nato-Verteidigungsplanungsausschusses. «Russlands Fähigkeit und Absicht, ohne grosse Vorwarnung bedeutungsvolle Militäraktionen zu unternehmen, stellt eine weitreichende Bedrohung für den Erhalt von Sicherheit und Stabilität in der Euro-Atlantischen Zone dar.»

Militärische Schwäche ist der grösste Kriegstreiber; sie schürt bei Konkurrenten Expansionsgelüste.

Die europäischen Nato-Partner hätten aus dem Ende des Kalten Kriegs den Schluss gezogen, «dass jene Fähigkeiten reduziert werden könnten, die dazu benötigt werden, in konventionellen, grossangelegten, hochintensiven Konflikten in Europa zu kämpfen». In einigen Fällen seien «ganze Fähigkeitsbereiche aufgegeben oder umfangreich reduziert worden».

So also steht es um das Bündnis, das Putin wortgewaltig als «Bedrohung» Russlands heraufstilisiert.

Rüstungsausgaben sind nicht en vogue. Während Russland seine Verteidigungsausgaben im letzten Jahrzehnt um 79 Prozent (Berechnung gemäss Brookings Institution) erhöhte, kürzten die Nato-Staaten ihre Militäretats um bis zu 40 Prozent. Selbst in einem neutralen Staat wie der Schweiz – der sich bündnisfrei und autonom verteidigen will – zieht es das Volk vor, dem Militär die Flügel zu stutzen. Es ist dies eine Haltung der Kurzsichtigen, die Wohlstand und Sicherheit als selbstverständlich nehmen.

Die Konsequenz, die aus Putins Expansionsgebaren und dem alarmierenden Gesundheitscheck der Nato zu ziehen ist, kann nur lauten: «Stoppt die Sparspirale. Zurück zu höherem Wehretat». Diplomatie und Wehrhaftigkeit sind komplementäre Komponenten solider Sicherheitspolitik.

Schon sieht man Warnfinger hochschnellen: Eine militärische Stärkung der Nato würde Russland provozieren. Das Gegenteil ist der Fall. Militärische Schwäche ist der grösste Kriegstreiber, denn sie schürt bei Konkurrenten Expansionsgelüste.

Putin reklamiert Respekt für Russland und Diskurs auf Augenhöhe. Man sollte ihm diesen Wunsch nicht ausschlagen. Man erfüllt ihn, indem man in die eigene Stärke investiert und den Russen so bedeutet: «Wir nehmen euch ernst – als Kontrahenten und als Partner.» ○

Verständigung ist möglich

Von Gregor Gysi — In Moskau traf ich führende Politiker und sprach mit ihnen über die Krise in der Ukraine. Sanktionen bringen nichts. Der Westen muss die russischen Interessen berücksichtigen.



Schritt für Schritt: deutscher Politiker Gysi (l.), russischer Parlamentspräsident Naryschkin.

Mit meiner Reise nach Moskau wollte ich in der sich weiter zuspitzenden Konfrontation in und um die Ukraine einen Beitrag zur Deeskalation leisten und ein Zeichen setzen, dass eine Lösung auf dem Verhandlungsweg allen Differenzen zum Trotz nach wie vor möglich ist. Meine Gespräche mit führenden Politikern in Moskau haben bestätigt, dass Russland eigene Interessen in der Ukraine-Krise vertritt, eine Verständigung aber möglich ist.

Die grösste Differenz zeigte sich in der völkerrechtlichen Bewertung der Einverleibung der Krim. Hier habe ich meine Haltung, dass es sich dabei um einen Bruch des Völkerrechts handelt, klar kommuniziert. Die Antworten der russischen Politiker waren interessant. Der Parlamentspräsident Sergei Naryschkin argumentierte zum Beispiel, dass die Sowjetunion ja damals dem Beitritt der DDR zur BRD auch zugestimmt habe, weil sie es für den Willen der DDR-Bevölkerung gehalten hat. Damals habe es noch nicht mal ein Referendum, sondern nur einen Parlamentsbeschluss gegeben.

Wichtig war auch mein Gespräch mit dem Vizeausserminister Wladimir Titow. Er hat mir gesagt, dass Russland keine Spaltung der Ukraine wolle. Schon deshalb nicht, weil es dann ähnliche Tendenzen in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken geben könnte, die letztlich nicht beherrschbar wären. Aber hohe Autonomie brauchen die Regionen. Ausserdem begrüsst er

den Plan der OSZE, runde Tische in der Ukraine zu schaffen, mit der Teilnahme beider Seiten. Titow setzte auch Hoffnungen in die Vermittlungsbemühungen des Schweizer Bundespräsidenten und Wolfgang Ischingers im Auftrag der OSZE. Neutralität ist gefragt, und viele Europäer werden im Zweifelsfall einer der beiden Seiten zu parteiisch sein. Deshalb habe ich auch Kofi Annan vorgeschlagen, der gut zuhören kann und als neutrale Persönlichkeit von allen Seiten anerkannt sein wird. Die russische Seite, das wurde bei allen Gesprächen deutlich, setzt auf die Vermittlungsbemühungen der OSZE und wird sich selbst auch aktiv beteiligen.

Das derzeitige Hauptproblem ist das tiefe gegenseitige Misstrauen zwischen Russland und dem Westen. So hatte Präsident Putin vorgeschlagen, die Unabhängigkeitsabstimmungen in der Ostukraine zu verschieben. Alle westlichen Regierungen bestritten die Ernsthaftigkeit seines Vorschlags. Die russische Seite betonte, dass die Verschiebung auch einen Beitrag zur Deeskalation leisten solle.

Wir müssen endlich wieder mehr Vertrauen schaffen, aber dazu müssen sich beide Seiten bewegen. Wenn man beispielsweise die Entwaffnung der prorussischen Kräfte im Osten will, muss auch der «Rechte Sektor» entwaffnet werden und die ukrainische Armee sich zurückziehen. Solange die Armee schießt, werden sich die anderen nicht entwaffnen lassen.

Auch die Kanzlerin sagt inzwischen, dass der Konflikt nicht militärisch gelöst werden kann. Deshalb muss man Gespräche führen und eine Einigung finden, meinetwegen auch zwischen den selbsternannten Bürgermeistern und der Regierung. Es wird einige unter ihnen geben, die nicht mitziehen werden. Wichtig ist, dass sich die Mehrheit auf einen gemeinsamen Weg verständigt. Dafür müssen wir die Situation jetzt deeskalieren.

Dann zieht sich auch die andere Seite zurück
Dazu leisten die neuen Sanktionen gegen Russland allerdings überhaupt keinen Beitrag. So steht der Parlamentspräsident Sergei Naryschkin selbst auf der Sanktionsliste. Durch solche Massnahmen wird die Gesprächssituation nicht einfacher, im Gegenteil. Einen Vergleich erreicht man nicht mit Sanktionsdruck, sondern mit einem Interessenausgleich. Am Ende muss aber feststehen: Es darf keine Wiederholung der Krim geben, und die Ukraine bleibt erhalten. Alle russischen Gesprächspartner betonten, dass eine Rückgabe der Krim für sie nicht verhandelbar sei, aber darüber hinaus werde man die territoriale Integrität der Ukraine achten. An einem Zerfall oder einer Spaltung der Ukraine hat Russland kein Interesse.

Die Ursache der Konfrontation geht in die Zeit nach dem Kalten Krieg zurück. Gorbatschow ist versprochen worden – unabhängig von der Mitgliedschaft und Abkommen –, dass es keine Nato-Truppen und -Raketen an der Grenze zu Russland geben werde. Das Gegenteil ist passiert. Es wurden Raketen in Tschechien und Polen stationiert, obwohl dadurch die Russen ihre Sicherheitslage gefährdet sahen. Und der amerikanische Präsident Bush hat einst vorgeschlagen, die Ukraine in die Nato aufzunehmen. Nun sagt sich Putin: Wenn die Ukraine erst einmal in der EU ist und ein anderer amerikanischer Präsident wieder versucht, die Ukraine in die Nato zu holen, dann befindet sich die Schwarzmeerflotte plötzlich mitten im Nato-Gebiet. Das wollte er verhindern.

Wir müssen begreifen: Russland ist Bestandteil Europas, und ohne Russland, geschweige denn gegen seinen Willen bekommen wir keine Sicherheit in Europa. Wir müssen die Interessen Russlands berücksichtigen, auch wenn man sie nicht immer teilen muss. Ein erster Schritt könnte sein, dass die russischsprechenden und die anderen Ukrainer jetzt unter der OSZE-Schirmherrschaft beginnen, miteinander zu reden. Dann könnte man die Truppen ein Stück zurückziehen, und dann zieht sich auch die andere Seite zurück. Die Nato muss auf Truppenverlagerungen verzichten. Dann erst kann man von Russland den nächsten Schritt erwarten.

Deeskalation, Schritt für Schritt, so stelle ich mir das vor.

Gregor Gysi ist Fraktionsvorsitzender der Linkspartei und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag.
Interview mit Gregor Gysi: Seite 42

Sonderheft

Der Erste Weltkrieg

Vorspiel, Verlauf und Folgen. Führende Historiker und Denker über die Urkatastrophe: Christopher Clark, Max Hastings, Guido Knopp, Thomas Weber, Herfried Münkler, Niall Ferguson, Carl Spitteler, Kurt Tucholsky u.v.a.

«Der Erste Weltkrieg»
Weltwoche-Sonderheft, 42 Seiten,
Fr. 6.50 (inkl. MwSt., exkl. Porto)
Bestellung: per E-Mail an
ersterweltkrieg@weltwoche.ch
oder beim Kundendienst
unter der Telefonnummer
043 444 57 01.

Jetzt
bestellen!



«Volkskammer»

Von Henryk M. Broder —
Die Europawahlen als
shakespearesches Theater.



Als William Shakespeare 1599 seine Komödie «Much Ado about Nothing» schrieb, da konnte er nicht ahnen, dass er damit die Vorlage für ein Stück lieferte, das mehr als 400 Jahre später gespielt werden sollte: die Europawahlen 2014. In «Much Ado about Nothing» («Viel Lärm um nichts») geht es um «das Spiel mit dem Sein und dem Schein», um «Intrigen» und «die Sitten der höfischen Selbstinszenierung». Und genau darum geht es auch von heute bis zum Sonntag, wenn etwa 400 Millionen Europäer aufgerufen sind, «ihr Parlament» zu wählen.

Hiessen die Hauptdarsteller bei Shakespeare noch Don Pedro, Prinz von Aragon, und Leonardo, Gouverneur von Messina, so sind es heute Martin Schulz, der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Würselen bei Aachen, und Jean-Claude Juncker, der ehemalige Ministerpräsident von Luxemburg. Der ganze Wahlkampf dreht sich um die Frage, wer von den beiden Präsident der Europakommission werden soll, obwohl diese Frage mitnichten von den Wählern entschieden wird, sondern vom Europäischen Rat, dem Gremium der 28 Staats- und Regierungschefs der EU-Länder – und ganz am Ende von der deutschen Kanzlerin, gegen deren Willen im Europa-Theater nichts läuft. Den Wählern aber wird eingeredet, es komme auf deren Stimmen an. Und auch darauf, dass «Europafeinde», «Europakritiker» und «Europaskeptiker» aus dem Europaparlament ferngehalten werden. Völlig zu Recht, wenn auch versehentlich, hat Elmar Brok (CDU), der seit 34 Jahren Europapolitik macht, das Europaparlament eine «Volkskammer» genannt – so hiess auch das «Parlament» in der ehemaligen DDR, in das nur linientreue Abgeordnete «gewählt» wurden.

Heute folgen die Parteien den Regeln der «höfischen Selbstinszenierung», indem sie vor der Wahl «Programme» anbieten. «Gemeinsam erfolgreich in Europa», sagt die CDU. «Europa eine neue Richtung geben», will die SPD. «Europa – mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten», versprechen die Grünen. In der Gastronomie nennt man so etwas einen Eintopf.

Und würde Shakespeare heute ein Stück über die Europawahl schreiben, käme nur ein Titel in Frage: «One Size Fits All».

Politiker zweiter Klasse

Von Silvio Borner — Das eidgenössische Parlament verliert
laufend an Macht und Bedeutung. Die Arbeit der Volksvertreter
wird entsprechend schludriger und opportunistischer.

Die Schweiz ist mit Blick auf das politische System ein Sonderfall, bei dem nebst dem Föderalismus (der auch in vielen anderen Ländern in abgeschwächter Form vorkommt) vor allem die halbdirekte Demokratie mit dem Referendum und der Initiative im Mittelpunkt steht.

Ein zweiter, häufig übersehener, aber trotzdem wichtiger Punkt betrifft das Regierungssystem. Oder anders gesagt: die andere Hälfte der halbdirekten Demokratie. Es geht um das Verhältnis von Parlament und Regierung. Hier unterscheidet man in der Literatur zwischen zwei Grundtypen von indirekter Demokratie: dem Präsidialsystem und dem parlamentarischen System. Bei Ersterem wählen die Stimmberechtigten sowohl das Parlament wie auch den Präsidenten, was etwa in den USA oder Frankreich der Fall ist. Der Präsident ist so relativ unabhängig vom Parlament, kann aber mit diesem in eine Patt-Situation geraten, wenn andere Parteien im Parlament eine klare Mehrheit bilden. Aber das Parlament kann in einem Präsidialsystem den vom Volk gewählten Präsidenten nicht absetzen.

Ersetzt wird er nur bei Ablauf der Amtszeit oder einer Nichtwiederwahl für eine neue Amtszeit. In einer parlamentarischen Demokratie wie vor allem in Grossbritannien wählt die Parlamentsmehrheit einen Regierungschef, der aber vom Parlament de facto jederzeit ersetzt werden kann. Das Parlament hat hier also die oberste Macht im Staate. Das Ansehen, Prestige oder eben auch die Macht der Parlamentarier sind entsprechend hoch. Aber auch in einem Präsidialsystem wie in den USA kann der Präsident längst nicht schalten und walten, wie er will. Hat er es in beiden Kammern mit einer Mehrheit der Gegenpartei zu tun, werden seine Spielräume sehr eng.

Starke Persönlichkeiten fehlen

In der Schweiz ist es nochmals anders. Das Parlament wählt die sieben Bundesräte einzeln für eine feste Amtszeit, kann sie aber nicht abwählen. Die Bundesräte sind somit relativ unabhängig vom Parlament. Aber dem gegenüber stehen bei uns die Möglichkeiten des direkten Eingriffs des Volkes, das Volksabstimmungen verlangen und dadurch Bundesrat wie vor allem das Parlament desavouieren

kann. Das schweizerische Parlament ist somit aus zwei Gründen relativ macht- und bedeutungslos: zum einen wegen des Vorrangs der Volksrechte und zum anderen wegen der Unabhängigkeit der Regierung. Hinzu kommt als Drittes noch der Milizcharakter des Parlaments, der einer professionellen Verwaltung, aber auch den organisierten Interessenvertretern gegenübersteht.

Das Interesse an Mandaten im eidgenössischen Parlament ist daher in letzter Zeit ständig gesunken, was der Qualität der Amtsträger abträglich ist. Der Milizgedanke ist so pervertiert worden. Starke, in der Privatwirtschaft engagierte Persönlichkeiten fehlen, weil sie gar nicht kandidieren oder wie Peter Spuhler nach kurzer Zeit zurücktreten. Attraktiv ist ein Sitz im Parlament vor allem für professionelle Interessenvertreter, die zur Steigerung ihres Lobby-Werts für Verbände, Gewerkschaften oder andere Anwärter für Staatskrücken ein offizielles Mandat im Parlament benötigen.



Der kürzlich erfolgte Absprung von Ex-Bundesrat Christoph Blocher als Nationalrat wird denn auch damit begründet, dass dieser in den Sessionen nur Zeit verliert, die er viel wirksamer direkt für den Volkswillen einsetzen kann. Zur Erinnerung: Als im Jahr 1893 beim Bund die Volksinitiative auf Verfassungsebene eingeführt wurde, benötigte man dafür knapp acht Prozent der Stimmberechtigten. Das wären heute über 400 000 Unterschriften, und unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten seit 1893 entspräche eher das Doppelte, also rund 800 000 Unterschriften, dem Willen der weisen Ur-Initianten.

Kein Wunder, dass sich nach dieser extremen Entwertung des Initiativrechts Politiker lieber auf diese billige Schiene begeben, als im Parlament um Kompromisse zu ringen. Kein Wunder auch, dass sich die aktivsten Parlamentarier wie neulich Oskar Freysinger oder Filippo Leutenegger vor allem aus dem Nationalrat auf den Absprung in professionell geführte Kantonsregierungen oder Stadtpräsidenten vorbereiten. Die Liste ist lang und wird immer länger. Die parlamentarische Arbeit wird entsprechend schludriger und opportunistischer. Das Haus der Kantone in Bern wird langsam, aber sicher zur wichtigeren Institution als das eidgenössische Parlament.

Hillary und der Gini-Koeffizient

Von Hansrudolf Kamer — Die Demokraten haben die Ungleichheit in Amerika als Wahlkampfschlager entdeckt. Die unvermeidliche Kandidatin, Hillary Clinton, spielt mit halber Überzeugung mit.



Balzac hatte einst festgestellt, dass hinter jedem grossen Vermögen ein Verbrechen steht. Bei den Kennedys hatte der Patriarch, Vater des Präsidenten, sein Geld durch illegalen Schnapsverkauf in der Prohibitionszeit

gemacht. Die amerikanischen Frühkapitalisten des Industriezeitalters werden liebevoll «robber barons» – Raubritter – genannt.

Das grosse Geld und Familiendynastien sind wieder ein Thema in der amerikanischen Politik, seit sich abzeichnet, dass sich 2016 bei den Präsidentenwahlen Hillary Clinton und Jeb Bush gegenüberstehen könnten. Allein die Vorstellung, dass es zu einem Re-Match Clinton – Bush kommen könnte, verursacht allerdings in beiden Parteien erhebliche Bauchschmerzen.

Zunächst stehen im Herbst die Kongresswahlen an. Dann jedoch startet die Präsidentenkampagne in allem Ernst. Hillary führt in den meisten Umfragen überlegen. Sie wäre die erste Frau – ein zugkräftiges Argument. Bei Amtsantritt wäre sie allerdings nur Monate jünger als Ronald Reagan 1981, und leider verfügt sie nicht über dessen sonnigen Optimismus, der automatisch verjüngt.

Krieg gegen Frauen

Gleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen ist wieder politisch virulent. Die abrupte Entlassung der Chefredaktorin der *New York Times*, Jill Abramson, hat die Geschlechterfrage hochgespielt. Die Demokraten behaupten seit je, die Republikaner führten Krieg gegen die Frauen. Dass ausgerechnet die *Times*, Vorkämpferin für alles politisch Korrekte, ihre Chef-Frau in die Wüste schickte, war deshalb peinlich.

Gleichheit der Geschlechter, Gleichheit bei Einkommen und Vermögen. Die politisch-intellektuellen Folgen der Finanzkrise machen sich immer stärker bemerkbar. Ein Indiz ist der Verkaufserfolg des Buches von Thomas Piketty, «Das Kapital im 21. Jahrhundert», in Amerika. Seine Thesen, dass die Ungleichheiten der Einkommen und Vermögen in den letzten Jahrzehnten zugenommen hätten und Amerika sich in einem neuen «vergoldeten Zeitalter» eines ausser Kontrolle geratenen Kapitalismus

befinde, liefert den Demokraten Wahlkampf-Munition.

Alte Ideen sterben selten, sondern geraten nur ausser Mode, bevor sie wieder auferstehen. Der italienische Soziologe und führende faschistische Ideologe Corrado Gini hatte 1912 das universelle statistische Mass für Ungleichverteilungen erfunden, das sich auch auf Einkommen und Vermögen in einem Staat anwenden lässt. Unter zahlengläubigen Ökonomen hat der Gini-Koeffizient überlebt, die Faschismustheorie wird verdrängt.

Obama hatte das Thema immer wieder in die Arena geworfen – zuletzt in seiner «Klassenkampfrede» Ende Jahr. Seither gehen die demokratischen Kandidaten damit landauf, landab auf Stimmenfang.

Auch «Mrs. Inevitable», Hillary Clinton. Sie weiss, dass sie die linksdemokratische Basis braucht, um über die Primärwahlen zu kommen, in denen sie das letzte Mal gescheitert war. Doch ist weder sie noch war ihr Mann als Präsident am linken Flügel der Partei verwurzelt. Sie hat hier ein kleineres Glaubwürdigkeitsproblem.

Ein Redenschreiber für demokratische Kandidaten konstatierte jüngst im Magazin *Politico*, Hillary könne 2016 keinesfalls der Bannerträger der Demokraten sein. Die Partei könne nicht die wachsenden Unterschiede zwischen

Arm und Reich kritisieren und gleichzeitig eine Politik der Dynastien führen. Konzentration wirtschaftlicher Macht sei nur die Kehrseite der Konzentration politischer Macht. Das solle man doch Jeb Bush überlassen.

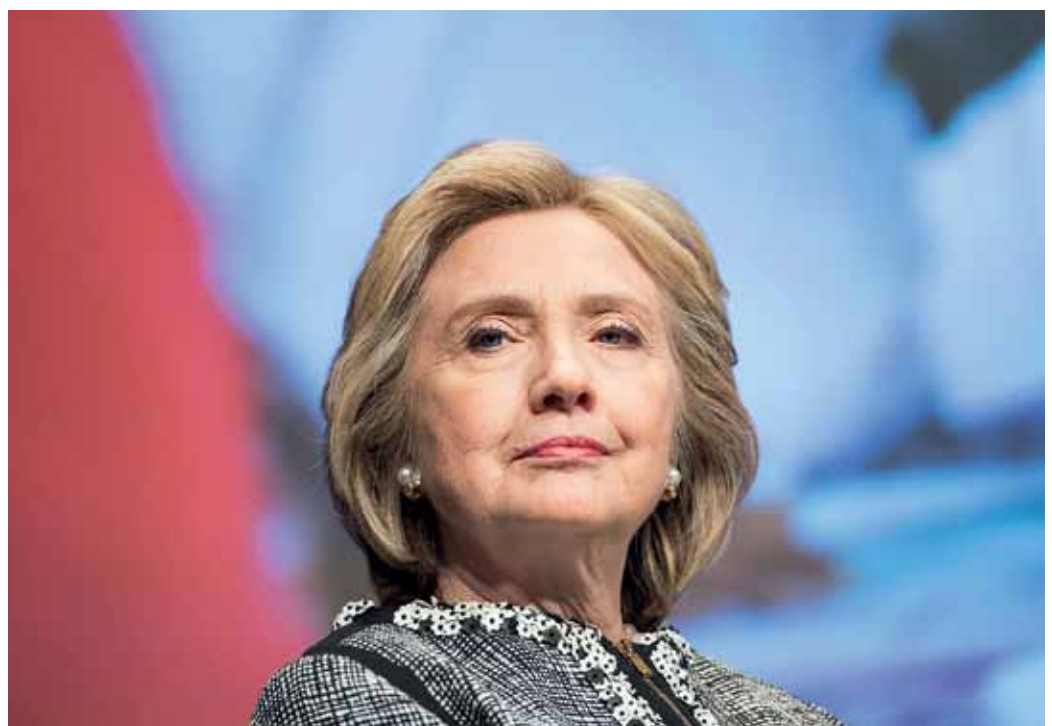
Die Republikaner registrieren den Klimawechsel in der öffentlichen Debatte. Sie möchten Hillary «verhindern», gerade weil sie recht gut rechts wie links politisieren kann. Karl Rove, der republikanische Wahlstrategie und gelegentlich der Mann fürs Grobe, schlug deshalb frühzeitig einen Pflock ein. An einer Konferenz sagte er, Hillary Clinton habe bei ihrem Unfall Ende 2012 einen Gehirnschaden erlitten.

Gesundheit als politisches Thema

Rove sagte zwar nicht «Gehirnschaden», das war die Zuspitzung der *New York Post*. Doch hatte Hillary nach einem Schwächeanfall und einem Sturz eine Gehirnblutung, die nach Aussage aus ihrem Umfeld nach längerer Absenz geheilt und auskuriert wurde.

Der Gesundheitszustand aller Thronanwärter ist seit Jahren ein politisches Thema, genauer: seit 1972. Der damalige demokratische Vizepräsidentenskandidat Tom Eagleton musste nach der Nominierung einräumen, er sei mit Elektroschocks gegen Depressionen behandelt worden, und sich zurückziehen. Seither werden die Kandidaten vor der Nominierung auf Herz und Nieren geprüft.

Ob Pikettys zentrale Folgerung, der Staat müsse die Erträge von Kapital und Arbeit gerechter verteilen, zum Tragen kommt, hängt von der Persönlichkeit des Herolds ab, der die Botschaft verkündet. Die amerikanische Wirtschaftsgeschichte zeigt indes, dass Wachstum «gerechter» verteilt als der Staat. Populär ist diese Erkenntnis zurzeit aber nicht.



«Mrs. Inevitable»: mögliche Präsidentschaftskandidatin Clinton.

Röstigraben – einmal anders

Von Christoph Mörgeli

Für einmal gibt's kein Lamento über den vielbemühten «Röstigraben». Wenn die Schweiz im Sinne der Romanen und der vereinigten Medien abstimmt, ist der Röstigraben eine gute Sache. Die Deutschschweiz hätte den Kampfflieger Gripen eingekauft, einzelne Kantone sogar mit Ja-Anteilen von über 60 Prozent. Doch die Gebiete westlich der Saane gaben mit satten Nein-Anteilen den Ausschlag. Denn sie ticken anders, auch in der Sozial- und Aussenpolitik. Wehe, es wäre umgekehrt gelaufen. Das Gezeter über die neuerliche Vergewaltigung der Westschweiz hätte das Land mit dem Lärm von Überschalljets erzittern lassen.

Das Volk hat nicht immer recht. Aber der Wille des Volkes gilt. Die Deutschschweizer nehmen das Verdikt gelassen zur Kenntnis. Obwohl sie das Rüstungsgeschäft, dem sie mehrheitlich zugestimmt haben, auch grossenteils finanziert hätten. Eine kleine Pointe beim 3,1-Milliarden-Projekt besteht darin, dass die Belastung der direkten Bundessteuer pro Kopf in der Deutschschweiz ungleich grösser ist. Ursprünglich diente diese «Wehrsteuer» übrigens ausschliesslich der Finanzierung von Militärausgaben.

Christoph Blocher hat nach dem Nein der Westschweiz zur Masseneinwanderungsvorlage erklärt: «Die Welschen hatten schon immer ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz.» Was einen Sturm der Entrüstung auslöste. Wie immer, wenn jemand etwas Undiplomatisches sagt, über dessen Gehalt man nicht nachdenken mag. Viel schöner und geschliffener tönt dieselbe Aussage aus dem Mund eines Vertreters der romanischen Schweiz. Aussenminister Giuseppe Motta erklärte am 2. März 1920 im Nationalrat zur Skepsis bezüglich des Beitritts zum Völkerbund: «Ich verstehe die deutsche Schweiz. Wir haben alle sicherlich unsere Vorzüge und Fehler, aber einer der bemerkenswertesten Vorzüge der deutschen Schweiz ist ihre überlegene Ruhe, ihr Verlangen, in allen Fragen das Dafür und Dawider abzuwägen. Es ist die deutsche Schweiz, welche die Schweiz gegründet hat. Oft hat uns die deutsche Schweiz zurückgehalten, wenn wir strauchelten.»

Jetzt ist das Deutschschweizer Verteidigungsdepartement über den Gripen gestraucht. Bundesrat Ueli Maurer wird mit überlegener Ruhe die Bodentruppen aufrüsten. Und Alternativen für den Luftraum vorlegen. Und das nächste Mal einen Romand zum Armeechef ernennen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Dichtestress ist Sozialstress

Von Peter Bodenmann — München und Umgebung hat fünfzig Prozent mehr Zuwanderer als Zürich und Umgebung.



Weniger Arbeitslose als die Schweiz: München.

Welche Region hat in Europa wie viele Arbeitslose? Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat sich die Mühe genommen, die Zahlen vergleichbar zu machen. Selbst der Chefökonom der UBS – ein unverdächtig Zeuge – arbeitet mit diesen Zahlen.

Oberbayern mit der Hauptstadt München hat 4,4 Millionen Einwohner und weniger Arbeitslose als die Schweiz. Ebenfalls weniger Arbeitslose als die Schweiz haben unter anderen die Regionen Freiburg im Breisgau, Salzburg und Tirol. Wir sind keine Ausnahme, sondern haben einen Rückstand auf die Regionen mit den tiefsten Arbeitslosenzahlen in Europa.

Und wie sieht es netto mit dem Bevölkerungswachstum, genauer: mit der Zuwanderung, aus? Nehmen wir die international vergleichbaren Zahlen des Jahres 2012.

In der Region Oberbayern stieg die Zahl der Einwohner von 10 000 auf 10 120. In der Lombardei von 10 000 auf 10 098. In Wien von 10 000 auf 10 129. Daneben nimmt sich die Steigerung in der Region Zürich von 10 000 auf nur magere 10 078 geradezu lächerlich aus.

Wir haben – verglichen mit den wirklich boomenden Regionen in Europa – nicht nur mehr Arbeitslose, sondern auch weniger Bevölkerungswachstum zugleich. Die Grossräume München und Wien haben deshalb fünfzig Prozent mehr Zuwanderer als der Grossraum Zürich.

Trotzdem wiederholen von rechts bis links fast alle Politikerinnen und Politiker, es könne mit dem zunehmenden Dichtestress nicht weitergehen. Das Problem der Schweiz ist ein anderes. Immer mehr Menschen mit mittleren Einkommen haben Ende Monat zu wenig Geld im Sack.

Die Mieten sind in den letzten Jahren weiter gestiegen. Die Krankenkassenprämien samt Selbstbehalten explodieren. Für Fleisch bezahlen wir doppelt so viel wie die Deutschen. Sofa-Kartelle verteuern fast alle Importwaren. Das Resultat: Die Deutschen bekommen für 100 Franken gleich viel wie die Schweizer für 160 Franken. Eine falsche Politik frisst die Kaufkraft weg.

Und zum Dessert das: Neu werden nur mehr die Schweizerinnen und Schweizer in Europa Roaming-Gebühren bezahlen.

Auch weil keine Partei in Sachen Kaufkraft konsequent und erfolgreich die Interessen der Lohnabhängigen und der Rentner vertritt, wächst der Sozialstress. Und wo konkrete Antworten fehlen, werden Ausreden und Sündenböcke gesucht und gefunden.

Dichtestress und Masseneinwanderung sind Kopfkrankheiten. Gegen diese Grippe helfen Fakten noch nicht.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Eine erfreuliche Show

Von Kurt W. Zimmermann — Wir erleben den ersten richtigen Übernahmekampf um ein Medienunternehmen. Fast wie in Amerika.

Vor gut zehn Jahren war ich Mitglied des Verwaltungsrats von Bluewin. Bluewin war eine Swisscom-Tochter. Wir hatten uns im Verwaltungsrat oft mit einem schwierigen Geschäftspartner herumzuschlagen.

Bluewin hielt die Hälfte am Aktienkapital der sogenannten Directories. Die Firma publizierte Adressverzeichnisse, die als Telefonbücher und Online-Seiten vermarktet wurden.

Die zweite Hälfte des Directories-Aktienkapitals hielt der Werbevermittler Publigroupe.

Die Publigroupe war im Verwaltungsrat häufig ein Thema. Es war kein erfreuliches Thema. Wann immer wir von der Swisscom-Seite einen geschäftlichen Vorschlag machten, etwa im Marketing, dann blockte die Publigroupe ab. Wenn sie für einmal nicht abblockte, dann sorgte sie dafür, dass die Idee später versandete.

Die Directories heissen heute Local.ch. Doch sonst, wenn ich richtig höre, hat sich seitdem nicht viel verändert. Die Publigroupe ist immer noch kein leichter Partner.

Darum wurde es der Swisscom nun zu bunt. Sie will die gesamte Publigroupe kaufen und bietet 200 Franken pro Aktie. Das ergibt einen Preis von 443 Millionen.

Auch der Tamedia-Verlag will die Publigroupe und bot bisher 190 Franken pro Aktie. Man kann davon ausgehen, dass Tamedia ihr Angebot erhöht. Ich erwarte, dass dann Swisscom wieder nachzieht.

Warum diese heftige Übernahmeschlacht um eine börsenkotierte Firma, die erste dieser Art in der Mediengeschichte?

Nun, Übernahmeschlachten sind immer dann heftig, wenn die Bieter das Zielobjekt hautnah kennen. Ein Beispiel ist etwa der momentane Kampf um den französischen Alstom-Konzern, hinter dem General Electric und Siemens her sind. Beide kennen die lahme Alstom gut und wissen, wie man sie wieder flottmachen könnte.

Bei der lahmen Publigroupe – Umsatz 267 Millionen, null Gewinn – ist es genauso. Tamedia hat seit je mit ihr zusammengearbeitet. Sie hat genau mitbekommen, wie schlampig Publigroupe in den letzten Jahren geführt wurde und wie sprunghaft sie immer wieder ihre Strategien änderte.

Swisscom hat ähnliche Erfahrungen gemacht. Auch sie konnte verfolgen, wie schwer sich Publigroupe mit schlanken Strukturen und tiefen Kosten tat und wie kraftlos sie oft im Markt agierte. Swisscom sah auch genau, welches Potenzial bei der gemeinsamen Firma Local.ch ungenutzt blieb.



Goldgrube: Swisscom-Chef Schaeppi.

Wenn Swisscom und ihrem Chef Urs Schaeppi die Übernahme gelingt, wird sie aus Local.ch eine hübsche Online-Goldgrube machen. Ein Umsatz von 300 Millionen Franken und ein Gewinn von gegen 100 Millionen sind in einigen Jahren durchaus realistisch.

Bei Tamedia sind die Perspektiven etwas weniger verheissungsvoll. Sie kann aber erfolgreich Synergien mit ihrer eigenen Adress-Plattform Search.ch nutzen.

Dennoch werden die Angebote für Publigroupe nicht mehr stark steigen. Denn neben dem Local-Filet hat sie nur noch einen zweiten Happen in der Bilanz. Ihr gehören 47,5 Prozent des europäischen Internet-Werbevermarkters Zanox. Er macht fast 500 Millionen Euro Umsatz, ist aber renditeschwach. Zudem gehört die Mehrheit dem deutschen Axel-Springer-Verlag, der operativ allein das Sagen hat.

Ich vermute mal, der Preis für die Publigroupe wird am Ende nicht über 215 Franken pro Aktie und somit bei rund 500 Millionen liegen. Das ist viel für eine marode Firma.

Dafür bekommen wir im Publikum wie bei jeder Übernahmeschlacht viel geboten. Kaufofferten, Gegenofferten, Gerüchte, hektische Börsianer, gestresste Managements und nervöse Presseberichte.

Das ist doch eine erfreuliche Show. Noch sind wir von den Medien am Leben.

Gefeuert

Von Beatrice Schlag — «Lean In» ist kein Patentrezept.

Vor etwas mehr als einer Woche wurde Jill Abramson, erster weiblicher Chefredaktor der *New York Times*, per sofort entlassen. Über die Gründe für den Rauswurf hielt sich Verleger Arthur



Sulzberger bedeckt. Er begnügte sich mit einem vagen Hinweis auf «Management-Probleme im Newsroom». Die bei der Verabschiedung von Topshots übliche Würdigung der Verdienste unterblieb. Seit Abramson ihren Job vor knapp drei Jahren antrat, gewann die Zeitung acht Pulitzer-Preise. Die Aktien der NYT stiegen. Die Zeitung mit der riesigen Auflage war eine der wenigen, die den Balanceakt zwischen Kioskausgabe und Internetangebot mit Gewinn zu meistern schienen. Warum musste Jill Abramson trotzdem gehen? Tausend Gerüchte schwirren. Jill Abramsons Privatleben war untadelig. Überall wurde indes erwähnt, dass die 60-Jährige von vielen als aggressiv und harsch in ihren Urteilen über die Leistungen von Mitarbeitern empfunden wurde. Bemerkenswerterweise war nirgends das Wort «bossy» zu lesen, dem Facebook-COO Sheryl Sandberg in Zusammenhang mit entscheidungsfreudigen Frauen den Kampf angesagt hat. Stattdessen wurde Abramson als «pushy» beschrieben, was ziemlich genau dasselbe bedeutet: das Gegenteil von sanftmütig. Wer hat in der Medienbranche, wie vermutlich in vielen anderen Berufen auch, je einen Chef gehabt, der nicht fordernd und gelegentlich gnadenlos im Austeilen war? Es scheint zum Jobprofil von Chefs zu gehören. Wie lange müssen wir noch warten, bis Männer die Verdienste aggressiver Chefinnen zu würdigen bereit sind? Sheryl Sandberg hat in ihrem Weltbestseller «Lean In» Frauen, die berufstätig sein wollen, eindringlich dazu aufgerufen, sich in ihren Job reinzuknien. Jill Abramson hat sich mit Leidenschaft reingeknien. Wäre sie eine umgängliche, allseits beliebte Journalistin, hätte man sie vermutlich nie auf den Chefessel der *New York Times* gehievt. Aber sich erfolgreich reinzuknien, reicht offensichtlich nicht. Den Frauen in gehobenen Positionen empfahl Sandberg ausserdem, «zu lächeln, auch wenn ihnen nicht darum ist, und bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Wort «ich» durch «wir» zu ersetzen». Glaubt jemand im Ernst, Jill Abramson wäre Chefredaktorin geblieben, wenn sie sich daran gehalten hätte?

Leserbriefe

«Solarstrom belastet das Klima stärker als Kohlestrom.»

Marco Brenni

Was ist noch dekadent?

Nr. 20 – «Tuntenvision»; Alex Baur über den Eurovision Song Contest

Die NZZ hat kürzlich den Ausgang des unsäglichen Eurovision Song Contest als einen Triumph eines liberalen, toleranten Europas bejubelt. Von Dekadenz zu sprechen, verbietet der moderne Zeitgeist in zu vielen Medien, leider auch bei der NZZ. Doch genau das muss man doch in aller Ehrlichkeit festhalten, denn wenn der Platz eins von Wurst nicht eine Dekadenz-Erscheinung ist – was soll denn überhaupt noch dekadent sein?

Hans T. Piaz, Bangkok

Positive Umweltbilanz

Nr. 20 – «Klimakiller Solarstrom»; Alex Reichmuth über die Solarenergie

Endlich die Wahrheit über den Solarstrom! Was ich schon seit langem vermutete, ist jetzt von Ferruccio Ferroni, dipl. Ing. ETH, mit akribisch genauen Rechnungen festgestellt worden. Die gesamte Energiebilanz, aber beson-

ders der CO₂-Ausstoss für die Herstellung der Solarpanels bringt überhaupt nichts: 1786 kg CO₂ pro Quadratmeter Solarpanel! Das ist ja, kurz gesagt, nur Verrücktheit: Der Solarstrom belastet das Klima somit stärker als der Kohlestrom (!), wenn man bedenkt, dass 80 Prozent der heutzutage hergestellten billigen Panels alle aus China kommen. Der einzige Ausweg wäre die Herstellung dieser Panels mit Atomstrom oder Wasserkraftstrom – aber das kommt ja wieder zu teuer. Da ja heute nur ein einziger Mainstream-Gedanke und eine einzige dominante grüne Politik über diese «heilig-selige» Solarenergie bestimmen (genau wie ein Dogma), wird in Zukunft kaum etwas daran geändert werden.

Marco Brenni, Lugano

Wichtige Punkte hat Alex Reichmuth vergessen. Solarenergie gilt als sauber, grün, ökologisch, nachhaltig und so weiter. Die Förderbedingungen für Kohle, Silikate, Erze in China sind katastrophal. Viele Menschen sterben. Bei der Produktion werden die Arbeiter ausgebeutet. Die Transporte nach Europa geschehen

unter Verwendung von hochgiftigem Schiffschweröl. Ein Teil der Module funktioniert nicht und muss ersetzt werden. Hagelzüge und Brände, Defekte sowie die Aufgabe von Anlagen müssen ebenfalls einkalkuliert werden. In Spitzenförderzeiten muss der Strom vernichtet werden, da die Netze sonst instabil werden. Die Anlagen sind teilweise Sondermüll und müssen entsprechend entsorgt oder gelagert werden. Die in Deutschland in Betrieb genommenen Batterien sind ebenfalls nicht nachhaltig. Für die Windenergie gilt dasselbe: Sondermüll, Entsorgung und so weiter. Das Ganze ist ein potemkinsches Gebilde. Die Energiebilanz verheerend. Man verbrennt eine Tonne Kohle, um in zwanzig Jahren vielleicht 800 Kilogramm einzusparen. Hauptsache, die Europäer können sich grün und gut fühlen.

Simon Meister, Roggwil

Endlich Tatsachen über Solarstrom! Der Artikel ist interessant und aufschlussreich. Aber ein wichtiger Aspekt ist noch ausser Acht gelassen: die Entsorgung der nicht mehr gebrauchten Panels. Auch hier entsteht ein erheblicher Energieaufwand. Nicht erwähnt ist auch die Gefahr durch Schwermetalle (Cadmium, Tellur) in einem Teil der Panels. Dass die Panels trotzdem nicht wie Elektroschrott zu entsorgen sind, sondern zurzeit noch von der



ROGER G E G E N ROGER

ON
TOUR

ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM BOLERO CLUB, UNTERE VOGELANGSTRASSE 8 IN WINTERTHUR
2. JUNI 2014 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR
EINTRITT CHF 15.- INKL. WELCOME-DRINK
NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

BOLERO
Club & Lounge

Entsorgungspflicht ausgenommen werden, ist ein Ärgernis.

Markus Wepfer, Zollikerberg

Jahrhunderte lang haben die Päpste in Rom behauptet, die Sonne drehe sich um die Erde. Ebenso unhaltbar sind die Aussagen von F. Ferroni über Solarstrom als Klimakiller. Unabhängige Studien belegen die eindeutig positive Umweltbilanz von Solarstrom schon lange: Die bei der Herstellung einer Solaranlage verursachten CO₂-Emissionen sind durch den produzierten Solarstrom bereits nach drei bis vier Jahren kompensiert. Danach erzeugt die Anlage bis zum Ende ihrer Lebensdauer (noch mindestens 26 Jahre) emissionsfreien Solarstrom.

Daniel Ruffer, Küssnacht

Thomas Matter täuscht sich

Nr. 19 – «Danke, Kathy Riklin»; Leserbrief von Thomas Matter

Der EU-Binnenmarkt ist nicht dasselbe wie der EWR-Binnenmarkt und auch nicht dasselbe wie der Binnenmarkt, an dem die Schweiz teilnimmt. Nur im EU-Binnenmarkt sind die Mehrwertsteuersätze insoweit harmonisiert, als ein Mindestsatz von 15 Prozent gilt. In Norwegen oder Liechtenstein ist das ebenso wenig der Fall wie in der Schweiz. Um Schweizer Europapolitik zu verstehen, reicht es nicht, ein EU-Lexikon der deutschen Bundesregierung zu konsultieren. Die Zusammenhänge sind komplex. Thomas Matter hat insofern recht, als es für die Schweiz wichtig wäre, sich an den weiteren drei Grundfreiheiten voll beteiligen zu können. Dies wurde leider 1992 mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

Kathy Riklin, Zürich

Wir sind nicht mehr im Kalten Krieg

Nr. 19 – «Kahlschlag von oben»; Philipp Gut über die Schweizer Armee

Der Artikel ist interessant, aber völlig dem Kalten-Krieg-Denken verhaftet. Die militärstrategische und politische Lage hat sich doch fundamental geändert. Es scheint mir, dass zu stark rechtsgerichtete Kreise eine neutrale Festung Schweiz aufbauen wollen, die auf wackligem Fundament steht – wenn man weiss, dass moderne Konflikte und Kriege nur vernetzt bewältigt werden könnten. Natürlich ist es falsch, in Friedenszeiten als neutrales Land die Luftraumüberwachung nach den Bürozeiten auszurichten und nicht rund um die Uhr sicherzustellen. Das ist sogar liederlich und lächerlich, sofern man als neutraler Staat für die eigene Sicherheit im Frieden verantwortlich sein will.

Ich glaube aber nicht, dass die Schweizer Armee auf Nato-Tauglichkeit umgepolt wurde. Sie wurde vielmehr der neuen Zeit angepasst,

musste mit der Entwicklung Schritt halten wie andere Armeen auch.

Im Übrigen ist die Vorwarnzeit für einen Kriegsfall in Europa gross genug, um, wenn die Vorbereitungen ausreichend getroffen worden sind, eine genügend starke Armee aufzubauen. Und das, meine ich, wird getan. Wo wir nie hinterherhinken dürfen, das ist bei der Technologie der Kriegsentwicklung.

Paul Rast, per E-Mail

Korrigenda

Im Artikel «Sündenmeilen» (Nr. 19/14) wird Uvek-Sprecher Harald Hammel mit der Aussage zitiert, die sogenannten Kioto-CO₂-Zertifikate seien mit dem Gold-Standard zertifiziert und würden daher keinen Zusatznutzen aufweisen. Gemeint ist natürlich genau das Gegenteil: Die erwähnten Kioto-Zertifikate sind eben gerade nicht nach dem Gold-Standard zertifiziert und deshalb viel billiger. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



www.stellen-anzeiger.ch

STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Am Abfuhrtag stehen die Grüntonnen artig am Strassenrand und warten auf ihre Entleerung. Darf man das Grünzeug, das im eigenen Behälter keinen Platz mehr hat, in Nachbars halbvolle Tonne werfen? *Brigitte Sasso, Seuzach*

Ja, solange das Grünzeug wirklich in die Grünsammlung darf. Denn Seuzach schreibt in seinem Abfallkalender: «Widerrechtliche, unsachgemässe Abfallentsorgung wird geahndet.» Dazu hat Seuzach auch ein informatives Abfall-Abc ins Internet gestellt. Demnach dürfen Balkonpflanzen, Eierschalen, Kaffeesatz, Kleintiermist (nur von Pflanzenfressern), nicht aber Kleintierstreu, Kadaver und die Kleintiere selber in die Grünabfuhr. Für Letztere bietet Seuzach im Werkhof eine «kostenlose Entsorgung». Überrascht war ich, dass gemäss Seuzachs Abfall-Abc Teebeutel in die Grünsammlung dürfen. Ich meinte, das gilt nur für den Inhalt, den Tee. Der Beutel gehört in den Abfall, die Schnur in die Altschnursammlung, die Etikette zum Altkarton und die Büroklammer zum Altmittel.

Bastien Girod

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Unterwegs mit den Schleppern

Das Geschäft mit afrikanischen Bootsflüchtlingen boomt. Junge Schlepper werden reich und feiern ausgelassene Partys. Zu Besuch in einem libyschen Schmugglernest.

Von Kurt Pelda und Nathan Beck (Bilder)

Zuwaras wichtigste «Exportbranche» arbeitet im Verdeckten, auch wenn alle davon wissen: Es ist der Schmuggel von Menschen nach Italien, vor allem auf die bloss 290 Kilometer entfernte Insel Lampedusa. Hunderte Migranten, junge Männer aus Somalia und Eritrea, Wirtschaftsflüchtlinge aus Westafrika und zunehmend auch syrische Kriegsflüchtlinge, warten in der kleinen westlibyschen Stadt auf ein Zeichen ihrer Schleuser, auf den Startschuss zur gefährlichen Reise übers Mittelmeer.

Zuvor, als der Wind das Meer aufpeitschte und die Wellen Schaumkronen trugen, kam es zu einer dieser Tragödien, die nie Eingang in die Schlagzeilen finden. Bei gutem Wetter war ein Schlauchboot mit zwanzig Migranten in Richtung Norden gestartet. Doch dann fiel der Aussenbordmotor aus. Die Nusschale trieb auf dem Meer, und die Trinkwasservorräte gingen zur Neige. Am dritten Tag kam Wind auf, es gab Wellen, und wie durch ein Wunder wurde das Boot in Richtung Land geschwemmt. Die Flüchtlinge sahen schon die weissen Sandstrände von Zuwara, als eine Woge das Gefährt kentern liess. Drei junge Afrikaner ertranken. Ärzte im Krankenhaus versuchten noch lange, sie zu reanimieren, aber ohne Erfolg: drei weitere namenlose Opfer des Geschäfts mit der Hoffnung, des Geschäfts mit dem Tod.

Hohe Gewinne

Gemäss Schätzungen des Florentiner Migration Policy Centre sind 2013 bei der Seeüberquerung mindestens 730 Migranten umgekommen, die meisten davon auf dem Weg nach Italien. Gemessen an der Zahl aller Überfahrten, entspricht das einer Todesquote von etwa 1,7 Prozent. Trotz des schrecklichen Bootsunglücks vor Lampedusa mit 360 Opfern im letzten Oktober ist die Todesquote auf dem Seeweg gegenüber 2012 stark gesunken. Eine Arbeitsgruppe europäischer Journalisten hat unter dem Namen «The Migrants' Files» einen Datensatz erstellt, das bisher umfassendste Projekt in diesem Bereich. Darin wird die Zahl der Flüchtlinge, die seit Anfang 2000 auf dem Seeweg illegal nach Europa zu gelangen versuchten und dabei umkamen oder verschwanden, auf 23 000 geschätzt. Rund 43 000 Migranten kamen allein 2013 übers Meer nach Italien, eine massive Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Wichtigste Treibkraft war der anschwellende Strom syrischer Kriegsflüchtlinge.

Immer mehr Syrer kommen nun auch nach Zuwara, weil der Seeweg von hier besonders

kurz ist. Früher kostete die Überfahrt 2000 bis 3000 Dollar, doch haben die hohen Gewinne inzwischen zahlreiche neue Schlepper angezogen. Die zunehmende Konkurrenz hat die Preise auf rund 1500 Dollar gedrückt – trotz der steigenden Migrantenzahl. Die Hochkonjunktur im Flüchtlingsgeschäft ist an Zuwara und seinen rund 50 000 Einwohnern nicht spurlos vorübergegangen. Überall wird gebaut, renoviert oder erweitert. Auf den staubigen Strassen verkehrt eine erstaunliche Zahl funkelnder Limousinen aus Europa und protziger Geländewagen aus Japan. Die Fahrer sind oft blutjung. Von der tiefen Krise, in der Libyen laut westlichen Medien steckt, ist hier nichts zu spüren.

Doch wo bleiben all die Flüchtlinge? Auf der Strasse sind nur ein paar schwarze Gastarbeiter zu sehen. Sie sind bei einem Bauunternehmen angestellt, ganz legal mit Aufenthaltbewilligung. Anwar, ein junger Besitzer eines Supermarkts, stellt uns seinen Freund Ammar vor, einen waschechten Menschenschmuggler, der schon seit Jahren Bootsflüchtlinge übers Meer schickt. Ammar ist 25 Jahre alt, gross und sportlich-schlank. Er trägt ein blau-weissgestreiftes, ärmelloses T-Shirt und einen Strohhut. Drei Jahre lang hat er in Deutschland gelebt, er spricht sogar ein bisschen Deutsch. Auf dem Kiez in Hamburgs Sankt Pauli habe er zum ersten Mal Alkohol getrunken und so richtig auf die Pauke gehauen. Anwar, sein gleichaltriger Freund, ist dagegen untersetzt. Wie Ammar hat er seine schwarzen Haare mit Gel nach hinten geklebt. Es ist ein seltsames

In Hamburgs Sankt Pauli hat Ammar zum ersten Mal so richtig auf die Pauke gehauen.

Arrangement, das wir mit ihm eingehen. Wir dürfen nur Pseudonyme verwenden und keine Fotos von Schleppern machen. Ausserdem will Ammar nicht direkt über seine dunklen Geschäfte sprechen.

Dafür fährt er uns in seinem Pick-up durch Zuwara, während Anwar, der selber kein Schlepper ist, die Erklärungen übernimmt. «Die Migranten dürfen sich auf der Strasse nicht blicken lassen, denn sonst würden sie sofort verhaftet», erzählt er, während Ammar das Auto langsam durch die heruntergekommene Altstadt steuert. Gelegentlich zeigt Anwar diskret auf Häuser mit abgeblättertem Verputz. «Das sind die Absteigen, die Schleuser mieten,

um Migranten unterzubringen.» Es kann lange dauern, bis der Befehl zum Aufbruch kommt. Bis dahin bleiben die Ausländer eingesperrt. Jede Nationalität erhält ein Zimmer. Nach und nach füllt sich das Haus, es kann dann sehr eng werden, wie in einem überbelegten Gefängnis. Statt der üblichen Monatsmiete von 400 Dinar (rund 280 Franken) erhalten die Hausbesitzer um die 1000 Dinar (700 Franken) pro Monat. Das Essen bezahlen die Schleuser. Im Moment befanden sich zwischen 300 und 500 Migranten in der Altstadt, schätzt Anwar. Einer von seinen Schlepperfreunden wäre sogar bereit, uns ein solches Versteck von innen zu zeigen, inklusive Interviews und Begleitung der Flüchtlinge bis weit aufs Meer hinaus. Allerdings verlangt er für diesen Service umgerechnet fast 5000 Franken. Wir lehnen dankend ab.

«Wie eine Lawine»

Es ist vor allem Mundpropaganda, die Migranten nach Zuwara bringt. Internetmedien wie Facebook, auf denen Flüchtlinge nach erfolgreicher Überfahrt von ihren Erfahrungen sprechen, spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Am Strand, vor dem Besteigen der Boote, werde den Migranten alles weggenommen, bis auf die Mobiltelefone, erzählt ein Behördenvertreter, der aus verständlichen Gründen anonym bleiben möchte. «Das hat seinen Grund. Wenn die Flüchtlinge auf Lampedusa ankommen, rufen sie zu Hause an. Die Telefonnummer ihres Schleppers geben sie dann an potenzielle Nachahmer weiter. Auf jeden, der es nach Europa schafft, kommen zehn neue Kunden. Es ist wie eine Lawine.»

Wie im benachbarten Ägypten, von wo vor allem Syrer zur – allerdings viel längeren – Schiffsreise nach Sizilien und Süditalien aufbrechen, agieren Mittelsmänner zwischen Flüchtlingen und Schleppern. Sie sollen als Vertrauensleute verhindern, dass die Auswanderer mit falschen Versprechungen um ihr Geld gebracht werden. Die Mittelsmänner erhalten das Geld für die Überfahrt, geben es aber erst an die Schlepper weiter, wenn die Flüchtlingsboote in See gestochen sind. Die Flüchtlinge wenden sich jeweils an einen Vertrauensmann ihrer Nationalität. Diese Vermittler leben schon lange in Libyen und verdienen mit. Indem sie den Schleppern Kunden zuführen, können sie Rabatte aushandeln. Wer zum Beispiel zehn Auswanderer in eines der Altstadtverstecke bringt, kann den Durchschnittspreis pro Überfahrt von 1500 auf 1200 Dollar drücken. Von der



Der Befehl zum Aufbruch lässt auf sich warten: Flüchtlinge im improvisierten Gefängnis in Zuwara.



«Gerangel um die besten Plätze»: Schlepperboot vor der libyschen Küste.

In Nordafrika tickt eine Zeitbombe

Im Mittelmeer hat die Saison der Bootsflüchtlinge begonnen. Die Schweiz wird das zu spüren bekommen.



Gefährliche Reise: Flüchtlinge in der Schweiz.

In einem versifften Altbau im Zürcher Kreis 11 sitzt eine Gruppe junger Männer am Boden. Sie kauen Kat-Blätter, die stimulierende Droge, die aus Kenia und Äthiopien vor allem via Niederlande in die Schweiz geschmuggelt wird. Die meisten der Kat-Kauer im Zimmer stammen aus Jemen und Somalia. Einer von ihnen ist Hiddig. Er ist von Somalia quer durch Afrika gefahren, durchquerte die Sahara und bestieg im westlibyschen Schmugglernest Zuwara ein Flüchtlingsboot nach Lampedusa. Nach einer längeren Odyssee traf er in der Schweiz ein und erhielt Asyl.

Wie viele Asylsuchende in der Schweiz wie Hiddig die gefährliche Seereise hinter sich haben, ist nicht bekannt. Aber vor allem bei den Somaliern, Eritreern und Syrern ist der Anteil der Bootsflüchtlinge besonders hoch. Im ersten Quartal betrug der Anteil der Syrern an den neu hinzugekommenen Asylsuchenden 1188 Personen oder fast ein Viertel aller Fälle. Damit liegen die Syrern mit Abstand an der Spitze. Zum Vergleich: Im ganzen letzten Jahr waren es gerade einmal 1901 syrische Asylgesuche. 2013 hat Bern insgesamt 850 Syrern mit Verwandten in der Schweiz Visa zur erleichterten Einreise ausgestellt. 500 weitere sogenannten besonders schutzbe-

dürftige Syrern sollen im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojekts in der Schweiz angesiedelt werden.

Dass der Zustrom aus Syrien nicht noch stärker angeschwollen ist, hat vor allem mit der Politik Schwedens zu tun: Wer es als Syrern unbehelligt bis zur schwedischen Grenze schafft, wird in jedem Fall aufgenommen. Das Land wirkt nun wie ein Magnet auf Bootsflüchtlinge. Der Landweg via Türkei und Bulgarien ist nämlich schon seit längerem versperrt. In Ägypten und Libyen habe ich eine Reihe von Syrern getroffen. Sie alle wollten nach Schweden oder notfalls auch nach Deutschland. Nach Angaben der Uno haben rund 2,8 Millionen Syrern ihre Heimat wegen des Bürgerkriegs verlassen. Knapp 7 Millionen irren in Syrien selbst herum.

Die Gefahr, dass die Flüchtlingswelle nach den syrischen Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien nun zunehmend auch Europa erreicht, ist deshalb gross. Allein in Ägypten und Libyen, den derzeit wichtigsten Ausgangspunkten für syrische Bootsflüchtlinge, wird die Zahl der Syrern auf mehr als 300 000 beziehungsweise 100 000 Menschen geschätzt. Hinzu kommen Hunderttausende afrikanischer Migranten und Wirtschaftsflüchtlinge, die sich derzeit in Nordafrika aufhalten und auf ein besseres Leben jenseits des Mittelmeers hoffen.

Letztes Jahr haben 43 000 Migranten die Seereise nach Italien geschafft. Seit Anfang Jahr waren es aber schätzungsweise schon knapp 30 000 Flüchtlinge. Dabei hat die Saison der Bootsflüchtlinge – mit gutem Wetter und geringem Wellengang – gerade erst begonnen. Die italienische Marine verfolgt die Migrantenboote und -kähne mit Aufklärungssatelliten und rettet die allermeisten in Seenot geratenen Flüchtlinge. Dadurch sind die Opferzahlen und das Risiko der Überfahrt drastisch gesunken. Das ist aus humanitärem Blickwinkel natürlich erfreulich, zugleich wirkt die «Mare Nostrum» genannte Marineaktion aber wie ein Magnet auf potenzielle Migranten in Afrika und im Nahen Osten.

«Es wäre einfacher, weniger teuer und vor allem weniger gefährlich, wenn die Italiener die Migranten gleich in unseren Häfen abholen kämen», witzelt ein libyscher Küstenbewohner. *Kurt Pelda*

Einsparung steckt sich der Mittelsmann dann einen Teil als Kommission in die eigene Tasche.

Von der Altstadt fahren wir zum Hafen. Anwar steigt aus und führt uns zu einem eben erst fertiggestellten, dickbäuchigen Kahn, der – mit Holzbalken und rostigen Ölfässern abgestützt – auf dem Trockenen steht. «Unsere Werften haben ihr Angebot angepasst», erzählt Anwar und tätschelt den etwa zwanzig Meter langen, farbig bemalten Holzrumpf. Statt Fischerbooten würden jetzt diese etwas breiteren Schiffe gebaut. Dank der grösseren Tonnage können sie viel mehr Flüchtlinge aufnehmen, bis zu 250 Personen. Aus Kostengründen wird bei diesen Einweg-Transportern auf Aufbauten verzichtet. Ein Kahn kostet umgerechnet weniger als 50 000 Franken. Der tunesische Steuermann – die Libyer haben diesen riskanten Job an ausländische «Gastarbeiter» ausgelagert – verdient pro Fahrt 7000 Franken. Hinzu kommen die Kosten für ein Thuraya-Satellitentelefon (für Notfälle), ein GPS-Navigationsgerät und dergleichen mehr.

Noch ein Jahr, dann ist Schluss

Geht man von einer Mindestbeladung mit 150 Auswanderern aus, lässt sich der Gewinn pro Fahrt leicht schätzen: mindestens 130 000 Franken. Ammar ist damit zum Multimillionär geworden – selbst in Schweizer Franken gerechnet. Er will nur noch etwa ein Jahr lang weitermachen und dann aussteigen. Bereits träumt er von einer Karriere als Politiker – und kandidiert für einen Sitz im Gemeinderat. Wahlplakate mit seinem Konterfei kleben an Schaufenstern, Transparente flattern an Hausfassaden im Wind.

Ammar hat inzwischen ein Schlauchboot startklar gemacht. Es ist knapp sechs Meter lang. Wären wir Flüchtlinge und nicht Reporter, würden sich rund dreissig Leidensgenossen darin drängen. «Es gibt da oft ein Gerangel um die besten Plätze», erzählt der Beamte der Lokalverwaltung. «Dann schlagen die Schlepper auf die Migranten ein. Alles muss schnell gehen, damit man die libyschen Hoheitsgewässer noch in der Dunkelheit hinter sich lassen kann.» So soll die Gefahr minimiert werden, von der Küstenwache geschnappt zu werden. Kleinere Schmuggler setzen ganz auf Schlauchboote, doch Ammar ist ein grosser Fisch. Er benutzt Schlauchboote bloss, um seine Kunden auf grössere Kähne zu schaffen, die draussen vor der Küste auf ihre Menschenfracht warten.

Ammar lässt die 40 Pferdestärken des Aussenbordmotors aufheulen. Wir brettern über die Wellen. Dann zeigt er mit der freien Hand aufs Meer hinaus. «Dort hinter dem Horizont, etwa 120 Kilometer entfernt, liegt die Erdölplattform von Bourri.» Sie gehört Libyen, wird aber von der italienischen Eni betrieben. «Gleich dahinter warten Schiffe der italienischen Marine. Seit dem Unglück von Lampedusa erleichtern sie uns die Arbeit. Statt der dreissig Stunden, die

eine Überfahrt nach Lampedusa dauert, sind die Migranten nur noch rund zehn Stunden unterwegs. Dann werden sie von den Italienern aus den Booten geholt und aufs europäische Festland gebracht.» Anwar ergänzt: «Manchmal bringen die Italiener sogar die Boote zurück und binden sie an der Bohrinsel an.» Ein Arbeiter der Plattform, Abdulhakim Ghassam, bestätigt das später. «Im Moment wartet ein leeres Schlauchboot bei der Bohrinsel auf seinen Besitzer. Mit dem Fernglas können wir manchmal Flüchtlingsboote und italienische Schiffe beobachten. Einmal kam ein mit 35 Menschen überladenes Schlauchboot an der Plattform vorbei. Wasser schwappte über den tiefliegenden Rand, das Boot ging unter, und die Leute ertranken. Wir konnten nichts dagegen tun.»

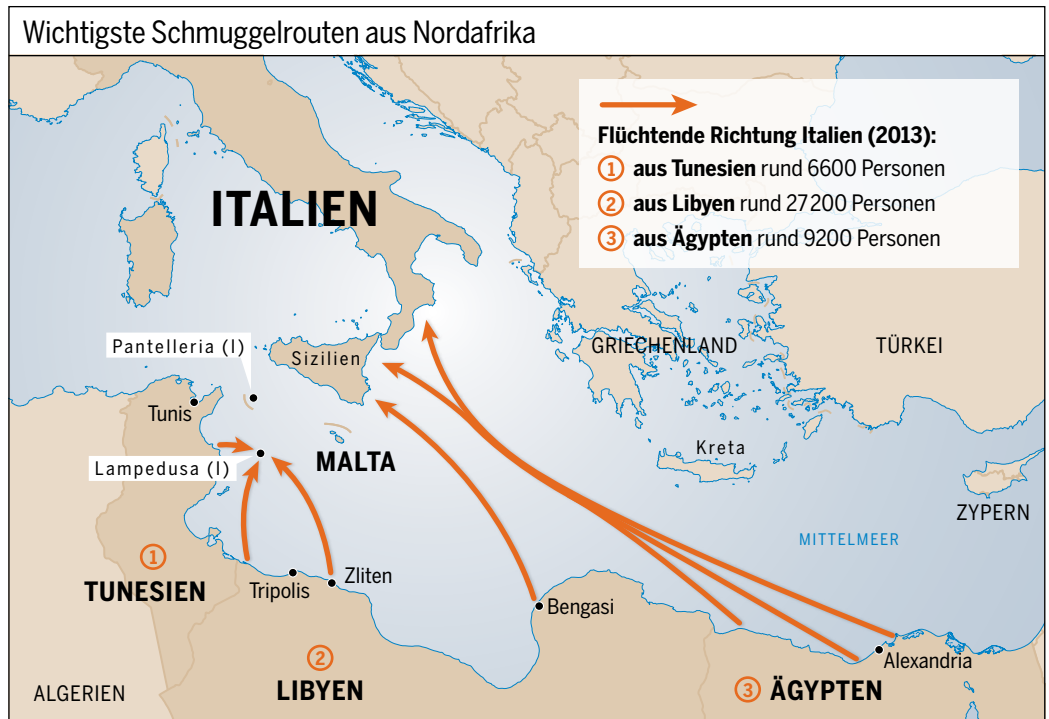
Yahya, Ammars Schmuggelpartner, hat einen schwarzen Fleck gesichtet. Ammar drosselt das Tempo, und Yahya fischt eine billige schwarze Frauenhandtasche aus dem Wasser. Sie ist leer. «Flüchtlingsgut», sagt Yahya und schmeisst sie wieder ins Meer. Etwas weiter entfernt sind die Reste eines zerschellten Holzboots auf Grund gelaufen. Eine orange Schwimmweste treibt im Wasser, keine Spur von Menschen. Das Wrack ist neu.

Später, die untergehende Sonne färbt den Himmel blutrot, preschen Ammar und Anwar in Geländewagen den weissen Sandstränden entlang. Auch hier liegt ein schiffbrüchiges Flüchtlingsboot in der Brandung. Es gehörte Ammars Onkel. Ammar fährt uns zu einem lauschigen Platz, umgeben von Sandhügeln und Palmen. «Wir nennen diesen Ort Hawaii», sagt er. «Früh am Morgen, lange vor Sonnenaufgang, fährt man die Flüchtlinge aus ihren Altstadtverstecken hierher», ergänzt Anwar. «Dies ist der Ort, wo die Migranten in die Boote steigen.»

Es ist dunkel geworden, Zeit für eine Party in einem Wochenendhaus gleich hinter dem Strand. Rund zwei Dutzend junge Männer haben sich versammelt. Ammars Partner Yahya ist DJ. Die Festbrüder haben alle zusam-



«Es geht nur ums Geld»: Bürgermeister Elhasairi.



Rund 43 000 Migranten kamen 2013 übers Meer nach Italien – massiv mehr als im Vorjahr.

men gegen Gaddafi gekämpft. Fünf oder sechs von ihnen sind Menschenschmuggler. Wodka und Whisky fließen in Strömen, obwohl Alkohol in Libyen streng verboten und entsprechend teuer ist. Eine rotierende Discokugel wirft rote, gelbe und blaue Flecken an die

Wodka und Whisky fließen in Strömen, obwohl Alkohol in Libyen streng verboten ist.

Wand. Yahya tanzt stockbesoffen auf einer Lautsprecherbox. Doch trotz seiner Promille fällt er nicht herunter, die Box wackelt nur bedenklich im Rhythmus des libyschen Hip-Hops. Yahya hat Übung: Die Jungs machen fast jeden Abend Party. Und geben Unmengen von Geld für Schnaps und tunesisches Bier aus. Während seine Freunde grölend herumtorkeln, hält sich Ammar mit dem Trinken zurück. Er muss in ein paar Stunden eine Fuhre Menschen nach Hawaii bringen.

Tony von der Spezialeinheit

Und was wissen die Behörden von dem wilden Treiben? Am nächsten Morgen trinken wir Macchiato mit Zuwaras Bürgermeister Yussuf Elhasairi. Menschenschmuggel? Der bärtige 51-Jährige mit Sakko und braunen Cordhosen kneift die Augen zusammen und blickt über die Strandpromenade aufs Meer. «Vor der Revolution missbrauchte Gaddafi die Flüchtlinge als politisches Druckmittel gegenüber der Europäischen Union. Das hat unsere Jugend dazu verleitet, Migranten nach Italien zu bringen.» Als sich die Beziehungen zur EU dann aber normalisierten, drehte der Diktator den Hahn wieder zu. «Nach Gaddafis Sturz wollten wir neu

anfangen und die illegale Migration bekämpfen», fährt Elhasairi fort. «Aber viele unserer jungen Männer sind arbeitslos, und am Schluss geht es nur ums Geld. Jede Woche tauchen hier Hunderte Flüchtlinge auf, Afrikaner, Bangladescher und Syrer. Wir haben gerade einmal ein Patrouillenboot, ohne Radar allerdings. Wie sollen wir damit unseren achtzig Kilometer langen Küstenstreifen überwachen?»

Wenn die Polizei Flüchtlinge ohne gültige Papiere aufgreife, würden diese eingesperrt und später in die Hauptstadt Tripolis eskortiert. Dort landeten die Afrikaner und Bangladescher im Gefängnis. Die Syrer dagegen würden sofort freigelassen, weil es echte Kriegsflüchtlinge seien. Den meisten anderen gelinge aber früher oder später die Flucht, meint der Bürgermeister. Dann kämen sie wieder nach Zuwara, und das ganze Theater beginne von vorne. «Wenn uns die EU helfen würde, könnten wir den Flüchtlingsstrom eindämmen. Aber die EU spricht nur mit der Zentralregierung in Tripolis, nicht mit uns. Und ich bin nicht bereit, für den europäischen Grenzschutz Mittel aus unserer Stadtkasse abzuzweigen.» Noch deutlicher wird der Kommandant der maskierten Polizei, der Special Intervention Squad. Im Gegensatz zu seinen etwa 120 Untergebenen ist der junge Mann unmaskiert. Er trägt ein graues Versace-T-Shirt und nennt sich nur Tony. «Ich pfeife darauf, wenn ein paar Flüchtlinge nach Europa fahren», poltert er. «Ich habe weder Geld noch Ausrüstung, um das zu verhindern.»

Inzwischen haben die Wähler den Gemeinderat bestellt. Es ist die erste landesweite Lokalwahl nach der Revolution. Ammar hat den Sprung in den Gemeinderat knapp verpasst. Vielleicht so etwas wie ausgleichende Gerechtigkeit.



«Sehr kleiner Geschäftsbereich»: CEO Dougan (l.), Präsident Rohner von der Credit Suisse.

Die Heiligen der Credit Suisse

Nichts getan, nichts gewusst, Busse bezahlt. Die Oberen der Credit Suisse machen weiterhin einzelne Mitarbeiter für das Fehlverhalten in den USA verantwortlich. Nach der 2,8 Milliarden Franken teuren Strafzahlung wollen sie zur Tagesordnung übergehen. Das ist unschweizerisch. *Von R. James Breiding*

Das Direktionszimmer der Credit Suisse am Paradeplatz zieren die gerahmten Porträts sämtlicher zwölf Präsidenten seit der Gründung im Jahre 1856. In diesem Raum wurden die massgeblichen Weichen für die Finanzierung des Schweizer Wirtschaftserfolgs gestellt: vom Ausbau der Eisenbahnen über die Nestlé-Produktionsstätten bis hin zur Gründung der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft Swiss Re.

Der Name der Bank setzt sich zusammen aus *credere* (lat. vertrauen) und *Suisse* – diese Wortkombination sagt den Kunden weltweit, warum sie mit der CS geschäften sollen.

Vor einigen Tagen sprach der Unternehmer Marcus Wallenberg, Präsident der Skandinaviska Enskilda Banken und Abkömmling der weitverzweigten schwedischen Industriedynastie, einige Steinwürfe vom Paradeplatz entfernt vor Schweizer Wirtschaftsgrössen.

«Das Wichtigste für uns», sagte er, «sind die richtigen Leute an der richtigen Stelle.» Man konnte sich förmlich vorstellen, wie die zwölf Herren an der Wand im nahegelegenen Direktionsaal der CS zustimmend nickten. Die Enskilda-Bank war ebenfalls 1856 gegründet worden und blickt – unter schwedischen Vorzeichen – auf eine vergleichbare Erfolgsgeschichte zurück. Zumindest bis vor kurzem.

Entschuldigung am Fernsehen

Am Montagabend gab das US-Justizdepartement bekannt, dass sich die Credit Suisse in den USA der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig bekennt und eine Busse von 2,8 Milliarden US-Dollar bezahlen müsse. Sowohl das Schuldbekenntnis als auch die Grössenordnung der Busse sind für eine Schweizer Bank ohne Beispiel. Früher in diesem Jahr hatte sich Credit-Suisse-CEO Brady Dougan entschul-

digt. In einem im Fernsehen übertragenen Statement vor dem zuständigen US-Senatsausschuss gab er an, dass wohl eine kleine Anzahl von Mitarbeitern gegen US-Recht verstossen habe. Er fügte an: «Aus unserer Sicht war das ein sehr kleiner Geschäftsbereich.» An der Generalversammlung Anfang Mai versicherte CS-Präsident Urs Rohner seinen Aktionären, dass aus dem oberen Management niemand involviert gewesen sei. «Persönlich haben wir eine weisse Weste», sagte Rohner nach dem Schuldeingeständnis dem Schweizer Radio mit Bezug auf sich und CEO Brady Dougan.

An das Argumentationsmuster hat man sich mittlerweile fast gewöhnen können. Einige Tage nach der Bekanntgabe der Jahresergebnisse für 2007 schockierte die Credit Suisse die Märkte mit einer Wertberichtigung von 2,86 Milliarden Franken, welche die Bank teilweise auf «absichtliches Fehlverhalten einer kleinen

Gruppe von Händlern» zurückführte. Kaum ein Jahr später sprach die britische Aufsichtsbehörde eine Busse von 5,6 Millionen Pfund aus mit der Begründung, die Bank habe in ihrem Geschäft «Fähigkeiten, Sorgfalt und Um-sicht vermissen lassen».

Für die internationale Finanzpresse ist die jetzt bekanntgegebene drakonische Strafe eine Folge von wiederholtem Fehlverhalten durch die Credit Suisse und die Finanzindustrie insgesamt. Der frühere Gouverneur der *Bank of England*, Sir Mervyn King, brachte kürzlich die Wahrnehmung der Aufsichtsbehörden auf den Punkt. Es sei «Zeit, am Bankensystem etwas zu ändern». Er prangerte «exzessive Entlohnung, schäbiges Verhalten gegenüber den Kunden, betrügerische Manipulation von wichtigen Zinssätzen und Ausnützung von Insiderwissen» an.

Credere bedeutet auch glauben, und viele fragen sich, ob die beiden Spitzenleute wirklich nichts über die Vorfälle wussten. Oder was den Chefs der Credit Suisse sonst noch entgangen ist, wenn sie von alledem nichts mitbekommen haben wollen. Für andere wie SVP-Chefstrategie Christoph Blocher ist dies nicht die entscheidende Frage. Es gehe um Verantwortung, nicht um Schuld, sagte er dieses Wochenende in einem Interview mit der Zeitung *Schweiz am Sonntag*. Unterschrieben hat das Geständnis für die Bank denn auch niemand von der ersten Garnitur, sondern gemäss NZZ ein Konzernanwalt aus New York.

Grübel trat bei der UBS zurück

Einfach gefragt: Geht es bei der Besetzung der mächtigsten und bestbezahlten Posten nicht gerade darum, diese Art von Vorfällen zu verhindern? Sowohl an Verantwortung als auch an Bezahlung mangelte es sicher nicht. Während sich diese Debakel abspielten, sass Dougan auf dem operativen Chefsessel, und Rohner amtierte zwischen 2006 und 2009 als *Chief Operating Officer* (COO) und als Chefjurist, bevor er in den Verwaltungsrat aufrückte, den er seit April 2011 präsidiert. Beide gehören zu den bestbezahlten Exponenten der Branche.

Im Jahr 2010 strich Brady Dougan einen Bonus von 70 Millionen Franken ein. Eine führende Schweizer Zeitung schrieb, dass Urs Rohners Gehalt höher sei als die zusammengezählten Saläre der Präsidenten von Barclays, BNP, Deutsche Bank und Royal Bank of Scotland. Trotz dieser hohen Löhne haben die Aktionäre keinen Grund zur Zufriedenheit. Seit Dougans Amtsantritt im Jahr 2007 verloren die Aktien 60 Prozent an Wert, und seit Rohners Nominierung als Präsident brach der Kurs um 30 Prozent ein.

Dass die Vergütung allein nicht über gute Unternehmensführung entscheidet, zeigt das Beispiel Enskilda: Deren CEO, Annika Falkengren, müsste beim gegenwärtigen Einkommen 25 Jahre arbeiten, um auf Brady Dougans Rekordbonus zu kommen. Der Präsident der

Bank, Markus Wallenberg, verdient rund 400 000 Schweizer Franken, Urs Rohner erhielt letztes Jahr 4,9 Millionen.

Oswald Grübel, der sowohl bei der Credit Suisse als auch bei der UBS den Negativtrend stoppte, trat als UBS-Chef zurück, nachdem ein ihm unbekannter Schurkenhändler in London eigenmächtig einen Milliardenverlust verursacht hatte. Dies machte den Weg frei für Axel Weber und Sergio Ermotti, die seither mit neuen Ideen das verlorene Vertrauen wieder aufbauen. Die UBS konzentriert sich auf das Wealth Management, gibt sich eine Holdingstruktur als Brandmauer gegen das *too big to fail*-Risiko, zentralisiert die Investment-Empfehlungen und lagert kostspielige Support-

Bei der CS erkennt man kaum eine Veränderung in dem, was die Bank tut und wie sie es tut.

Prozesse wie die Informationstechnologie konsequent aus. Bei der CS hingegen erkennt man kaum eine Veränderung in dem, was die Bank tut und wie sie es tut.

Seit der Finanzkrise haben die Aktien von UBS und Enskilda die Credit Suisse deutlich überflügelt. Der Wert aller Credit-Suisse-Aktien ist geringer als der Buchwert der Credit-Suisse-Bilanz: Theoretisch wäre die Bank wertvoller, wenn man sie liquidieren würde, als unter dem gegenwärtigen Management. Im Gegensatz dazu ist den Aktionären Enskilda 1,6-mal mehr wert als der Buchwert. Und dies, obwohl das schwedische Finanzinstitut anders als die Credit Suisse nicht auf dem Kronjuwel des Wealth Management sitzt, das mit seinen 1400 Milliarden Franken an Kundengeldern wenig Eigenkapital beansprucht und zuverlässige Erträge generiert.

In der Schweiz, so meint man, zählt die Geschichte mehr als anderswo. Das durchschnittliche Alter der im wichtigsten Schweizer Börsenindex figurierenden Firmen beträgt 125 Jahre, verglichen mit 20 Jahren im S&P-500-Index. Traditionell wurden Spitzenpositionen in der Geschäftsleitung, als CEO oder Verwaltungsrat, «verdient» und nicht «bezahlt». Bis vor kurzem setzte sich der CS-Verwaltungsrat aus dem Besten zusammen, was die Schweiz anzubieten hatte. Ausser dem Präsidenten Rohner sind heute nur noch drei von zwölf Verwaltungsräten Schweizer, und keiner von ihnen hat Erfahrung oder Kompetenz im Kerngeschäft der Bank.

Wie anderswo leidet die Konzernwelt auch in der Schweiz an dem, was man als *agency disease* bezeichnet: Die Aktionäre werden immer weniger greifbar, anonymer und gleichgültiger. Die erfolgreichsten Firmen des Landes sind so gigantisch, dass die einzigen Investoren mit dem nötigen Gewicht auch diejenigen sind, bei denen eine Einflussnahme am unwahrscheinlichsten

ist. Passive Anlagevehikel (*Exchange-Traded Funds*), grosse Aktienfonds und Pensionskassen sind nicht eben dafür bekannt, dass sie das Management herausfordern. Ihre Stimmrechte sind oft in vielschichtige Beraterstrukturen eingebunden, was eine wirksame Wahrnehmung des Aktionärsinteresses verwehrt. Verwaltungsratsmitglieder werden vom Präsidenten vorgeschlagen, und «Zahmheit» ist offenbar das Entscheidungskriterium Nummer eins.

Genau diese Mischung aus klobiger Grösse, selbstzufriedenen Aktionären und gezähmten Verwaltungsräten ist das Rezept für die grössten Missbräuche – in der Schweiz und anderswo. Es ist keine Überraschung, dass diejenigen Firmen, welche die höchsten Gehälter bezahlen, gleichzeitig auch diejenigen mit den grössten Problemen waren.

Hart verdienter Wohlstand

Für die Kunden der CS ist deren Schweizer Gepräge ein Verkaufsargument. Historisch gesehen, war das auch richtig. Der wichtigste und zentrale Beitrag des Schweizer Finanzplatzes war nicht die Steuerhinterziehung (die es zweifelsohne gab und gibt), sondern hart verdienten Wohlstand vor den Klauen der Inflation und vor politischen Unwägbarkeiten in Sicherheit zu bringen. Seit dem Jahr 1800 gab es fast 300 Fälle von Staatsbankrott. Man muss nur die Zeitungen aufschlagen und sich vorstellen, was mit einem Bankkonto geschehen ist, das man in Kiew, Odessa oder gar Warschau im Jahr 1943 eröffnet hat.

Seit die Währungen nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1973 auf keine Weise mehr an Gold gebunden sind und komplett der Willkür von Regierungen und Zentralbanken unterliegen, hat der Schweizer Franken dank der vorsichtigen Politik der Nationalbank gegenüber dem Dollar um den Faktor drei an Wert gewonnen, gegenüber dem Pfund gar um den Faktor fünf. Ein ansehnlicher Gewinn – selbst nach Steuern.

Die Credit Suisse ist jetzt an einer kritischen Weggabelung. Sie muss ihren Kunden, den Aufsichtsbehörden und nicht zuletzt den Aktionären zeigen, dass sie in der Lage ist, «die richtigen Leute an die richtige Stelle» zu setzen. Sie muss auch entscheiden, ob sie bei den Werten bleiben will, denen die Schweiz ihren Wohlstand verdankt. Sollte sie dem nicht nachleben, dann haben die Märkte wohl recht, wenn sie die Bank tiefer bewerten als die Summe ihrer Möbel, Computer, Gebäude und – ja – der Ölgemälde im Direktionszimmer.

Auch über den Namen Credit Suisse müsste man dann nochmals nachdenken.

R. James Breiding ist Autor des Buchs «Swiss Made. The Untold Story Behind Switzerland's Success». Für seine Forschung über die sozioökonomische Geschichte der Schweiz nahm ihn das Center for International Development der Universität Harvard als Fellow auf.

Aus dem Englischen von Florian Schwab

Das Märchen von Dublin

Für den Bundesrat ist der Asylvertrag mit der EU ein Erfolg. Zahlen zeigen aber: Das Abkommen funktioniert nicht, die Schweizer Regierung ignoriert die Probleme.

Von Christian Mundt

Die Idee entspricht dem Gedankengut einer sich vom Staatenbund zum Bundesstaat wandelnden Europäischen Union: Die Aussen Grenzen werden gesichert, im Innern herrscht Reisefreiheit. Verwirklicht wird diese Idee mit den Verträgen von Schengen und Dublin: Der Vertrag von Schengen schaffte die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der teilnehmenden Staaten ab. Davon profitieren insbesondere Touristen, die mit einem einzigen Visum den ganzen Schengen-Raum bereisen können.

Die Länder Europas wirken aber nicht nur auf Touristen aus fernen Ländern wie ein Magnet, sondern auch auf Asylsuchende aus der ganzen Welt. Darum wurde gleichzeitig der Vertrag von Dublin abgeschlossen, der die Zuständigkeiten im Asylverfahren neu regelt: Der Asylantrag wird in dem Land bearbeitet, wo der Flüchtling erstmals in den Dublin-Raum eingereist ist. Taucht er in einem anderen Staat auf, wird er in das Ursprungsland rückgeführt. Mehrfache Asylgesuche in verschiedenen Staaten sollen damit der Vergangenheit angehören. Die Schweiz stimmte 2005 nach einem Referendum den Verträgen von Schengen und Dublin zu.

«Besser als ihr Ruf»

Seit Inkrafttreten der Verträge 2008 gab es immer wieder Meldungen, das System funktioniere nicht. Genauer wissen wollte es die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. Mittels Postulat forderte sie den Bundesrat auf, Massnahmen aufzuzeigen, um das Schengen/Dublin-System zu stärken. Vor einer Woche verabschiedete der Bundesrat seinen Bericht, in dem er die Zusammenarbeit mit anderen Dublin-Staaten als «gut und funktionierend» beurteilt. Die NZZ titelte tags darauf: «Dublin-Zusammenarbeit besser als ihr Ruf». Bei genauer Betrachtung erinnert der bundesrätliche Bericht allerdings weniger an eine kritische Auseinandersetzung mit dem Dublin-System als an eine Verteidigungsschrift für das EU-Projekt. Die Fakten widerlegen die bundesrätliche Jubelprosa.

So lobt der Bericht, dass die Schweiz 2012 in 9130 Fällen die Asylgesuche nicht habe materiell prüfen müssen, weil ein anderer Dublin-Staat zuständig sei. Insgesamt wurden in der Schweiz 2012 aber 28 631 Asylgesuche gestellt. In 11 029 Fällen fragte die Schweiz einen anderen Dublin-Staat um Rückübernahme an. In knapp 83 Prozent der Fälle anerkannte der andere Staat seine Zuständigkeit. Das heisst aber



Rückführungsquote unbekannt: Justizministerin Sommaruga, BfM-Direktor Gattiker.

auch: In 19 501 Fällen war die Schweiz und kein anderer Dublin-Staat für die Prüfung des Asylgesuchs verantwortlich. Da die Gesuche im Land der erstmaligen Einreise in den Schengen/Dublin-Raum bearbeitet werden müssen, wären demnach 19 501 Asylsuchende direkt in die Schweiz eingereist. Die einzigen Schweizer Aussenposten sind jedoch die internationalen

Etwa 40 Prozent der Asylbewerber werden nicht in den zuständigen Staat rückgeführt.

Flughäfen. Nach Auskunft des Bundesamts für Migration (BfM), das Justizministerin Simonetta Sommaruga unterstellt ist, wurden 2012 an diesen aber nur 329 Asylgesuche entgegengenommen. Mit anderen Worten: Rund zwei Drittel der in der Schweiz gestellten Asylanträge

sind von Personen, die über den Landweg durch mindestens ein anderes Dublin-Land eingereist sind und – so sieht es der Vertrag vor – ihr Asylgesuch dort hätten stellen müssen.

«Wo jedoch keine Hinweise auf die Zuständigkeit eines anderen Dublin-Staats vorliegen, kann kein Dublin-Verfahren eingeleitet werden, und das Asylgesuch wird von der Schweiz geprüft», heisst es beim BfM auf Anfrage. Faktisch ist dies das Eingeständnis, dass Schengen/Dublin nicht funktioniert: Flüchtlinge müssen an der Grenze, bei ihrer Einreise in den Schengen-Raum, erfasst werden. Können sie ungehindert bis ins (geografische) Herz reisen und erst hier den Antrag stellen, funktioniert das System nicht.

Aber selbst wenn sich das angefragte Land – in mehr als der Hälfte der Fälle ist es Italien – zur Rückübernahme bereit erklärt, heisst das noch lange nicht, dass der Asylbewerber tat-

sächlich in das zuständige Land rückgeführt wird. Der Vollzug von Rückführungen liegt im Hoheitsbereich der Kantone. Beim BfM weiss man darum nicht, wie hoch die Rückführungsquote ist und aus welchen Gründen eine Rückführung nicht durchgeführt wurde. Seit 2009 fällt das BfM 34 909 Nichteintretentscheide wegen der Zuständigkeit eines anderen Staats. Im gleichen Zeitraum wurden aber lediglich 18 104 Überstellungen in andere Staaten durchgeführt. Etwa 40 Prozent der Asylbewerber werden also nicht in den zuständigen Dublin-Staat rückgeführt, wo ihr Asylantrag gemäss dem Abkommen geprüft werden müsste.

Keine Überstellung gibt es aus medizinischen Gründen oder weil eine Person untertaucht respektive unkontrolliert ausreist. «Untergetaucht» heisse aber nicht zwingend, dass diese Person noch in der Schweiz sei – vielfach reisten diese Personen weiter und würden später in einem anderen Land wieder aufgefunden, sagt das BfM.

Im bundesrätlichen Bericht steht allerdings kein Wort davon, dass mit diesem Verschwinden von Asylsuchenden auch beträchtliche Kosten verbunden sind, beispielsweise wenn bereits geplante Rückführungsflüge annulliert werden. Das Untertauchen respektive unkontrollierte Abreisen von Flüchtlingen dürfte künftig öfter vorkommen. Der Bundesrat hat im März eine Anpassung der Dublin-Verordnung verabschiedet. Diese «schränkt die bestehende Möglichkeit zur Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft im Dublin-Verfahren ein», wie es in der Botschaft des Bundesrats heisst. Die Haft darf nur noch bei einer «erheblichen Untertauchungsgefahr im Einzelfall» angeordnet werden – und nur, wenn sie verhältnismässig ist. Zusätzlich wurde die maximale Haftdauer verkürzt.

Dies dürfte dazu führen, dass künftig noch mehr Asylaspiranten untertauchen: Bereits heute ist es möglich, dass Asylbewerber in der Schweiz wieder auf freien Fuss kommen, anstatt die Rückreise anzutreten, wie das Beispiel eines Ägypters zeigt («Ein Ägypter narrt die Schweiz», *Weltwoche* Nr. 14/14), dessen Ausschaffungshaft abgelaufen ist.

Der dritte Grund für das Ausbleiben der Rückführung sind Gerichtsentscheide, die dies untersagen. 2011 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Rückführungen nach Griechenland wegen der desolaten Situation in den dortigen Flüchtlingslagern auszusetzen. Ein halbes Jahr später entschied auch das Bundesverwaltungsgericht, Rückführungen nach Griechenland nur noch in ganz bestimmten (Ausnahme-)Fällen zuzulassen. Seither werden die Gesuche von Flüchtlingen, die via Griechenland eingereist sind, in der Schweiz geprüft. Um die Situation in Griechenland zu verbessern, wird das Land von der EU unterstützt. Alleine 2013 flossen 86 Millionen Euro aus dem Solidaritäts- und

Steuerungsfonds zur Verbesserung der Unterbringung nach Griechenland, ohne dass sich die Situation merklich verbesserte.

Vollzug kostet 100 Millionen Franken

Die Schweiz ist von der Situation in Griechenland allerdings wenig betroffen. Ihr mit Abstand wichtigster Dublin-Partnerstaat ist Italien. Das südliche Nachbarland bekam im letzten Jahr 137 Millionen Euro aus dem Solidaritätsfonds zugesprochen. Trotzdem scheint sich auch dort die Lage nicht zu bessern: Derzeit ist die Beschwerde einer afghanischen Familie mit Kleinkindern in Strassburg hängig, die sich gegen die Rückführung aus der Schweiz nach Italien wegen der dortigen Zustände wehrt. Sollte diese Beschwerde gutgeheissen werden, könnte dies dazu führen, dass die Schweiz keine Asylsuchenden mehr nach Italien zurückbringen darf. 2013 betrafen 5318 Fälle Italien – ihre Asylgesuche müssten also in der Schweiz behandelt werden.

Gerade mit Italien läuft die Zusammenarbeit nicht immer reibungslos ab. So drohte der italienische Innenminister Angelino Alfano auch schon damit, Flüchtlinge freizulas-

Italiens Innenminister drohte, Flüchtlinge freizulassen, sollte er von der EU nicht mehr Geld bekommen.

sen, sollte Italien nicht mehr Geld von der EU erhalten. Vor einem Jahr landeten 300 Flüchtlinge aus Afrika auf Hamburgs Strassen. Sie wurden von Italien mit Touristenvisa und 500 Euro Bargeld ausgestattet, was europaweit für Schlagzeilen sorgte. Weiter besteht der Verdacht, Italien könnte seiner Pflicht nicht nachkommen und entgegen den Vorgaben nicht alle Asylsuchenden systematisch in der Datenbank Eurodac erfassen. Bereits 2009 rügte die EU-Kommission Italien dafür. «Aktuell liegen dem BfM keine Hinweise vor, dass in Italien die Asylsuchenden und illegal Einreisenden nicht konsequent daktyloskopiert werden», schreibt hingegen der Bundesrat unkritisch in seinem Bericht. Ausserdem habe man in Rom einen Verbindungsmann im Innenministerium, der helfe, «schnell und unbürokratisch Auskünfte zu erhalten», sollte eine Person nicht im System erfasst sein.

Kein Wort verliert der Bundesrat über die Kosten des Schengen/Dublin-Systems. Im Abstimmungsbüchlein 2005 noch auf 7,4 Millionen pro Jahr geschätzt, belaufen sich die effektiven Vollzugskosten mittlerweile auf etwa 100 Millionen Franken jährlich.

Das Verhalten der Landesregierung in Sachen Schengen/Dublin gleicht demjenigen bei der Zuwanderung: Auch dort ignorierte der Bundesrat während Jahren die Probleme und gestand diese erst ein, als sie vor der Abstimmung am 9. Februar nicht mehr schönzureden waren. ○

IN DER NÄCHSTEN
AUSGABE DER
«WELTWOCH»



NIEPOORT
EIN PIONIER

EINE BEILAGE
VON WEINKELLER
RIEGGER

RIEGGER.CH

WEINKELLER RIEGGER AG, LANGGASS,
5244 BIRRHARD, 056 201 41 41

«Ich wollte nie Guetsli verkaufen»

Als Berner Sozialdirektorin sprach sich Therese Frösch gegen wirksame Kontrollen von Sozialhilfebezügern aus. Als Präsidentin der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) will sie nun das Gespräch mit Kritikern suchen. Von Christoph Landolt und Ruben Wyttenbach (Bild)

Als feministische Kreise vor 23 Jahren zum Frauenstreiktag aufriefen, war Therese Frösch eine gefragte Frau. Radio DRS wollte ein Interview mit der Mitorganisatorin des Protests. Frösch schlug als Treffpunkt eine ihrer Lieblingsbeizen vor. Ob sie auch in den «Schweizerhof» komme, fragte der Radioredaktor. Sie habe nichts gegen gutbürgerliche Küche, antwortete die grüne Politikerin. «Ich habe nur etwas gegen schlechte bürgerliche Politik.»

Heute reihen sich bei Therese Frösch wieder die Medientermine. Dieses Mal ist sie es, die in den «Schweizerhof» bittet (dort koste der Kaffee zwar 6 Franken, aber das könne sich die *Weltwoche* ja sicher leisten – tatsächlich kostet er dann 8 Franken). Drei Jahre nachdem sie ihr Nationalratsmandat niedergelegt hat, ist Therese Frösch zurück auf der politischen Bühne. Letzte Woche wurde bekannt, dass sie die Leitung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) übernehmen soll. Als Co-Präsident zur Seite steht ihr Felix Wolffers (SP), Leiter des Berner Sozialamts und langjähriger Untergebener von Frösch.

Im heftigen Gegenwind

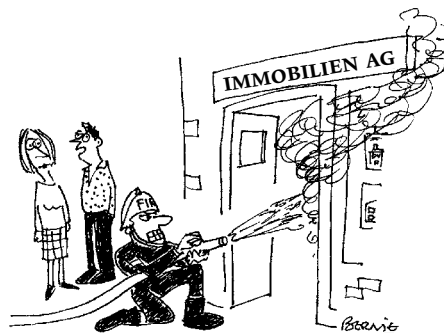
Die Skos ist auf dem Papier nur ein privater Verein, in dem Kantone, Gemeinden sowie Organisationen der Sozialbranche zusammengeschlossen sind. De facto aber ist sie ein parastaatliches Gremium, ihre Richtlinien zur Ausgestaltung der Sozialhilfe haben Gesetzescharakter. Wenn die Skos beschliesst, dass Kinder von Sozialhilfebezügern in den Genuss von Gratismusikunterricht kommen sollen, dann sind die Gemeinden in den Kantonen Zürich und Bern verpflichtet, diese Kosten zu übernehmen. In anderen Gegenden verfügen die Lokalbehörden zwar über mehr Spielraum – diverse Gerichtsentscheide haben ihnen die Lust, allzu weit von den Skos-Richtlinien abzuweichen, aber ausgetrieben.

Mit ihren ungebändigten roten Locken ist Therese Frösch eine markante Erscheinung, in der noblen «Brasserie» des «Schweizerhofs» noch mehr als anderswo. Die 62-Jährige ist eine Schnellsprecherin, schlagfertig und durchaus charmant. Die Skos sei «eine rechte Herausforderung» und stehe im heftigen Gegenwind, sagt Frösch. In der Tat durchlebt der Verband derzeit vielleicht die turbulentesten Zeiten seit seiner Gründung im Jahr 1905. Ausgelöst worden ist die Krise vor einem Jahr durch Fröschs Vorgänger Walter Schmid, der ein Gerichtsurteil zugunsten eines renitenten Fürsorgebezü-

gers öffentlich bejubelt hatte. Die betroffene aargauische Gemeinde Berikon trat daraufhin unter Protest aus der Skos aus. Fünf weitere Gemeinden kündigten ihre Mitgliedschaft ebenfalls auf, darunter Städte wie Rorschach, Dübendorf oder – erst gerade letzte Woche – Romanshorn. Die Begründung ist immer dieselbe: Die in den Skos-Richtlinien vorgesehenen Zahlungen seien viel zu hoch. Fürsorgebezüger verspürten keinen Anreiz, sich wieder eine Arbeit zu suchen.

Wie pariert die designierte Skos-Präsidentin diese Kritik? Eine verbindliche Aussage ist Therese Frösch nicht zu entlocken. «Ich muss das Regelwerk zuerst kennenlernen.» Auf jeden Fall wolle sie das Gespräch mit den ausgetretenen Gemeinden suchen. Die sechs abtrünnigen machen zwar nur ein Prozent der insgesamt 600 Kommunen aus, die Skos-Mitglied sind. Doch die «Vollblutpolitikerin» (Frösch über Frösch) ist erfahren genug, die Austritte nicht zu unterschätzen. Schweizweit bekannt wurde sie als Chefin der grünen Bundeshausfraktion. Prägerender seien für sie aber die zwölf Jahre in der Berner Stadtregierung gewesen, sagt Frösch.

Als Finanzdirektorin hatte sie die undankbare Aufgabe, die Stadtkasse zu sanieren. Ganze sechs Mal wurde ihr Budget vom Volk abgelehnt. Die Lage war so desolat, dass der Kanton die Stadt Bern unter Zwangsverwaltung stellte. Gegen Ende ihrer Amtstätigkeit aber gelang es Frösch, ausgeglichene Budgets vorzulegen und Schulden abzubauen. Das Volk bestätigte sie zweimal mit dem besten Resultat. Im Parlament sorgte sie immer wieder mit markigen Sprüchen für Heiterkeit. Politische Gegner loben ihren Willen, gemeinsame Lösungen zu finden. Sie habe einen ausgeprägten Sinn für das politisch Machbare. Alle befragten Personen sind sich einig, dass Frösch eine Pragmatikerin, keine Dogmatikerin ist. «Ich bin lösungsorientiert, nicht ultralinks», beschreibt sie sich selbst.



«Der Liegenschaftsmarkt scheint überhitzt zu sein.»

Aufgewachsen ist Therese Frösch in Zofingen AG als jüngstes von fünf Kindern eines Elektrikermeisters und einer Hausfrau. Im Gymnasium geriet sie in die linke 68er Szene, vor allem Frauenrechte interessierten sie. «Simone de Beauvoir fanden wir toll», erzählt Frösch. Sie besuchte die Schule für Sozialarbeit. In Bern lebte sie in einer WG mit dem marxistischen Wirtschaftsstudenten und späteren Gewerkschaftsboss Vasco Pedrina. Ein häufiger Gast war der ebenso linke Sozialwissenschaftler Beat Kappeler.

Anders als Kappeler, der sich später zum liberalen Geist wandelte, blieb Therese Frösch ihrer Ideologie verpflichtet. Sie war als Sozialarbeiterin in Afrika tätig, arbeitete mit Krebs-

«Ich kümmere mich um die Zukunft. Vielleicht hat es diese Skandale gebraucht.»

kranken zusammen. Bevor sie Berufspolitikerin wurde, führte sie die Berner Sektion der Beamtengewerkschaft VPOD. Einen Abstecher in die Privatwirtschaft oder sonst etwas, was den Eindruck der perfekten linken Karriere stören würde, sucht man in ihrem Lebenslauf vergeblich. «Ich wollte nie Guetsli oder so etwas verkaufen», sagt Frösch. Lieber Sorge sie für Leute, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stünden.

Dabei setzt sie auf klassisch linke Rezepte, auf den Staat, der reguliert, harmonisiert, zentralisiert. Eines von Fröschs Zielen ist es, einen «Wildwuchs bei der Sozialhilfe» zu verhindern. Der Föderalismus, der Wettbewerb der Systeme, der wie in einem Laboratorium die besten Lösungen hervorbringt, ist für sie keine Stärke, sondern ein Problem. Die Skos-Richtlinien sollen dazu dienen, «Egoismen von einzelnen Gemeinden» zu überwinden, sagt Frösch.

Die Gegenfrage sei erlaubt: Kann man es als egoistisch abtun, wenn eine Gemeinde mutmassliche Fürsorgebetrüger ernsthaft kontrolliert? Die Luzerner Gemeinde Emmen führte vor zehn Jahren als erste einen Sozialdetektiv ein, der allein im letzten Jahr etwa dreissig Betrüger überführt hat, die Leistungen von rund einer Million Franken erschlichen haben (*Weltwoche* Nr. 2/14).

Was hält die neue Skos-Präsidentin von den Sozialdetektiven? Die Frage habe sich in ihrer Amtszeit als Sozialvorsteherin der Stadt Bern nicht gestellt, windet sich Frösch. Tatsächlich



Lösungsorientiert, nicht ultralinks: designierte Skos-Präsidentin Frösch.

wurde sie sehr wohl damit konfrontiert, und zwar von der *Berner Zeitung*. Sie halte die Sozialdienste für «professionell genug, um allfälligen Missbräuchen auf die Spur zu kommen», wird Frösch in einem Artikel vom Oktober 2004 zitiert. Zudem gebe es überall Missbräuche, «zum Beispiel in Form von Steuerhinterziehung». Ausgerechnet bei den Schwächsten anzusetzen, halte Frösch für falsch, so der Bericht.

Will sie wirklich aufräumen?

Dass Kontrolle nottut, wissen in der Stadt Bern alle, die es wissen wollen, spätestens seit dem Sommer 2007. Damals hatte die *Weltwoche* massive Missstände in der Zürcher Sozialdirektion aufgedeckt, und auch in Bern wurde der Ruf nach Transparenz immer lauter. Die damalige Sozialdirektorin Edith Olibet (SP) hatte für Kontrollen nichts übrig, sie sah darin «DDR-Methoden». Wohl um einen Befreiungsschlag zu landen, liess sie Fürsorgedossiers durchleuchten. Doch der beauftragte Finanzinspektor untersuchte gründlicher, als Olibet es erwartet hatte. Die Ergebnisse übertrafen die schlimmsten Befürchtungen: In nicht weniger als 32 Prozent aller Dossiers fanden sich konkrete Hinweise auf Missbrauch.

Edith Olibets Amtsvorgängerin hiess – Therese Frösch. Unvollständige Dossiers, die zwischen Mai 2003 und Ende 2004 angelegt wurden, fallen in ihre Verantwortung. Darauf angesprochen, reagiert die neue Skos-Präsidentin, indem sie noch schneller spricht: «Ich übernahm die Sozialdirektion kurzfristig von einer SVP-Ratskollegin, welche diese 10 Jahre lang geführt hatte. Ich war nur noch eineinhalb Jahre lang Sozialdirektorin.» Sie habe den Job lediglich übernommen, weil nach der Affäre Wasserfallen eine grosse Ämterrochade nötig geworden sei. Eineinhalb Jahre reichten kaum, um einen derart grossen Laden wie das Berner Sozialdepartement kennenzulernen, so Frösch.

In der Sache will sich Frösch zu den Sozialhilfeaffären in Zürich und Bern nicht äussern. «Das ist Vergangenheit. Ich kümmere mich um die Zukunft.» Doch dann schiebt sie nach: «Vielleicht hat es diese Skandale gebraucht.» Ihr Vorgänger als Skos-Chef Walter Schmid hätte sich wohl eher die Zunge abgebissen, als so etwas zu sagen.

Glaubt sie wirklich daran, dass die Skandale eine heilsame Wirkung hatten? Oder spricht hier die kalkulierende Vollblutpolitikerin, die ihre Kritiker besänftigen will? Therese Frösch will sich noch nicht in die Karten blicken lassen. «Wir werden ja erst am Donnerstag gewählt.»

Therese Fröschs bisheriger Werdegang lässt indes vermuten, dass sie keine grossen Korrekturen anbringen wird. Missbrauchsbekämpfung und die Beseitigung von Fehlanreizen gehörten weder bei ihr noch bei der Skos zu den Prioritäten. ○

Schulkinder der Landstrasse

Kinder von Schweizer Fahrenden fehlen oft mehrere Monate pro Jahr im Unterricht und sind schulisch schwach. Ihre beruflichen Möglichkeiten sind darum stark eingeschränkt. Der sonst so populäre Ruf nach Chancengleichheit ist hier nicht zu vernehmen. *Von Alex Reichmuth*

Lesen, Schreiben und Rechnen: ungenügend. Viele Kinder von Schweizer Jenischen, die als Fahrende leben, hinken in ihren schulischen Leistungen denen Gleichaltriger weit hinterher. Nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit sind sie oft so stark im Rückstand, dass nicht einmal eine Lehre drinliegt. An einen höheren Bildungsweg – etwa Gymnasium und Universität – ist meist nicht zu denken.

Martin Wendelspiess, Leiter des Volksschulamts des Kantons Zürich, drückt sich zurückhaltend aus: In «einzelnen Fällen» werde «beobachtet, dass Kinder, die lang und oft von der Schule weg sind, nicht auf den Stand der altersgemässen Kenntnisse kommen», schreibt er. Dies beeinträchtigt die Chancen auf Ausbildungen und berufliche Tätigkeiten dieser Kinder. Unverblümt spricht Irene Hänsenberger, Leiterin des Schulamts der Stadt Bern, die Mängel an. Der Bildungsrückstand vieler Kinder von Fahrenden auf dem stadtbernischen Standplatz Buech sei zum Teil «sehr gross» und könne mehrere Schuljahre betragen. Gemäss einem Bericht der *Schweiz am Sonntag* bleiben manche Fahrende auf dem Bildungsstand von Viertklässlern.

Auch im Winter nicht in der Schule

Der Grund für die Lücken ist, dass die Kinder von Fahrenden meist nur teilweise den Unterricht besuchen. Einerseits reisen sie während der Sommermonate herum. Andererseits halten sie ihre Eltern zum Teil auch sonst vom Schulbesuch ab. Manche Fahrenden schicken ihre Kinder selbst im Winter, wenn sie stationär in Bern lebten, nur sporadisch in den Unterricht, sagt Hänsenberger.

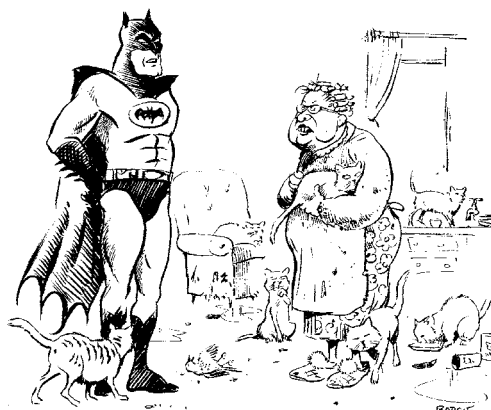
Defizite bestätigen zum Teil auch Jenische selber – wie Uschi Waser, Präsidentin der Stiftung Naschet Jenische, die für die Opfer der Pro-Juventute-Aktion «Kinder der Landstrasse» ins Leben gerufen wurde. «Wenn die Kinder nur zur Hälfte am Unterricht teilnehmen, sind Lücken nicht erstaunlich», meint Waser. Sie habe gehört, dass es in der Schweiz Kinder von Fahrenden gebe, die noch nie einen einzigen Tag zur Schule gegangen seien. «Das glaube ich sofort», versichert Waser.

Die etwa 3500 Personen in der Schweiz, die als Fahrende leben, gehören überwiegend zur Volksgruppe der Jenischen. Viele von ihnen haben eine schmerzvolle Geschichte hinter sich. Bis in die 1970er Jahre nahm man den Fahrenden über die Pro-Juventute-Aktion «Kinder der Landstrasse» Hunderte von Kin-

dern weg. Diese wurden fremdplatziert – mit dem Ziel, alle Jenischen sesshaft zu machen. Später hat sich der Bund für diese Politik entschuldigt. Der Staat garantiert heute den Fahrenden ihre nichtsesshafte Lebensweise. Diese haben das Recht, ihre Kinder während des Sommers vom Schulbesuch zu dispensieren. Oft ist das von April bis August oder sogar bis Oktober.

Die Schweizer Fahrenden leben in der Regel während des Winters stationär auf einem Standplatz. Die Gemeinde, zu der der Standplatz gehört, muss dafür sorgen, dass die Kinder im Winter den Unterricht besuchen. Zudem ist es Aufgabe der kommunalen Schulbehörden sicherzustellen, dass die Kinder während der Abwesenheit im Sommer möglichst viel vom Schulstoff mitbekommen. Lehrkräfte geben ihnen darum Unterrichtsmaterial mit und betreuen die Kinder oft auch während ihrer Reise per Internet und E-Mail. Für die Lehrer bedeutet das einen beträchtlichen Aufwand. Aber auch der beste «Fernunterricht» kann die Teilnahme am Unterricht nur ein Stück weit ersetzen. Erschwerend kommt dazu, dass die Eltern jenischer Kinder oft selber schlecht lesen, schreiben und rechnen können. Gemäss Fachleuten sollen bis zu vierzig Prozent der Schweizer Fahrenden Analphabeten sein. Entsprechend schwierig ist es für viele von ihnen, ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen.

Erschwerend kommen prinzipielle Widerstände mancher jenischer Eltern gegen den Schulbesuch ihrer Kinder hinzu. Es gebe fahrende Familien, «die wenig Interesse an Bildung haben», sagt Jörg Hartmann, Leiter der Fachstelle für Fahrende im Kanton Aargau.



«Ich muss es zugeben, Catwoman – dich habe ich mir anders vorgestellt.»

«Viele von ihnen argumentieren, dass ihre Kinder alles Lebensnotwendige im Alltag als Fahrende lernen und darum der Schulbesuch nicht nötig sei.» Wenn Schulbehörden versuchten, die Lücken jenischer Kinder während ihrer Abwesenheit zu begrenzen, sei man darum auf die Unterstützung ihrer Eltern angewiesen, so Hartmann. Auch beim Kanton St. Gallen bestätigt man, dass es oft «eine grosse Herausforderung» darstelle, den Anspruch auf Bildung bei Kindern von Fahrenden «angemessen zu gewährleisten».

Niemand zu einem Gespräch bereit

Die Behörden stehen vor einem Dilemma: Sollen sie es den Jenischen überlassen, ob und wie oft sie ihre Kinder zur Schule schicken – um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, eine Minderheit mit leidvoller Vergangenheit zu diskriminieren? Oder sollen sie darauf beharren, dass Kinder von Fahrenden wenn immer möglich den Unterricht besuchen – um deren Recht auf eine solide Schulbildung nachzukommen? Die Recherche zeigt, dass kaum jemand bereit ist, über solche Fragen und die Bildungslücken jenischer Kinder zu sprechen. Behörden und zuständige Organisationen gehen auf Tauchstation oder reichen Anfragen dazu weiter wie eine heisse Kartoffel.

Sowohl Martin Wendelspiess vom Kanton Zürich wie Rolf Rimensberger vom kantonalen Volksschulamt St. Gallen und Victor Brun vom Bildungsdepartement Aargau lehnen ein Gespräch ab. Sie schicken stattdessen ein paar schriftliche Auskünfte oder lassen der *Weltwoche* über Medienstellen knapp gehaltene Antworten zukommen. Auch bei der Bundesstiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, der jährlich über 150 000 Franken Staatsbeiträge zufließen, sowie bei der ebenfalls staatlich alimentierten Fahrenden-Vereinigung Radgenossenschaft der Landstrasse ist niemand zu einem Gespräch bereit. Beide Organisationen verweisen an Uschi Spillmann von der Cooperation Jenische Kultur, einem Zusammenschluss jenischer Organisationen. Doch Spillmann lässt der *Weltwoche* nur zwei nichtsagende schriftliche Sätze zukommen.

Dabei hätte Uschi Spillmann Interessantes zu berichten. Die Cooperation Jenische Kultur will mit dem Projekt «Lernen auf Reisen» die Grundbildung jenischer Kinder so weit verbessern, dass sie zumindest fähig sind, eine Lehre anzutreten. Das sagte Spillmann kürzlich gegenüber der *Schweiz am Sonntag*. Eine



Bildung als Gefahr: Jenische auf dem Durchgangsplatz Augsterstich in Kaiseraugst AG.

Idee ist, Extra-Lehrkräfte für die Betreuung jenischer Kinder anzustellen. Auch sollen spezielle Lehrmittel für den Fernunterricht produziert werden. Genauere Informationen zum Projekt sind aber auch bei der beteiligten Radgenossenschaft nicht zu bekommen.

Ähnlich will auch Bern den Bildungsstand jenischer Kinder verbessern. Gemäss Irene Hänsenberger vom städtischen Schulamt hat Bern schon 2007 spezielles Übungsmaterial für Kinder von Fahrenden produziert. Man

«Ich staune, wie grosszügig manche Behörden über das Recht auf Bildung der Kinder hinwegsehen.»

prüfe nun, ob eine zusätzliche Lehrkraft eingestellt werden soll, die sich nur um jenische Kinder kümmert – ganzjährig. Ein Pilotversuch könnte nächstes Jahr starten, so Hänsenberger. «Es wird in diesem Projekt allerdings darauf ankommen, dass jenische Eltern die Verantwortung mittragen, damit ihr Kind die Extraförderung erhält», betont sie.

Auf dem Standplatz Spreitenbach AG verlangen die Behörden, dass die Kinder der Fahrenden jeweils ab Beginn des Schuljahres im August wieder am Unterricht teilnehmen –

und nicht erst ab September oder Oktober. Das sagt zumindest Jörg Hartmann vom Kanton Aargau. Bei einem Primarschulabgänger, der die Anforderungen für die Sekundarschule (mittleres Anspruchsniveau) erfüllt habe, hätten die Schulbehörden erreicht, dass der Junge ohne Unterbruch am Unterricht teilnimmt. Laut Hartmann lebt er nun ganzjährig auf dem Standplatz Spreitenbach und wird während der Abwesenheit seiner Eltern von Verwandten betreut. Genaueres dazu ist nicht zu erfahren – die Gemeinde Spreitenbach will keine Auskunft geben.

Pensionierte Lehrer auf Standplätzen?

«Ich staune, wie grosszügig manche Behörden über das Recht auf Bildung jenischer Kinder hinwegsehen», sagt Uschi Waser von der Stiftung Naschet Jenische. Sie findet es stossend, wenn man die Eltern über den Unterrichtsbesuch entscheiden lasse. Denn ein Schulabschluss für Jenische sei auch wichtig, damit sich diese aus- und weiterbilden könnten, wenn sie dies später wünschten. Waser fordert rasche Massnahmen und hat unkonventionelle Ideen – wie etwa, pensionierte Lehrer auf die Standplätze zu schicken oder die Eltern jenischer Kinder gleich mitzuschulen. Mit solchen Forderungen stösst

Uschi Waser in ihren eigenen Kreisen teilweise auf Widerstand. «Nicht alle Jenischen haben Freude an mir», bestätigt sie.

Viele Jenische sehen in der Schulbildung eine Gefahr für ihre Kultur. Denn Kinder, denen eine beliebige berufliche Laufbahn möglich ist, entscheiden sich eventuell gegen die fahrende Lebensweise. Solche Befürchtungen dürfen das Handeln der Schulbehörden aber nicht bestimmen. Denn es sollte nicht sein, dass jenische Kinder mangels Bildung faktisch gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt wie ihre Eltern mit wenig lukrativen Tätigkeiten wie Altmetallhandel oder Messerschleiferei verdienen zu müssen.

Der sonst so populäre Ruf nach Chancengleichheit ist aber nicht zu vernehmen, wenn es um Kinder von Fahrenden geht. Dabei geht es nicht darum, den Fahrenden das Recht abzusprechen, ihre Kinder für eine begrenzte Zeit während des Jahres aus dem Unterricht zu nehmen, um auf Reisen zu gehen. In den übrigen Monaten sollten die Behörden die Schulpflicht aber durchsetzen. Welche Lösung möglich ist, zeigt die Stadt Bern. Sie knüpft das Recht auf einen Winterstandplatz an die Verpflichtung, die Kinder während des Aufenthalts auf diesem Platz zur Schule zu schicken. Wer sich nicht daran hält, muss gehen. ○

Herr Whale muss gehen

Ein gutintegrierter Metzger aus Neuseeland erhält in der Schweiz keine ordentliche Arbeitsbewilligung. Sein Fall zeigt die absurde Bevorzugung von EU-Einwanderern durch die Personenfreizügigkeit. Besser qualifizierte Nicht-Europäer werden diskriminiert. *Von Florian Schwab und Salvatore Vinci (Bild)*

«Achtung – nicht, dass jetzt die Frau vom Amt vorbeikommt», scherzt ein Arbeitskollege, als sich Richard Whale, 22, beim Fototermin für die *Weltwoche* zum letzten Mal die schweren Gummistiefel anlegt und die weisse Metzgerschürze umbindet. Die Warnung hat durchaus einen ernsten Kern, denn sein früherer Arbeitsplatz bei der Müllheimer Metzgerei Ebnöther ist eigentlich seit Mitte Mai Tabuzone. So hat es Tanja Meier (Name geändert), die Sachbearbeiterin beim kantonalen Migrationsamt in Frauenfeld TG, verfügt. Erwischte man Richard Whale hier beim Wursten, es setzte eine Anzeige wegen Schwarzarbeit. Denn arbeitsrechtlich ist Richard Whale seit dem 13. Mai unerwünscht. Die Behörden dürfen ihm keine Arbeitsgenehmigung mehr ausstellen, weil an der Grenze die EU-Metzger Schlange stehen.

Vor dem Besuch in der Metzgerei treffen wir Whale bei seiner Gastfamilie im thurgauischen Matzingen. Seit achtzehn Monaten lebt Richard bei Rosmarie und Robert Mathis, die hier ein Sanitärgeschäft leiten. Auf dem Tisch liegt ein gedrucktes Fotobuch, das Richards Zeit in der Schweiz gewidmet ist: Ausflüge, Geburtstagsfeiern und sportliche Erfolge. Der Neuseeländer ist ein leidenschaftlicher Downhillbiker. «Als seine Schweizer Freunde schon bremsen, trat Richard noch eine Weile weiter in die Pedale», erzählt Robert Mathis. Auch von der Schweizer Kultur habe er viel gelernt, sagt Richard. Nach seiner Landung in Zürich habe man ihn gleichentags in den Männerchor mitgenommen.

«Witziger Mensch» in der Dorfbeiz

Kennengelernt hatte Robert Mathis den jungen Berufsmann bei einem Besuch im neuseeländischen Whitianga, wo Verwandte des Matzinger Sanitärgehwoblers leben. Er nahm ihn bei sich auf und arrangierte seinem Gast eine Stelle als Stagiaire bei Metzger Ebnöther.

Auf den ersten Blick wirkt Richard Whale recht ernst. Die Last des Negativbescheids aus dem Migrationsamt drückt ihm aufs Gemüt. Spätestens beim Besuch in der Metzgerei zeigt sich Richard von einer lebenslustigen und aufgestellten Seite. Sein Deutsch ist zwar nicht frei von den Einflüssen des schweren neuseeländischen Englisch, doch immerhin: Er verständigt sich flüssig und nimmt problemlos an jeder Unterhaltung teil. Freunde versichern, Richard sei ein «witziger Mensch». Gelegentlich sei er im Kollegenkreis am Stamm-



«Ich wollte noch mehr lernen»: Richard Whale mit Schweinsmittelstücken und Rehbock.

tisch in der Dorfbeiz aufgetaucht, und er sei allenthalben wohlgefallen.

Der eigentliche Zweck seines Schweiz-Aufenthalts, erzählt Richard Whale, sei die berufliche Weiterbildung gewesen. In Neuseeland habe er in der Fleischabteilung eines Grossverteilers gearbeitet. In der Schweiz habe er von Meister Ebnöther ab November 2012 vor allem in der Verarbeitung viel gelernt. Die Würste des Anton Ebnöther erfreuen sich grosser Beliebtheit im ganzen Kanton, und er ist wohl der einzige Metzger weit und breit, der eine eigene Trockenkammer im Untergeschoss unterhält.

Der Chef ist des Lobes voll für seinen früheren Mitarbeiter: Richard sei sehr gelehrt – bei den Kollegen ebenso beliebt wie bei den Kunden. Jeweils am Mittwochvormittag stand Whale im Verkaufslokal. Ebnöther, selbst ein weitgereister Mann, der in Nigeria eine Produktionsanlage für Wurstwaren nach Schweizer Qualitätsstandards aufgebaut hat, bezeichnet Richards Stage als «grossen Gewinn für alle». Seine Metzgerei habe einen fleissigen und beliebten Mitarbeiter bekommen, nachdem er mit Schweizer Bewerbungen häufig schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Er habe von inländischen Bewerbern auch schon zu hören bekommen, dass sie vor dem Arbeitsantritt ein paar Monate freihaben möchten, um sich vor den Strapazen des Zivildienstes zu erholen. Whale dagegen, so bescheinigt es Ebnöther im Arbeitszeugnis, sei ein «ausgesprochen zuverlässiger und intelligenter Mitarbeiter».

Richard will «nicht ewig» bleiben

In den eineinhalb Jahren, berichtet Richard Whale, habe er sich noch nicht alle Kenntnisse von Ebnöthers Handwerkskunst angeeignet. Aus diesem Grund hätte er gern seinen Stage nochmals um ein halbes oder ein ganzes Jahr verlängert. «Meine Absicht ist nicht, ewig in der Schweiz zu bleiben», stellt er klar, «aber ich wollte noch mehr lernen.» Rechtzeitig vor Ablauf der Arbeitsgenehmigung als Stagiaire stellt sein Chef am 14. Februar ein Gesuch um eine Jahresaufenthaltsbewilligung.

Diese Pläne durchkreuzt das Thurgauer Migrationsamt. Nur fünf Tage brauchte es, um dem Metzgermeister zu bescheinigen, dass Arbeitsbewilligungen «in erster Linie an Personen erteilt» würden, die aus «einem EU-/Efta-Land stammen und sich auf das Personenfreizügigkeitsabkommen berufen können». Angehörige anderer Staaten erhielten «grundsätzlich keine Bewilligung». Ausnahmen seien nur möglich, wenn dies «gesamtwirtschaftlichen Interessen» entspreche und es sich um «Führungskräfte, Spezialisten oder andere qualifizierte Arbeitskräfte» handle.

KMU-Metzger Ebnöther müsse nachweisen, dass er weder in der Schweiz noch in der Europäischen Union eine für die Anstellung geeignete Person finde. Das Amt weist den

Metzgermeister darauf hin, dass «momentan alleine in der Schweiz sechzig gelernte Metzger mit Berufserfahrung als stellensuchend gemeldet» seien.

Amtschef Camillus Guhl möchte den Einzelfall nicht kommentieren. Er verweist auf die gesetzlichen Bestimmungen. Die Schweiz nehme jährlich maximal zwanzig Stagiaires aus Neuseeland auf. Eine Verlängerung unter anderem Titel sei «rechtlich nicht vorgesehen». Zudem sei das Migrationsamt an den «arbeitsmarktlichen Vorentscheid» des Amts für Wirtschaft und Arbeit gebunden.

Mit Ausschaffung gedroht

Der endgültige Negativbescheid folgt per Einschreiben direkt an Richard Whale: «Sie werden angewiesen, den Aufenthalt in der Schweiz nach Ablauf Ihrer Kurzaufenthaltsbewilligung aufzugeben und bis spätestens 21. April 2014 auszureisen.» Der fremdenpolizeiliche Duktus mag gegenüber illegalen Einwanderern angezeigt sein. Doch hier wird ein junger Mann belehrt, der während seines Stages ein

«Grundsätzlich haben wir ein offenes Ohr für Kundenanliegen.»

Einkommen von gegen 80 000 Franken versteuert hat: «Haben die Ausländer eine Frist, die ihnen zur Ausreise gesetzt worden ist, ungenutzt verstreichen lassen, so können sie auf Anordnung der zuständigen kantonalen Behörde ohne besonderes Verfahren aus der Schweiz ausgeschafft werden.» Das Amt fügt an, ein «Aufenthalt als Tourist bleibt Ihnen selbstverständlich vorbehalten». In drei Monaten muss Whale das Land verlassen.

Die Art und Weise, wie das Thurgauer Migrationsamt den Metzger Richard Whale abblitzen lässt, ruft Freunde und Bekannte auf den Plan. Robert Mathis begibt sich zur Amtsstelle und versucht, mit den Zuständigen zu sprechen. Freunde und Kollegen rufen bei Sachbearbeiterin Tanja Meier an, die zunehmend ungehalten reagiert. «Sie war sehr genervt», sagt ein Freund von Richard. Amtschef Guhl nimmt seine Mitarbeiterin in Schutz: «Grundsätzlich haben wir ein offenes Ohr für Kundenanliegen. Wir dürfen aber Dritten keine Auskunft geben. Wenn die betroffene Person mit dem Entscheid nicht einverstanden ist, hat sie die Möglichkeit, dagegen Rechtsmittel einzulegen.»

Selbst der Matzinger Gemeindeammann Walter Hugentobler (SP) spricht in Frauenfeld vor und erläutert die Sicht der Wohngemeinde: Whale sei gut integriert und falle niemandem zur Last. Hugentobler stört der Kontrast zwischen dem arbeitsamen Neuseeländer und Angehörigen von EU-Staaten, die mit einem Arbeitsvertrag in die Schweiz einwandern, der

sich dann aber rasch auflöse, wodurch das Gemeinwesen in der Pflicht stehe.

Rein formaljuristisch, da kennt Hugentobler die Abläufe in der Verwaltung zu gut, ist im Fall Richard Whale nichts zu machen. Die Stagiaire-Genehmigung für junge Berufsleute werde für maximal achtzehn Monate gewährt, und danach sei man in der harten Realität der Personenfreizügigkeit angelangt, wo Drittstaatenangehörige im Vergleich zu EU-Bürgern ungleich schlechtere Chancen hätten. Trotzdem hätte sich Hugentobler gewünscht, «dass man pragmatisch eine Möglichkeit gefunden hätte, diesem jungen Berufsmann die Chance einer Verlängerung zu geben».

Gleich sieht es Metzger Ebnöther. Man könne von einem Kleinbetrieb doch nicht erwarten, in Ungarn und Polen Inserate zu schalten, anstatt einen verdienten Mitarbeiter weiterzubeschäftigen, den Ebnöther zudem nach Schweizer Gesamtarbeitsvertrag bezahlt habe.

Die durch Richards erzwungenen Austritt frei gewordene Stelle wolle er bis auf weiteres nicht besetzen. Es stellt sich also die Frage: Wem bringt das sture Beharren der Frauenfelder Behörde etwas? Weder ein Schweizer noch ein EU-Metzger bekommt dadurch eine Anstellung. Das Lohngefüge wäre mit einer Weiterbeschäftigung auch nicht aus den Angeln gehoben, weil Ebnöther seine Angestellten ohne Unterschied bezahlt. Für Ebnöther ist Richard «ein herzensguter junger Mann, dem durch Ämter und Bürokratie der Berufsweg versperrt wird». Er hoffe, dass er «doch etwas Positives aus der Schweiz mit auf seinen Weg nehmen kann».

Amtsleiter Guhl zeigt Verständnis für die «menschliche Dimension von Einzelfällen», seine Behörde sei aber an «das System» gebunden. «Das System» ist das Freizügigkeitsabkommen mit der EU. ○

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

Morgen Freitag in der KMU-Presse:

- **Nein zum Mindestlohn**
Lohndiktat vom Tisch
- **Gewerbekongress**
sgv-Präsident wiedergewählt
- **KMU Frauen Schweiz**
Frauenquoten sind unnötig

www.gewerbezeitung.ch

«Ich liebe Dürrenmatt»

Der schillernde Ostberliner Anwalt Gregor Gysi ist Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag und damit Oppositionsführer gegen Kanzlerin Merkel. Wer ist der Mann, der die Ukraine-Politik des Westens kritisiert und im Theater Erfolge feiert? *Ein Interview von Roger Köppel*

Wir treffen Gregor Gysi in einem jener gewaltigen Glas- und-Betonquader, die zur Beherrschung der deutschen Parteien in der Mitte von Berlin aufgestellt worden sind. Die hochmodernen Bürogebäude strahlen die Gemütlichkeit von Operationssälen aus. Im Innern sind die Räume hoch, die Gänge verlieren sich. Nach aussen hin wurde peinlichst auf jeden Anflug von Grandezza verzichtet. Keiner soll auf die Idee kommen, dass sich hier die europäische Grossmacht Deutschland inszeniert. Die sterile Architektur könnte genauso gut in Dubai oder Buenos Aires stehen.

Bei bester Stimmung empfängt uns Gysi in seinem kleinen, mit geschmackvollen Bildern ausgestatteten Büro. Der 66-jährige Anwalt aus Ostberlin, Sohn berühmter deutscher Kommunisten, mütterlicherseits einer noblen Industriellenfamilie entstammend, verdankt seinen Aufstieg einem Untergang. Als die DDR Ende der achtziger Jahre implodierte, begann seine steile politische Karriere. Gysi wurde Chef der alten ostdeutschen Staatspartei SED, rettete deren Vermögen, benannte sie um und fusionierte sie erfolgreich mit Teilen der westdeutschen Sozialdemokratie, denen die Mutterpartei unter Ex-Kanzler Gerhard Schröder zu rechts geworden war.

Heute kämpft Gysi als Fraktionschef der Linkspartei im Deutschen Bundestag gegen die grosse Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel. Parteikollegen heissen Oskar Lafontaine oder Sahra Wagenknecht. Gysi ist nach dem Ausfall der FDP heute der Oppositionspolitiker im Bundestag. Selbst Leute, die mit seiner Partei wenig anfangen können, bescheinigen dem Berliner Verstand und Humor. Furore machte er zuletzt durch seine massvollen und intelligenten Reden zur Lage in der Ukraine. Der eloquente Ironiker tadelt den Westen, ohne Putin zu loben. Er plädiert für eine Deeskalation und ist, als einer der wenigen deutschen Politiker, gegen Sanktionen, wie er eben in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* unterstrich.

Herr Gysi, Sie sind der prominenteste und eloquenteste Linkspolitiker Deutschlands, Ihr Name allerdings ist schweizerischer Herkunft: Können Sie uns kurz über die Hintergründe aufklären?

Väterlicherseits stamme ich aus der Schweiz, die Familie kam aus der Nähe von Basel und wanderte vor sieben Generationen nach Deutschland aus. Das war auch

der Grund, weshalb mein Grossvater 1933 keinen Schweizer Pass mehr bekam. Eine Generation weniger, und es hätte gereicht. Die männlichen elterlichen Vorfahren waren bis zu meinem Vater Ärzte. Zu Hause habe ich ein Zeugnis hängen, da steht, dass ein Urgrossvater von mir Meister des Handwerks der Chirurgie sei. Chirurgie galt damals noch als Handwerk! Mein Vater, der dann nicht Arzt wurde, war die erste Ausnahme.

Sie sind unmittelbar nach dem Krieg in Ostberlin in Trümmern aufgewachsen. Was sind die frühesten Erinnerungen?

Es war sehr viel zerstört. Daran gewöhnte man sich. Das Gefährlichste war, dass wir mit Schwarzpulver spielten. Ein Junge verletzte sich dabei. Das Bild habe ich noch heute vor mir, wie er mit blutendem aufgerissenem Bein weggebracht wurde. Ich hatte eine unglaublich politische Kindheit, wie man sich das später nicht vorstellen konnte.

Sie wurden politisch erzogen?

Es war eher eine Politisierung des Lebens. Sie hatte drei Gründe. Erstens: Meine Eltern hatten gegen die Nazis gekämpft, das war die

«Die SED bestrafte Demonstranten, um sie anschliessend nach Italien oder Grossbritannien zu schicken.»

Ausnahme, denn die meisten anderen Väter waren in der Wehrmacht. Ich machte die Erfahrung, dass jetzt nach dem Krieg Leute wie meine Eltern das Sagen hatten, die anderen aber in der Mehrheit waren. Interessant. Zweitens: Es gab eine allgemeine Stimmung gegen die Russen, während in meiner Familie eher eine prorussische Stimmung herrschte. Auch hier lag ein Widerspruch. Drittens: Es gab auch Westberlin, aber es gab noch keine Mauer. Die Schüler reisten hin und her. Mal hiess es, BRD-Kanzler Adenauer sei der Schlimmste, dann wieder war der DDR-Politiker Ulbricht der Teufel. Alle diese Informationen wurden mir aus unterschiedlichen Richtungen geliefert. Ich geriet ins Sperrfeuer dieser Parteimeinungen. Wobei meine Eltern leider dafür gesorgt hatten, dass ich in Westberlin nur die Grossmutter besuchen durfte. So konnte ich, abgesehen von einer Ausnahme, dort nie ins Kino gehen.

Wie erlebten Sie den Bau der Mauer?

Im Jahr 1961 organisierte mein Vater etwas, was mich bis heute stutzig macht. Im Juli be-

suchte uns ein Freund des Vaters: Franzose, sehr erfolgreicher Unternehmer und Kommunist. Er holte mich und meine Schwester in einem Mercedes ab, zeigte uns Westberlin, den Kurfürstendamm, ging mit uns im «Hilton»-Hotel essen, dann ins Kino und besuchte mit uns den Funkturm. Wir fuhren zurück durchs Brandenburger Tor. Nachher kam der Mauerbau. Ich habe meinem Vater immer unterstellt, dass er davon gewusst haben müsse, was er aber immer bestritt. Vielleicht hatte er etwas munkeln gehört.

Ihre Eltern waren als Kommunisten Russland-freundlich. Was löste bei Ihnen zu Hause die Nachricht aus, dass russische Soldaten und Offiziere nach Belieben über Jahre deutsche Frauen, Mädchen und Grossmütter vergewaltigten?

Ich habe mich in meinem Leben nur einziges Mal geprügelt, als ein Mitschüler behauptete, die Russen hätten die deutschen Frauen vergewaltigt. Obwohl wir beide nicht wussten, was das ist, habe ich es bestritten. Abends habe ich meinen Vater gefragt, der mir zunächst irgendwie erklärte, was Vergewaltigung ist. Dann sagte er, die Russen hätten das nicht gemacht, doch es folgte ein grosses Aber, das mir zeigte, sie hatten es eben doch in einer bestimmten Zeit getan. Also nicht ich hatte recht, sondern der andere Schüler. Ich habe mich nie mehr für irgendetwas geprügelt.

Wie sehr hat es Sie erschüttert, dass Sie vom eigenen Staat eingemauert wurden?

Als die Mauer gebaut wurde, war ich auf dem Land. Plötzlich gab es für einen Tag kein Brot mehr. Was ich nicht verstand. Dann fiel mir auf, dass für ein, zwei Tage keine Züge mehr nach Berlin fuhren. Ich dachte, die Mauer würde höchstens ein, schlimmstenfalls zwei Jahre stehen. Als die Mauer dann zu meiner Überraschung die ersten Jahre überstanden hatte, konnte ich mir gar nicht mehr vorstellen, dass sie noch fällt.

Gab es den konkreten Moment, da man sah, dass die DDR untergehen würde?

Dass es erhebliche Mängel gab, das war deutlich zu spüren. Politisch gab es zwei Momente. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR hatten die Nase voll davon, dass Berlin alles machte, was Moskau wollte. Bis Gorbatschow antrat. Als dieser aber mit den Reformen kam, stellte sich die Staatsführung gegen Moskau. Ausgerechnet diesmal! Das Volk allerdings sympathisierte mit Gorbatschow. Deshalb kam es auch zu Demonstrationen.



«Auch, aber nicht nur wegen der Schweizer ist mir die direkte Demokratie so wichtig»: Linkspolitiker Gysi.

Die Übereinstimmung mit Moskau hatte die Bürgerinnen und Bürger mutig gemacht. Zweitens überschätzte sich die Führung in Berlin. Ohne die Sowjetunion konnte die DDR nicht existieren. Mir ist schleierhaft, wie sie sich damals einbilden konnte, gegen die Sowjetunion regieren zu können.

Der Sozialismus ist nicht abgeschafft worden. Er ging bankrott.

Ein Staat hat immer zwei Möglichkeiten. Er kann etwas erlauben, oder er kann etwas verbieten. Wenn er es verbietet, muss er es unterbinden können. Ein Staat aber ist dann zu Ende, wenn er beides nicht kann. Der Unter-

gang der DDR hat etwas Groteskes in dieser Hinsicht. Die alte Führung bestrafte Demonstranten, um sie anschliessend nach Italien oder Grossbritannien zu schicken – um sie für eine Weile los zu sein. Stellen Sie sich das vor: Die Strafe für den zivilen und politischen Ungehorsam war die Erfüllung jenes Traums, den über neunzig Prozent der DDR-Bürger hatten. Allen wurde klar, dass ein Staat so abdankt. Als ich diesen Gedanken vor Rechtsanwälten äusserte, wurde ich noch Anfang 1988 einmal einbestellt von der Parteileitung Berlins. Aber bereits dämmerte mir: «Hier geht etwas zu Ende.»

Viele Linke wurden durch die Gräueltaten Stalins, Maos und Pol Pots schockiert. Wie war das bei Ihnen?

Das hat mich zu DDR-Zeiten beschäftigt. Ich las Trotzki's Werk, seine Autobiografie. Ich besorgte mir die Prozessunterlagen aus Stalin-Zeiten. Unerträglich. Von Mao und Pol Pot setzte sich die DDR eher ab.

Viele Linke im Westen haben wegen Mao und Pol Pot dem Sozialismus abgeschworen.

Mich hat es desillusioniert, aber nicht von meinen sozialen Grundhaltungen abgehalten. Mir wurde klar, dass wir eine sehr kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte

brauchten. Ich hatte Lenin immer sehr gerühmt für sein Telegramm an den Parteitag, in dem drinstand, dass Stalin viel zu grob und daher völlig ungeeignet sei für den Posten des Generalsekretärs. Da hatte er recht. Irgendwann habe ich mir gedacht: «Er hätte doch begreifen müssen, dass man eine solche Machtfülle nicht zulassen darf.» Ansonsten war die Sowjetunion wie eine Monarchie immer darauf angewiesen, einen netten König zu haben. Das ist eine Fehlkonstruktion. Ich bin gegen Diktatur, sei sie von rechts oder von links.

Warum sind Sie eigentlich links geblieben?

Der Kapitalismus überzeugt mich eben nicht. Ein Freund von mir sagte mir Ende 1990, ich benähme mich nicht wie der Vorsitzende der Partei, sondern wie deren Anwalt. Ein bisschen stimmte das. Da war so ein Anwaltsdenken dabei. Ich wollte die SED beziehungsweise dann die PDS nicht dichtmachen. Ich wusste: Der Staatssozialismus ist gescheitert, und so, wie er war, auch zu Recht. Aber ich weiss – der Kapitalismus kann auch nicht die letzte Antwort der Geschichte sein.

Wollen Sie den Kapitalismus abschaffen?

Ich will einen demokratischen Sozialismus, in Demokratien wie Deutschland oder der Schweiz durch einen Transformationsprozess. Aber: Alles, was funktioniert, muss übernommen werden. Ich habe vier Probleme mit dem Kapitalismus. Erstens: Alle Kriege haben immer auch ökonomische Gründe. Und sie werden immer alltäglicher. Das stört mich ungemein. Zweitens: Es gibt keine soziale Gerechtigkeit. Es gibt immer die Tendenz, Milliardäre zu erzeugen und Armut zu verbreiten. Geld ist viel zu wichtig. Drittens: Es sterben Millionen an Hunger, obwohl wir eine Landwirtschaft haben, die in der Lage wäre, die Menschheit zwei Mal zu ernähren. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Letztlich: Der Kapitalismus ist zu ökologischer Nachhaltigkeit nicht in der Lage, weil ökonomische Interessen zu sehr dagegen sprechen. Was er aber kann: Er kann eine effiziente Wirtschaft hervorbringen. Er kann hervorragende Leistungen in Wissenschaft und Forschung erzeugen. Er kann auch hervorragende Leistungen in Kunst und Kultur hervorbringen. Zwar sind die Topleistungen solche, die sich kritisch mit dem Kapitalismus auseinandersetzen, aber sie kommen ja aus ihm. Und das sage ich immer meinen Leuten: «Wer die Vorstellung hat, diese Dinge zu überwinden – nicht mit mir.» Der Markt hat seinen Platz in der Industrie, bei Bäckereien, in vielen Bereichen, nur nicht in der öffentlichen Daseinsvorsorge – beim Wasser, bei Energie, Bildung, Teilen der Kultur, Teilen des Sports, bei Mobilität, Wohnen und Gesundheit. Da müs-

sen wir anders, eben politisch, insbesondere sozial, diskutieren. Ein Krankenhaus soll sich nicht in erster Linie rechnen, sondern für Gesundheit sorgen.

Sie haben als Politiker der einstigen Staatspartei SED den Untergang der DDR überlebt, ja Sie sind heute ein Star der linken Szene.

Wie haben Sie das geschafft?

Die SED suchte einen neuen Chef, als die DDR zerbröckelte. Letztlich fiel die Wahl auf mich. Und ich Idiot habe auch noch angenommen. (Lacht) Sie müssen wissen, ich habe damals tiefe Liebe und schweren Hass erlebt. Ich wünschte mir, mir wäre damals jemand begegnet, dem ich einfach gleichgültig gewesen wäre. Und wenn ich so angegriffen werde, kann ich nicht zurückweichen. Der Bundestag hat diesen Fehler begangen: Wenn die

Schlafen ist sinnlich.
Spüren Sie den Unterschied?

roviva 1748

Matratzen- und Bettenfabrik, www.roviva.ch

mich freundlich behandelt hätten, wäre ich vielleicht gegangen. Dann habe ich mir Schritt für Schritt Respekt und Anerkennung erarbeitet. Aber Sie haben schon recht: Irgendwie war und ist es überraschend. Der Staat DDR brach zusammen. Meine Partei war am Ende. Und ausgerechnet ich schaffe es im antikommunistischen Staat Europas.

Was ist Ihr innerstes politisches Motiv?

Ich bin links geblieben, weil die Ideen vernünftig sind. Es gab ja auch in der DDR Strukturen, die etwas taugten. Was mich bei der Vereinigung geärgert hat: Sie haben sich den Osten nicht angeschaut, weil Sieger nicht aufhören können zu siegen. Deshalb gab es auch keine Vereinigung der Eliten. Der Westen hat die PDS auch dadurch stark gemacht. Man hat sich der Verlierer nicht angenommen. Dank der Vereinigung mit Teilen der westdeutschen Sozialdemokratie zur Partei Die Linke gelang der nationale Durchbruch. Früher wurde ich nur zum Osten befragt – heute

auch zu Russland und der Ukraine, zu Sozialpolitik, zu anderen Dingen.

Sie waren mehrfach verheiratet, hatten gesundheitliche Probleme ...

Was heisst «mehrfach»? Nur zweimal. Heute bin ich wieder als Einzelkämpfer unterwegs.

Hat sich das Ganze gelohnt?

Ach, ich weiss es nicht. Ich bin heute zu neunzig Prozent Politiker, zu sechs Prozent Anwalt und zu vier Prozent Publizist und Moderator. Ich habe eine Talkshow, immer nur mit einem Gast, im Deutschen Theater hier in Berlin. Ich stelle im Wesentlichen nur Fragen, und man erfährt viel von der befragten Person. Es ist immer ausverkauft.

Immer wieder sind Sie ins Visier der Journalisten geraten als mutmasslicher Informant des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes. Uns können Sie es ja sagen, wir sind neutral: Waren Sie je «inoffizieller Mitarbeiter»?

Nein. Und es sind ja auch nur einige Journalisten ...

Wie sehr sollten Leute heute verfolgt werden, die damals für die Staatssicherheit der DDR gearbeitet haben?

Zunächst muss einfach mal Rechtsstaatlichkeit gelten. Wenn mir die Gerichte recht geben, warum akzeptieren dies bestimmte Medien nicht? Bei jedem anderen hätten sie es akzeptiert.

Was steckt dahinter? Neid auf den Aufsteiger und Überlebenskünstler Gysi?

Es ist Ideologie, es ist Politik. Man stellt mir nach, weil ich ein relativ erfolgreicher Typ bin auf einer Seite, auf die ich nach ihrer Auffassung nicht hingehöre. Das Bundesverfassungsgericht hat alles zurückgewiesen. Diese Urteile kamen nicht deswegen zustande, weil die Gerichte derartige Gysi-Fans wären. Ich wurde immer entlastet, weil die Unterlagen nichts anderes hergeben. Jetzt wird – davon bin ich überzeugt – dann auch das Ermittlungsverfahren eingestellt werden.

Gehen die Deutschen nicht allzu hysterisch mit den alten DDR-Kollaborateuren um?

Aufarbeiten kann und muss man immer, aber das Prinzip der Strafbarkeit zur Tatzeit muss gelten. Wenn ein Wärter einen Häftling geschlagen hat, machte er sich auch nach DDR-Recht strafbar. Aber hat sich jemand, indem er die DDR-Gesetze befolgte, strafbar gemacht? Da setze ich mal ein grosses Fragezeichen. So zerstört man Rechtskultur. Was mich auch stört: Diejenigen, die nicht in der DDR gelebt haben, erklären den Leuten, die in der DDR gelebt haben, wie man in der DDR hätte leben sollen. Deshalb gibt es den Unterschied zwischen der Aufarbeitung nach 1945 und der Aufarbeitung jetzt. Nach 1945 traf es das ganze Volk. Heute haben vier Fünftel der Deutschen, die im Westen gelebt haben, die Möglichkeit, mit dem Finger auf das Fünftel zu zeigen, das in der DDR lebte. Viele tun es nicht, aber nicht wenige schon.

Ganz grundsätzlich: Wie würden Sie einem Deutschland-Skeptiker die Deutschen erklären?

Ein britischer Journalist hat richtig formuliert: Deutschland ist eine sehr gut funktionierende Demokratie, was deshalb erstaunlich ist, weil es dort so wenige Demokraten gibt. Die Deutschen sind neugierig, reiselustig, interessiert, sie können Forschung und Wissenschaft betreiben, und sie können auch erfinden, sie sind zu einer hohen und guten Kultur fähig, haben eine starke Verbundenheit zur Natur, sind fleissig. Aber das gilt nicht nur für Deutsche. Das Unangenehme an uns ist, wir haben keine besonders hoch entwickelte politische Kultur, sind alle zu ideologisch und intolerant, haben etwas Besessenes an uns und sind eine Idee zu ordnungsliebend. Die ältere Generation hat Hemmungen aufgrund der deutschen Geschichte – Hitler, die Ermordung der Juden und Israel nenne ich als Stichworte. Aber ich glaube nicht, dass wir das auf die jungen Generationen übertragen sollten. Die Jungen müssen die Geschichte kennen, aber sie müssen sich auch freier bewegen dürfen, als wir es konnten.

Europäische Union: Kann das Ganze noch funktionieren?

Ja, ich glaube an die europäische Integration. Ich setze mich dafür ein, dass wir von Grossbritannien bis Russland ab der ersten Schulklasse dieselbe Fremdsprache lernen. Das ist wichtig. Dann hätten wir endlich eine Generation, die sich richtig verständigen kann. Die EU aber muss fundamental umgebaut werden. Es kann nicht sein, dass die EU dem Abbau von Demokratie dient. Auch der Sozialstaat wird weiter zerlegt, und dann werden auch immer mehr Militärbeschlüsse gefasst. Das passt mir nicht. Was wir im Süden gemacht haben, gerade unter dem Druck der deutschen Regierung, ist eine Kahlschlagpolitik. Gar nicht geht, was sich Sarkozy und Merkel geleistet haben, als sie auf Abendspaziergängen irgendetwas beschlossen, das dann an unseren Parlamenten vorbei europäisches Recht wurde. So darf das nicht laufen.

Welche Zukunft hat die Schweiz?

Ihr habt euch ja ganz schön aus allem rausgehalten, da muss ich doch sagen: Respekt, das hat die Schweiz nicht schlecht gemacht!

Kennen Sie das Prinzip der bewaffneten Neutralität?

Aber sicher, und dann habt ihr noch das Geld von allen in euren Banken gebunkert – auch kein schlechtes Geschäftsmodell. (Lacht)

Gerade Sie als Linker, Herr Gysi, hätten vehement das Schweizer Bankkundengeheimnis verteidigen müssen. Nur dank diesem Bankkundengeheimnis konnten

grosse Teile des deutschen Gewerkschaftsvermögens vor den Nazis gerettet werden!

Ich habe doch gesagt, dass ihr das Geld von allen nehmt, allerdings auch von den Nazis. Das ist das Schöne und Fragliche an der Schweiz, dass sie in Geldfragen keinerlei ideologische Unterscheidungen trifft!

Braucht Europa, braucht Deutschland mehr direkte Demokratie?

Die Schweiz hat eine andere Geschichte, aber viel spricht dafür. Vielleicht ist bei euch die parlamentarische Demokratie etwas untertrieben, doch wir müssen in ganz Europa diese parlamentarische Demokratie durch mehr direkte Demokratie ergänzen. Wir haben ja in der BRD auf Bundesebene leider keine Volksentscheide.

Wäre dieser Kampf für mehr direkte Demokratie nicht ein Erfolgsthema für Sie und Ihre Linkspartei?

Wir werden das im Europawahlkampf thematisieren.

Herr Gysi, Sie sind intelligent, Sie haben eine exzellente Rede zur Ukraine gehalten, Sie haben eine beeindruckende politische Laufbahn hingelegt, aber Sie strahlen für viele auch etwas Chamäleonhaftes aus. Wie beschreiben Sie sich selbst?

Wieso chamäleonhaft? Ich bin, als anderes zur Debatte stand, links geblieben. Was Sie sehen müssen: Ich bin Anwalt. Als solcher muss ich Vergleiche suchen. Wenn ich Ver-

«Wir beurteilen mittlerweile sogar einen Luther nach unseren heutigen moralischen Massstäben. Verrückt!»

gleiche suche, muss ich die Interessen meines Gegenübers kennen, muss mich sogar dafür interessieren. Ich frage mich: Wo soll mein Mandant nachgeben? Das ist ein anderer Stil, als er üblicherweise in der Politik gepflegt wird. Dann müssen Sie sehen: Ich war ja nicht immer Politiker. Ich kam erst mit über vierzig Jahren in diesen Betrieb. Ich kannte vorher das richtige Leben. Und ich war privilegiert, weil ich in meiner Partei immer unumstritten war. Ausserdem kann ich mich aber nicht selber charakterisieren, dann wäre ich ja derart ichbezogen, das wäre nicht auszuhalten.

Wenn Sie sich anhand von kulturellen Vorlieben charakterisieren müssten? Lieblingskomponist, Lieblingsfilm, Lieblingsautor?

Ich bin doch schwer konservativ diesbezüglich. Ich liebe Goethe, Schiller, den Faust finde ich geradezu fantastisch. Ich liebe Beethoven und Bach. Viele andere kommen hinzu, zum Beispiel Heine und die Brüder Mann, Wagner. Das sind nur die Deutschen. Es gibt auch viele in anderen Ländern, von Verdi über Mozart bis Bizet, von Shakespeare bis Hugo. Dürrenmatt dürfen wir auch nicht vergessen.

Woody Allen?

Nicht ganz mein Humor.

Wo würden Sie sich humormässig denn einordnen?

Den schönsten Humorfilm finde ich «Manche mögen's heiss» von Billy Wilder, einem Berliner.

Musik?

Disco-, Pop- und Rock-Musik – oder wie sagt man heute? – finde ich manchmal ganz ansprechend. Weihnachten begehe ich ganz klassisch mit Bach und Weihnachtsgans, Ostern mit einem tollen Frühstück, Ostereiern und Suchen. Komme dann aber immer wieder als Linker zurück.

Was ist heute Ihre wichtigste Priorität?

Es sind drei. Erstens: der Frieden. Zweitens: die soziale Frage. Drittens: mein Kampf für eine andere politische Kultur, für eine andere Toleranz. Ich möchte, dass die Linken fähig sind, eine Strasse nach Bismarck zu benennen, und ich möchte, dass die Konservativen fähig werden, eine Strasse nach Clara Zetkin zu benennen.

Sie streben nach Versöhnung der Deutschen untereinander.

Nicht Versöhnung. Wie die Franzosen: ein anderer Umgang mit der Geschichte, ausgeklammert die Jahre 1933 bis 1945. Ansonsten ist uns ein souveräner Umgang mit der eigenen Geschichte eher fremd. Wir beurteilen mittlerweile sogar einen Luther nach unseren heutigen moralischen Massstäben. Verrückt! Kann man mit dieser Geschichte wirklich ins Reine kommen? Es bleibt zutiefst mysteriös, wie es zu 1933 bis 1945 kommen konnte.

Richtig. Es ist sehr schwer. Man muss versuchen herauszufinden, wie so etwas entstehen, wie so etwas passieren kann. Das ist es, was ich an der Schweiz lobe: Sie hat sich im Kern nie darauf eingelassen. Ab und zu trifft man bei Volksentscheiden trotzdem merkwürdige Entscheide.

In den letzten 150 Jahren dürfte das Schweizervolk insgesamt doch vernünftiger abgestimmt haben als die angeblich genialen Eliten, Monarchen und Regierungen der Nachbarstaaten.

Das stimmt. Auch, aber nicht nur wegen der Schweizer ist mir die direkte Demokratie so wichtig.

Sie haben sich mal als Atheisten bezeichnet.

Ich bin nicht religiös, ich glaube an keinen Gott. Aber ich führe auch keinen Kampf gegen Religionen, die eine wichtige Aufgabe einnehmen können.

Wie möchten Sie in Erinnerung bleiben?

Kurzfassung: Er hat's versucht. Langfassung: Nach dem Scheitern der DDR und der SED und als Bestandteil des militant antikommunistischen Landes in Europa hat er einen Beitrag dazu geleistet, dass die Linke ein in der Gesellschaft akzeptierter Teil der Politik wurde. Mehr war nicht drin. ○



Band zerschnitten: der russische Präsident Putin auf einer Hausfassade in Sewastopol.

Der blinde Fleck des Westens

Der Beitrag der ehemaligen Moskau-Korrespondentin der ARD, Gabriele Krone-Schmalz, von letzter Woche zeugt von Ahnungslosigkeit gegenüber der Ukraine, einem grossen, geschichtsträchtigen Land, das schon viel erlitten hat. *Von Martin Schubarth*

Gabriele Krone-Schmalz war – ich kann mich gut erinnern – eine hervorragende Moskau-Berichterstatterin, allerdings vor 25 Jahren, grösstenteils zu Zeiten der alten Sowjetunion. Für Moskauer Korrespondenten existierte die Ukraine damals höchstens auf dem Papier. Mag sein, dass man gelegentlich Zeit für einen, in Sowjetzeiten überwachten Blitzbesuch in Kiew gefunden hat – für eine intensive Befassung mit der Ukraine, ihrer Geschichte, ihrer reichhaltigen Kultur, dafür reichte es nicht, ja fehlte auch jedes Interesse. Das spürt man bei der Lektüre des Artikels von Krone-Schmalz über das angeblich falsche Russlandbild des Westens (*Weltwoche* Nr. 20/14) in jeder Zeile.

Das falsche oder wohl genauer: das nicht existierende Ukrainebild der meisten Journalisten, die seit dem Beginn der Maidan-Proteste im November 2013 schnell mal nach Kiew jetteten, prägt seither einen erheblichen Teil der Be-

richterstattung in westlichen Medien. Da werden Leute in die Ukraine geschickt, die nichts verstehen von diesem grossen, geschichtsträchtigen Land. Sicher, es gibt Ausnahmen. Die NZZ hatte in den neunziger Jahren eine hervorragende Korrespondentin in Kiew – aus finanziellen Gründen wurde die Stelle aufgegeben, ein bedauerlicher und rückblickend gesehen wohl fehlerhafter Entscheid.

Im Jahre 2005 sagte mir in Kiew ein Freund – ein bedeutender Fotojournalist, dessen Werke bereits 1989 in der Schweiz ausgestellt wurden –, es gebe keine westlichen Korrespondenten in Kiew; Reuters berichtet aus Moskau und entsprechend moskautreuer. Kein Wunder, dass im Westen kein Ukrainebild entstehen konnte.

Immerhin bemühen sich einige Medien, diese Lücke durch den Beizug von wirklichen Kennern der Ukraine zu schliessen wie etwa von

Andreas Kappeler, dessen «Kleine Geschichte der Ukraine», ein Meisterwerk, Pflichtlektüre sein müsste für jeden, der sich seriös und nicht als hergelaufener Globetrotter mit der Ukraine beschäftigt. Oder von Timothy Snyder, dessen preisgekröntes Buch «Bloodlands – Europa zwischen Hitler und Stalin» deutlich macht, in welchem Ausmass die Last des Zweiten Weltkrieges die Ukraine getroffen hat, viel stärker als das weite Russland. Kiew wurde von den Nazis besetzt und erlebte zweimal, wie die Front über die Stadt rollte. Die Ukraine ist denn auch, was vielfach verschwiegen wird, Gründungsmitglied der Uno. Und zu erwähnen ist die heute weltweit bekannte ukrainische Schriftstellerin Oksana Sabuschko, zur sogenannten Tschernobyl-Generation gehörend, die sich teils scharfzüngig mit Politik, Geschichte und Kultur ihres Heimatlandes beschäftigt.



Agenten – in einer Zeit, in der die Bewohner der Ukraine in der Angst vor einem neuen Krieg leben –, über ein Russlandbild schreibt, ohne über ein sachkundiges Ukrainebild zu verfügen, schreibt an der Sache vorbei. Zum Russlandbild müsste auch gehören, dass in den russischen Medien, vor allem im staatlich gelenkten Fernsehen, seit Monaten eine für Ukrainer unerträgliche, mit Lügen gespickte Hasskampagne läuft – zwei baltische Staaten haben inzwischen diese Sendungen, weil sie elementare Menschenrechte verletzen, verboten – mit Verunglimpfungen sondergleichen, der viele Russen zu Unrecht Glauben schenken. Und er müsste, wenn er den hohen journalistischen Ansprüchen genügen will, die Frau Krone-Schmalz vertritt, sich mit der Frage befassen, was der Schock der Annexion für viele Bewohner der Krim bedeutet. Erwähnt sei nur, dass man für die Einreise in die Ukraine im Unterschied zu Russland kein Visum benötigt, die Krim also mit einem Schlag für viele weit schwieriger erreichbar ist.

Wenn Putin und seine Propagandaleute, die offenbar bei Goebbels in die Schule gegangen sind, die Ukrainer, die, wie bemerkt, derart unter den Faschisten gelitten haben, als Faschisten beschimpfen, dann ist das schlicht pervers. Und Journalisten, die die Ukraine mit dem Hinweis auf die Existenz der Swoboda-Partei verunglimpfen wollen, sind so dumm wie Leute, die Deutschland mit der NPD gleichsetzen.

Was hat die Hasskampagne und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim gebracht? Vor allem eines: Putin und damit auch die Moskauer orthodoxe Kirche haben die Ukraine verloren. Sie haben ein gemeinsames Band zerschnitten. Nehmen wir die grosskotzige Siegesparade, die Putin am 9. Mai dieses Jahres abgehalten hat; eine Geschichtsfälschung, da die Ukraine jetzt ausgeblendet werden musste. Es waren aber in einem grossen Ausmass ukrainische Soldaten, die zum Sieg über Hitlerdeutschland beigetragen haben. An diesem 9. Mai wurde das Schisma deutlich, das Putin auf dem Gewissen hat. Man kann des Endes des Zweiten Weltkrieges nicht gedenken, ohne die Ukraine einzubeziehen. Nebenbei: Auch die Krim wurde seinerzeit nicht von Katharina der Grossen, einer gebürtigen Deutschen, den Türken abgenommen, sondern – Bertold Brecht lässt grüssen

Zu einem sachkundigen Ukrainebild gehört auch die Beschäftigung mit der ukrainischen Sprache, ihrer Unterdrückung schon zur Zarenzeit (zum Beispiel Verbot, Kinder mit ukrainischen Namen zu taufen; Verbot von Kinderbüchern in der ukrainischen Sprache) und in der Zeit der kommunistischen Herrschaft (zum Beispiel Vorschrift, dass Dissertationen nur in russischer Sprache und nur in Moskau verteidigt werden dürfen), teilweise mit subtilen Mitteln: Lehrer der russischen Sprache waren besser bezahlt als ihre Kollegen, die die ukrainische Sprache unterrichteten.

Die organisierte Hungersnot

Zum Ukrainebild gehört auch das Trauma des Holodomor, der systematischen, im Westen damals verschwiegenen Ausrottung von Millionen von Ukrainern in den Jahren 1932 und 1933 durch eine organisierte, rücksichtslos herbeigeführte Hungersnot. Im moskautzentrierten Russlandbild findet dieser einem Völkermord ähnliche Vorgang keinen Platz. Der britische Historiker Robert Conquest hat im Buch «Ernte des Todes» eine ausführliche Darstellung des Holodomor gegeben.

Wer heute, nach der kriminellen Annexion der Krim und der seit Monaten inszenierten Infiltrierung der Ukraine durch russische

(«Was machten die Soldaten?») – vor allem von Saporoscher, also ukrainischen Kosaken.

Der vorliegende Text beruht unter anderem auf Eindrücken, die ich soeben anlässlich eines Aufenthaltes in der Ukraine gewonnen habe, aber auch und vor allem auf Kenntnissen über das Land, die ich in den letzten vierzig Jahren bei zahlreichen Aufenthalten erworben habe.

Es ist überfällig, dass sich die Putin-Versteher im Westen – sie führen sich teilweise wie Amateurtherapeuten auf – einmal in die Situation der Ukraine und ihrer fünfzig Millionen Einwohner versetzen. Und wenn schon Putin zu einer Ikone der Analyse gemacht wird, müsste doch auch die Frage aufgeworfen werden: Ist der Putin von heute noch der Putin, wie wir ihn in

Kiew wurde von den Nazis besetzt und erlebte zweimal, wie die Front über die Stadt rollte.

seiner ersten Präsidentschaft und teilweise noch als Ministerpräsident kennengelernt haben? Oder hat er sich massiv verändert und weshalb?

Dieses Imponiergehabe, das wir aus der tierischen Verhaltensforschung kennen, sein Posieren mit nacktem Oberkörper, sein Gesicht, möglicherweise Botox-behandelt, seine Veränderungen im privaten Umfeld (Scheidung und Verbindung mit einer dreissig Jahre jüngeren Sportlerin) – müssten sich unsere selbsternannten Therapeuten und Putin-Versteher nicht längstens mit diesen Gesichtspunkten, die vielleicht einiges erklären könnten, befassen? Und wenn Putin 300 russische Hofjournalisten, deren Namen teilweise geheim gehalten wurden, für ihre «objektive» Berichterstattung über die Okkupation der Krim mit grossen Orden für Verdienste vor dem Vaterland und der vierfachen Alterspension ausgestattet hat, müsste man – so einer meiner Gesprächspartner in Kiew – sich dann nicht auch fragen, ob sich Entsprechendes, aber natürlich bestens versteckt, im Westen abspielt?

Die Ukraine ist plötzlich in das Zentrum des Interesses gerückt, und dieses Land wird noch lange auf der politischen Agenda stehen. Die Zukunft Europas wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, Lösungen zu finden, die der historischen und sozialen Situation der Ukraine Rechnung tragen. Dafür ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Geschichte der Ukraine, ihrer Sprache und ihrer Kultur unabdingbar.

Und zum Schluss noch dies: Ein Russe reist in die USA ein. An der Grenze wird er gefragt: «Nationality?»; Antwort: «Russian»; «Occupation?», Antwort: «No, no occupation, only friendly visit».



Martin Schubarth ist Jurist und ehemaliger Bundesrichter. Er bereiste vor kurzem die Ukraine.

«Wir haben Ungarn erneuert»

Kein EU-Mitglied darf damit rechnen, dass ein anderes Land seine Schulden bezahlt. Ich bin davon überzeugt, dass die europäische Politik die einzelnen Nationen mehr schätzen und respektieren sollte.
*Ein Plädoyer des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán **

Zehn Jahre nach dem EU-Beitritt Ungarns gebührt dem Westen Dank, weil der Westen sich mit historischer Verantwortung dafür eingesetzt hat, dass die mitteleuropäischen Nationen der freien Welt beitreten können. Die Zeit hat gezeigt, dass der Beitritt der mitteleuropäischen Länder eine gemeinsame Erfolgsgeschichte ist. Ganz Europa wurde dadurch stärker, erfolgreicher, weil eben Mitteleuropa auch stärker wurde.

Heute ist Mitteleuropa keine Peripherie, kein Zwischeneuropa mehr, sondern eine geschätzte und erfolgreiche Region: weil man eine eigene Leistung erbringt und damit zum Erfolg Europas beiträgt. Wir sind nicht mehr weit davon entfernt, dass Mitteleuropa in der Tat die Mitte Europas wird und wir der Wachstumsmotor Europas werden können.

Um unsere historische Chance zu nutzen, mussten wir unsere eigene Arbeit erledigen. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems war die Überzeugung vorherrschend, dass das Kopieren der westlichen Politik unsere Probleme allesamt löst. «Wenn wir diesen Westen nachahmen, dann leben wir hier in Mitteleuropa am besten. Folgen und Adaptieren, das ist unsere Aufgabe», haben wir damals gedacht. Und dieser Gedanke kam uns ganz natürlich vor.

Dann hat sich von einem Moment auf den anderen alles geändert. Es kam die Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Da sind wir Ungarn als Erste in Europa zusammengebrochen. Wir haben damals gelernt, dass unser Finanzsystem, welches auf Nachahmung aufgebaut ist, nicht belastbar ist. Wir haben gesehen, dass auch die Euro-Zone erschüttert wurde. Und konnten und können Tag für Tag sehen, dass der Anteil der europäischen Wirtschaft im Welthandel, in der Weltwirtschaft rückläufig ist und der europäische Einfluss auf die Weltpolitik ebenfalls abnimmt. Nach 2008 mussten wir in Mitteleuropa unseren eigenen Verstand und unseren eigenen Mut hervorholen, um eigene Antworten auf die Krise zu finden.

Die Geschichte Ungarns hat sich glücklich entwickelt. Bei den Wahlen 2010 gab es ein entsprechendes politisches Mandat, eigene Lösungen vorzutragen und mit eigenen Lösungen unser Land aus den Schwierigkeiten herauszuholen. Heute sehen wir, dass dies ein erfolgreicher Weg sein kann. Heute kann ich Ihnen sagen: Wir haben Ungarn erneuert in den letzten Jahren. Unser Land wurde gestärkt. Die EU-Rhetorik liebt das Wort «Re-

form». «Strukturreform» ist ein sehr populärer Ausdruck. Aber das, was bei uns geschah, ist viel mehr als eine Reform. Es ist eine Erneuerung, wir haben eine neue Verfassung, ein neues Strafgesetzbuch, ein neues bürgerliches Gesetzbuch, ein neues Arbeitsgesetzbuch und auch eine neue Wirtschaftspolitik.

In den letzten vier Jahren gab es tiefe Umwälzungen. Dank diesen konnten wir eine neue Periode, eine neue Epoche beginnen. Vor zehn Jahren verlangten wir vom Westen, dass er Mitteleuropa dabei unterstützt, Westeuropa beizutreten, die Wiedervereinigung Europas herbeizuführen. Heute erwarten wir vom Westen, dass er akzeptiert, dass wir nicht nur Ratsuchende sind, wenn es um westliche Lösungen geht.

Mitteleuropa und Ungarn haben eigene Vorschläge und eigene Angebote für Gesamteuropa. Wir erwarten, dass der Westen akzeptiert, was wir vertreten. Wir sollten aufgrund der Leistung und der Ergebnisse qualifiziert werden.

Wir bereiten uns auf europäische Wahlen vor. Da muss man sich an der Realität messen. Wir sehen, dass Europa voll von Ängsten und Befürchtungen ist. Die politischen Führungen haben Angst vor den neuen Kräften, die sich an der Basis der Gesellschaft formieren. Hier gibt es einige sehr wichtige Probleme, über die wir uns Klarheit verschaffen sollten.

«In Europa werden wir nur dann stark, wenn alle arbeiten können, die es wollen.»

Die erste grosse, wichtige Frage, die auch die Zukunft Europas betrifft, lautet: Können wir in Europa vom Geld anderer leben? Jeder Euro, den wir ausgeben, muss irgendwann verdient werden. Dafür muss gearbeitet und die Schulden müssen zurückbezahlt werden. Deshalb muss jeder Mitgliedstaat die eigenen Hausaufgabe wahrnehmen, und keiner sollte darauf hoffen, dass mit dem Geld anderer die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden. Deshalb hat Ungarn vorzeitig den IWF-Kredit zurückbezahlt und eine Schuldenbremse in der Verfassung eingeführt. Darum bauen wir die Staatsverschuldung ab und lassen das Budget nicht über das europäische Niveau steigen. Die eigene Verfassung verbietet das auch.

Die zweite Frage, der wir uns stellen müssen, ist die der Demografie: Können mit massenhafter Einwanderung die demografischen Probleme Europas gelöst werden? Die Ge-

schichte zeigt, dass die Zivilisationen, die sich von selbst nicht erhalten können, verschwinden werden. Die massenhafte Einwanderung, die von vielen als eine Medizin gesehen wird, führt zu grossen Spannungen. Wegen der kulturellen und religiösen Unterschiede können Konflikte und Gegenbewegungen entstehen. Deshalb sollte man vernünftig sein und eine natürliche Lösung der demografischen Probleme vorziehen, die Familie und die Kindererziehung belohnen. Aus diesem Grund haben wir in Ungarn ein Steuersystem eingeführt, welches die Familien begünstigt.

Das Christentum ist auch eine Kultur

Die meisten Europäer sind an ihre Nation gebunden. Nach dem Beitritt Mitteleuropas zur Union wurde dieses Gefühl noch verstärkt, weil sehr stolze Staaten der EU beigetreten sind. Und deshalb kann man die nationale Identität nicht einfach verwerfen, man kann den Völkern nicht den Nationalstolz nehmen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass in Zukunft die europäische Politik die einzelnen Nationen mehr schätzen und respektieren sollte.

Das nationale Gefühl schwächt Europa nicht, sondern stärkt Europa, welches aus Nationen besteht. Für viele Europäer bedeutet es eine Wunde in ihrem Herzen, dass die christlichen Wurzeln, die christliche Auffassung in den Institutionen der Europäischen Union nicht ausreichend anerkannt werden. Das Christentum ist nicht nur eine Religion, sondern auch eine Kultur, auf die wir die Zivilisation aufgebaut haben. Das ist keine Frage der Wahl, das ist eine Frage von Tatsachen.

Wenn man das Gefühl hat, dass die europäische Politik gegen die eigenen Wurzeln kämpft, wenn wir uns schämen, zuzugeben, dass wir ein christlicher Kontinent sind, dann werden wir das Lager derer stärken, welche die europäische Kultur und die Europäische Union verfremden. Deshalb müssen wir in der gemeinsamen Sicherheitspolitik mehr tun, um die christlichen Gemeinschaften ausserhalb Europas zu schützen.

Nun kommt zu dieser sehr schwierigen Frage eine weitere. Die Frage der Familie, die Frage der Männer und Frauen. Es gibt viele in Europa, die sich für eine christliche Auffassung in der Familie einsetzen. Ich sage nicht, dass es nicht andere Lebensformen geben soll, zum Beispiel dass gleichgeschlechtliche Partner zusammenleben oder andere alternative Möglichkeiten. Aber es geht darum, dass es im



«Das nationale Gefühl schwächt Europa nicht»: ungarischer Ministerpräsident Orbán.

christlichen Europa eine Form der Beziehung gibt, bei der ein Mann und eine Frau zusammenleben. Die meisten Europäer schätzen diese Form des Zusammenlebens. Wir akzeptieren nicht, dass man diesen Begriff relativiert und sich diesem oft sogar ironisch nähert. Deshalb haben wir zum Schutz der Familie in Ungarn ein eigenes Gesetz verabschiedet.

Schliesslich sagt der gesunde Menschenverstand, dass Europa nur auf der Basis von Arbeit glücklich werden kann. Deshalb sollte Europa

nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeit unterstützen. Ich denke, dass die meisten Europäer es schätzen, wenn man ihnen sagt, dass man anstatt der Arbeitslosenhilfe Arbeit braucht. Dafür müssen wir auch den Respekt für die manuelle Arbeit wiederfinden. In Europa werden wir nur dann stark, wenn alle arbeiten können, die es wollen. Und wenn man nicht allen auf privatwirtschaftlicher Basis eine Arbeit geben kann, dann muss der Staat einspringen und dafür sorgen, dass Vollbeschäftigung

entsteht. In Ungarn gibt es dieses System. Wir haben die Arbeitslosenhilfe von neun auf drei Monate reduziert. Und wir wollen erreichen, dass der Staat im nächsten Jahr allen Menschen eine Arbeit anbieten kann.

Wie stark sind unsere Dämme?

Und noch ein wirtschaftlicher Gedanke: Die europäische Wirtschaft hat schwerwiegende Wettbewerbsprobleme. Gegenüber den USA schneiden wir bei fast allen Faktoren schlechter ab und gegenüber Asien bei den meisten: Lohnkosten, Flexibilität, Energiekosten, Zugang zu billiger Finanzierung, Stabilität bei den Regelungen und überhaupt das Umfeld der Unternehmen. Ich denke, am wichtigsten ist hier die Frage des Energiepreises. Das heutige System verurteilt uns dazu, zu verlieren. Ich bin überzeugt, dass in Zukunft in Europa die Preise für Energie radikal reduziert werden müssen.

«Das, was in Mitteleuropa oder in Ungarn passiert, sollte studiert werden. Es lohnt sich.»

Wir in Ungarn haben eine Politik entwickelt, die auf den erwähnten Punkten aufbaut. Es ist eine innovative Politik, welche auch zu Diskursen führte. Aber ich möchte dazu sagen, dass wir nicht nur wirtschaftliche Erfolge erzielt haben, sondern auch politische. Bei den Parlamentswahlen vor einem Monat hat die europäische Mitte in Ungarn wieder einmal gesiegt. Nicht die Extremisten, weder die linken noch die rechten, sondern die Mitte hat den Auftrag bekommen weiterzuarbeiten. Natürlich gibt es bei uns auch Extremisten, linke und rechte. Aber in Ungarn hat die Mitte eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Wir wissen, der Wasserstand ist unterschiedlich. Deshalb zählt in der Politik nie die Frage, wie hoch der Wasserstand gerade ist, zum Beispiel bei den Extremisten. Die Frage lautet: Wie stark sind unsere Dämme? In Ungarn geht es darum, dass wir auf die europäische Zusammenarbeit und auf den Respekt vor dem Menschen setzen. So haben wir hohe Dämme gebaut, und deshalb ist Ungarn stabil geblieben.

Ich sage nicht, dass das, was Ungarn oder Mitteleuropa macht, unbedingt nachgeahmt werden soll. So mutig bin ich noch nicht, so weit will ich gar nicht gehen. Aber was ich behaupten kann, ist: Das, was in Mitteleuropa oder in Ungarn passiert, sollte studiert werden. Es lohnt sich, und man sollte akzeptieren, dass Mitteleuropa diskussionsfähige und ernstzunehmende Vorschläge hat für die Zukunft Europas.

*Der hier vorliegende Text ist die leicht gekürzte Version der Rede, die Orbán am 8. Mai 2014 am WDR Europaforum in Berlin gehalten hat.

Im Valley

Nur wenige Menschen können präzise erklären, wie krank die moderne Gesellschaft wirklich ist. Gehört vielleicht der Kalifornier Mark Spiegler dazu, Superagent der Porno-Industrie?

Von Tom Kummer



«Der feine Unterschied»: Filmset im San Fernando Valley.

Mark ist ein übergewichtiger Mann mit ungesunder Haut, schütterem Haar, nervösen Augen, manchmal schnalzt er unzufrieden mit den Zähnen – sieht so der Prototyp des modernen Pornografen mittleren Alters aus? –, den Blick ständig auf einen Bildschirm gerichtet, eine Hand auf der Tastatur, die andere zwischen den Beinen.

Seine Mädchen nennt er Spiegler-Girls – in der Branche repräsentieren sie *glam porn*, ein angestaubtes Markenzeichen aus Los Angeles: Sex in Stretchlimousinen, unter Palmen, mit Champagnerflaschen, Unterwäsche *by Victoria's Secret*.

An der Wand hinter seinem Schreibtisch hängen Nacktbilder von Klientinnen oder solchen, die es mal waren: Asa Akira, Skin Diamond, Lea Lexis und die legendäre Sasha Grey, spezialisiert auf harten Oralsex, im Branchenjargon *throat fucking* genannt – das passiert, wenn ein Mädchen gegen den Würgereflex ankämpft, mit panisch aufgerissenen Augen und zerfliessender Mascara.

Doch der Pornobranche in Los Angeles geht es nicht gut. Der Gratisstoff im Internet mit raubkopierten Clips hat das Geschäftsmodell der klassischen DVD-Pornoindustrie längst unterwandert. Das hat zu einer neuen Aggressivität geführt: *Gonzo porn* heisst der angesagte Trend. Dem Wortsinn nach «exzentrische» Pornografie, Filme ohne die Andeutung einer Handlung neben dem Akt selbst, geprägt von Praktiken, die die Grenzen des Erträglichen verschieben.

Aus gutem Haus, selbstbewusst, stolz

Der Superagent im Tal der Pornos macht es sich jetzt auf einem Bürostuhl bequem, starrt das iPad an. Seine Agentur ist Teil einer muffigen Vierzimmerwohnung am westlichen Ende des San Fernando Valley: Tal der Pornos und glanzloses Hinterland von Hollywood, berühmt aus Filmen wie «Chinatown» und «E.T.», berüchtigt für Millionen Pornosequenzen, die von mehr Menschen auf der Welt gesehen werden als alles, was Steven Spielberg je gedreht hat.

Laut Schätzungen erwirtschaftet «Porn Valley» jährlich 87 Prozent des weltweiten Umsatzes mit Pornografie von 98 Milliarden Dollar. Sechzig bis achtzig Millionen Amerikaner schauen sich Pornos auf dem Internet regelmässig an. Aber das ist erst der Anfang. Im islamischen Raum bricht der Suchbegriff Pornografie sämtliche Benutzerrekorde. Google-Statistiken bestätigen, dass keine andere Region grösseres Interesse an der Suche nach pornografischen Stoffen zeigt als die muslimischer Nutzer. Pakistan gilt dabei als Spitzenreiter (siehe Tabelle, Seite 53).

Mark Spiegler schmatzt mal wieder. Er schiebt sein iPad in meine Richtung: «Schau dir diese Deutsche an, sass gestern noch auf der gleichen Couch, auf der du jetzt sitzt. Erzählte mir, dass sie an der University of California Psychologie



«Ist das so schlimm?»: Produzent Spiegler, Darstellerinnen.

studiert und dringend Kohle braucht. Ich mochte sie, hab ihr sofort einen lockeren Einstiegsjob angeboten: einfach ein bisschen Analficken. Und was sehe ich jetzt ...» Er dreht das iPad wieder weg und grinst. Ich lache nicht. «Come on, cheer up, es ist schliesslich nicht deine Tochter.» Es ist auf Beastyporn.com aufgeschaltet. «Solche Videos werden allein in China 50 000-mal pro Stunde angeklickt ...», behauptet Mark. Verlässliche Statistiken sind rar. Nach Angaben von Google ist es im islamischen Raum Pakistan, wo Tiersex-Websites am eifrigsten frequentiert werden.

Mark Spiegler kaut an seinen Fingernägeln: «Versaute Jobs vermittele ich nicht. Das hat sich die süsse Deutsche selbst reingezogen, bitch!» Beim Vorstellungsgespräch habe sie sich als «Charlotte» ausgegeben. Neunzehn Jahre alt, aus gutem Haus, superselbstbewusst, extrem stolz auf ihre Sexiness; sie habe sich bereits verschiedene Pseudonyme zugelegt und hofft so, das System zu besiegen: Porno als Sprungbrett für eine Hollywoodkarriere.

«Ich habe ihr gesagt: «Als Spiegler-Girl kennt man dich nur unter einem glamourösen Namen, so was wie Bonnie Rotten, Penny Pax oder Jessie Volt.» Meine Girls sind das Feinste, was unsere Branche zu bieten hat. Und ich habe ihr die absolute Wahrheit gesagt: «Wenn du dich erstmals vor der Kamera an einem Schwanz verschluckst, werden alle auf dich abfahren: Politiker, CEOs, Tiger Woods, Familienväter. Doch wenn du auf eigene Faust versaute Dinge machst wie auf Beastyporn.com, dann bist du kein Spiegler-Girl mehr. Dann lasse ich dich fallen. Das ist der feine Unterschied ...»

Zum ersten Mal unterbreche ich: «Sorry, Mark, was heisst eigentlich versaut?»

Stille.

Mark kaut jetzt ein bisschen an seinen Fingernägeln.

«Versaut ... versaut ist auch immer ein bisschen krank.»

Stille. Es ist eine Stille wie im Hörsaal. Szenenwechsel: University of Southern California, Downtown Los Angeles, zehn Kilometer Luftlinie sind es bis zum Tal der Pornos. Dr. Con-

Vor vierzig Jahren glaubten die Achtundsechziger an Überschreitung und Subversion.

stance Penley, eine der renommiertesten Wissenschaftlerinnen im Feld der «Porn Studies», steht als Gastreferentin am Rednerpult des USC Dornsife College for Letters, Arts and Sciences. Sie gleicht ein bisschen der Performancekünstlerin Laurie Anderson, manchmal trägt sie das Haar rostrot, dann wieder blond. Der Hörsaal ist voll wie selten. Penley hat einen Lehrstuhl an der UC Santa Barbara und ist einer der ersten Menschen, die sich jemals wissenschaftlich mit kulturellen Phänomenen wie Fan-Fiction, Selfie-Kultur oder Pornos auseinandergesetzt haben.

Intellektueller Anspruch

Ganz vorne beim Rednerpult sitzen jetzt Studentinnen in superengen Hotpants und in T-Shirts, auf denen «Porno Adorno» steht. Es soll den intellektuellen Anspruch symbolisieren, mit der hier ein gesellschaftlich tabuisiertes Thema behandelt wird. Gerade geht es um einen Eigenversuch: USC-Studentinnen haben Undercoverjobs in der Gonzo-Pornobranche angenommen. Dr. Constance Penley findet das nicht so cool. Und dann legt sie los: «Nur wenige Menschen können erklären, wie krank die mo-

derne Gesellschaft wirklich ist. Aber es ist eine Krankheit, mit der wir leben müssen, wie mit Aids. Die Pornoästhetik ist überall, sie ist an der Macht, und die moderne Gesellschaft ist von ihren Zeichen überschwemmt. *Porn sells!* Sex war gestern. Vor vierzig Jahren glaubten die Achtundsechziger an Überschreitung und Subversion. Heute ist die Pornoästhetik die Konkubine des Kapitalismus – nichts lässt sich an den Mann bringen ohne das Bild der jungen Frau mit verschmierter Schminke, *oversexed, overfucked*. Pamela Anderson, Paris Hilton, Kim Kardashian und die vielen anderen wurden schliesslich erst richtig berühmt, weil sie einen Pornofilm von sich irgendwo «vergessen» hatten. Damit wurden sie unantastbar, wie Aussätzige. Aber genau das macht den Erfolg aus. Unantastbarkeit. Selbst Uhren, Autos und Käse verkaufen sich so besser. Pornoästhetik macht die Warenwelt geil. Porno ist wahre Freiheit ohne Revolution. Oder habt ihr vielleicht ein Problem damit?»

Ja, das hat Dr. Penley, und wie. Der Skandal dieses neuen pornografischen Blicks, der in allem steckt und überall zugänglich ist, liegt darin, dass er auch auf unsere Kinder gerichtet ist. Aufgrund des Internets sind Pornos freier und zahlreicher verfügbar als jemals zuvor. Gleichzeitig greifen immer jüngere Kinder darauf zu. Das Durchschnittsalter, in dem ein Kind sich heutzutage zum ersten Mal einen Porno im Internet ansieht, ist elf. Voriges Jahr hat die Studie einer US-Internet-Sicherheitsfirma gezeigt, dass der vierthäufigste Suchbegriff von Siebenjährigen *porn* ist nach Facebook, Youtube und Google.

«Automatisch zur Celebrity»

Es wird jetzt still im Hörsaal. Sehr still. Man hört ein leichtes Stöhnen. Eine USC-Studentin im witzigen USC-Cheerleader-Minirock und in darunter gut sichtbarer Unterwäsche von Agent Provocateur macht sich Notizen auf ihrem iPad. Es ist eine Generation von Zwanzigjährigen, die mit der verschwommenen Grenze zwischen Pop und Pornografie aufgewachsen sind. Was sagte Britney Spears kürzlich in ihrem Song: «Talk dirty to me ...» Der Stoff heisst *porn pop*, jenes Zeichensystem, dessen sich Lady Gaga, Britney Spears, Christina Aguilera oder Miley Cyrus bedienen. Oder Pimp-Rapper wie Snoop Dogg, Ice-T, 50 Cent oder R. Kelly, die in ihrer Nebentätigkeit als Pornofilmproduzenten nicht minder erfolgreich sind und für ihre *sex tapes* auch mal USC-Studentinnen rekrutieren. «Wir sind eine pornografische Gesellschaft geworden», ruft jetzt die Professorin laut in den Hörsaal. «Eine entfesselte Gesellschaft ...» Es wird jetzt noch stiller im Saal.

Die Stille ist überall. Sie dringt bis ins Büro des Porno-Agenten vor. Mark Spiegler kaut noch immer an seinen Fingernägeln, als er die Stille unterbricht und stolz erwähnt, dass auf jenem Sofa, auf dem ich jetzt sitze, schon Hunderte Mädchen gesessen hätten. Pro Jahr kommen schätzungsweise

hunderttausend, um es in Hollywood zu schaffen. Zu Hause waren sie Stars, sie waren schlagfertig oder komisch, talentiert und sexy. Bei ihrem Eintreffen in Los Angeles stossen sie zu den hunderttausend, die im Vorjahr gekommen sind. Das ist natürlich ein bisschen ernüchternd. Wer also bei Mark Spiegler auf der Couch landet, der hat eine ziemlich kalkulierte Karriere-Entscheidung gefällt. Vorbei seien die Zeiten, als die Mitarbeit in Pornos einer gesellschaftlichen Ächtung gleichkam. Sie kommen zu Mark, um vor einer Kamera zu ficken, zu lutschen und zu stöhnen. Sie kommen wegen Praktiken wie *poolside, snowballing, bodystocking, creampie, piledriving*. «Die ganz jungen Dinger sagen, es mache ihnen einfach verdammt viel Spass – die Gewissheit, dass sie millionenfach angeklickt werden, verwandle sie automatisch zur Celebrity. Einziges Problem: Es gibt für zwei Stunden Dreharbeiten mit Analverkehr bloss noch 800 Dollar, vor zehn Jahren war es das Doppelte ...»

Dass den meisten Mädchen Ruhm, Geld und ein zufriedenes Leben verwehrt bleiben, weil es Tag um Tag nur sinnlosen, lieblosen, öden Sex gibt, davon mag Mark jetzt nicht wirklich sprechen. Und was ist mit den Mädchen, die Mark verklagten, weil sie behaupten, er habe auf dieser Couch, auf der ich jetzt sitze, Blowjobs im Tausch für bessere Jobs verlangt?

«Das Gericht hat mich zu 80 000 Dollar Strafe verbrummt. Na und? Kann schon passieren, wenn ich ein neues Mädchen ausmesse und eine Datei anlege. Ich gehe dann in mein Schlafzimmer, mache dort zwei Fotos, eins von vorn, eins von hinten. Ich notiere, wozu die Mädchen bereit sind: *double penetration, anal, interracial*. Und manchmal frage ich halt, ob sie mir noch einen bläst. Ist das so schlimm?»

Mark öffnet jetzt kurz das Fenster. Es ist stickig geworden in seinem Büro. Er hat mir eine alte Landkarte des Automobilklubs AAA geschenkt, auf der gut 150 Pornostudios im San Fernando Valley markiert sind. Vor zehn Jahren waren es noch 300. Es ist ein traurig-schöner Moment. Spiegler hat jetzt glasige Augen, während er über das Tal in Richtung Osten starrt. Er



«Bleib dran, wir kommen in einen Tunnel.»



«Methode perfektioniert»: Unternehmer Hirsch.

blickt aus dem Fenster, raucht eine Zigarette der Marke Cool und bläst den Rauch ins Nichts.

Seine Karte ist hilfreich. Das San Fernando Valley ist eine Schuhschachtel-Landschaft mit Einfamilienhäusern, Pools, billigen Motels und Lagerhallen, die sich über eine endlose, meist unter einem fleckigen Tuch von Dunst liegende Ebene ausbreitet. Man kann hinter dieser monotonen Landschaft eine Umkehrung des amerikanischen Traums erkennen oder auch die Coolness des poetisch-glamourisierten Grauens, wie sie uns in «Boogie Nights», dem besten Film über die Pornoindustrie von Paul Thomas Anderson, präsentiert wurde. Mit halb nostalgischer, halb ironischer Unverschämtheit hat «Boogie Nights» deren heimlicher Horror wie deren entschwundener Siebziger-Jahre-Glanz noch einmal heraufbeschworen. Aber das ist alles lange her.

Prähistorischer Bernstein

Heute herrscht im Tal ein ganz anderer Horror. Wir gleiten langsam an schäbigen Lagerhallen und Motels vorbei, wo Pornodarsteller in der Krise mit ihrem Hab und Gut untergekommen sind, an Einfamilienhäusern mit Pools vorbei, die man für 300 Dollar pro Drehtag mieten kann und wo nach Schätzungen des Pornobrandendienstes AVG wöchentlich mehr als 400 Pornos gedreht werden. Es sind auffällig fensterlose Lagerhäuser, verschwiegene Filmstudios, die man mit wilder Fantasie umkreisen könnte, gäbe es da nicht die nackte Realität:

Der Pornobranche fällt kein Gegenmittel gegen die Gratisstreamer im Internet mehr ein, nur die bedingungslose Aggression: *Gonzo porn*. Das ist der Trend. Doch *Gonzo porn* und klassische Pornografie made in L. A. – das ist ein Unterschied wie zwischen Schwergewichtsbögen und Fangenspielen. Bei *Gonzo* sind Verletzungen die Regel. Die Adult Industry Medical Health Care Foundation hat sie zusammengetragen: Risse im Gewebe der Vagina, des Halses, des Anus, man könnte diese Aufzählung endlos verlängern.

Die Fahrt durch den immer gespenstischeren Dunst im Tal der Pornos muss trotzdem weitergehen. Wie viele Augenpaare täglich weltweit mit Pornobildern gefüttert werden, ist nicht ganz eindeutig zu beziffern. Youporn, den

Giganten im Netz, klicken täglich fünfzehn Millionen Finger an. «Tendenz steigend», vermeldet der Internetbranchendienst Alexa. *Gonzo porn* ist kein flüchtiger Trend, kein Produkt aus einer Nische. *Gonzo porn* ist das Fundament, auf dem jetzt das Pornogeschäft im Tal der Pornos ruht.

Wir erreichen den Osten des San Fernando Valley. Es sind die Studios von Universal, NBC, Disney – der ganze Glanz des alten, braven Hollywood. Und mittendrin, im fünfzehnten Stock eines Büroturms in Burbank, steht der Chef von Vivid Entertainment, «The King of Porn», Steven Hirsch, 45, Erfinder des sogenannten *celebrity sex tape*: Darauf sind Berühmtheiten zu sehen, die sich beim Sex selbst filmen – und das Endprodukt dann mit dem Klamauk eines kalkulierten Skandals veröffentlichen.

Hirsch hat diese Methode perfektioniert. Er steht jetzt hinter einer getönten Fensterfront und starrt über den gespenstischen Dunst im Tal. Immer öfter nimmt er sich diese kleinen Verschnaufpausen, möchte dann mit dem fremden Gast bloss noch über sein braves Familien-

Er kleidet sich gerne wie ein klassischer Studioboss im alten Hollywood.

leben am anderen Ende des Tales und über sein grosses Hobby reden: das Sammeln von prähistorischem Bernstein. Hirsch zerbricht sich seit Jahren den Kopf, was gegen den *free stuff* und gegen *Gonzo porn* zu tun ist, und seither spricht er fast nur noch mit Anwälten – wegen seiner erfolgreichsten Antwort: endlose Serien von *celebrity sex tapes*. Alles begann in den neunziger Jahren mit Pamela Anderson und Tommy Lee, dann folgten Paris Hilton und Rick Salomon, Kim Kardashian und Ray J – eine Endlosschleife, die sich immer erfolgreicher fortsetzt. Porno im Stil von Steven Hirsch produziert Hollywoodgehälter. Ein Vivid-Girl wie Montana Fishburne, Tochter des Hollywoodschauspielers Laurence Fishburne, bekannt aus «Matrix», hat eine private Website mit beschränktem Zugang und di-

Die meisten Hits in Pakistan

Wer mit Google am häufigsten nach dem Wort «Sex» sucht:

1. Pakistan
2. Ägypten
3. Iran
4. Vietnam
5. Indien
6. Indonesien
7. Saudi-Arabien
8. Türkei
9. Polen
10. Rumänien

Wer mit Google am häufigsten nach Begriffen der Zoophilie (Sex mit Tieren) sucht (*Zahl = Rang*):

- Sex mit Tieren:** Pakistan (1), Indien (2), Papaneuguinea (3)
- Sex mit Schweinen:** Pakistan (1), Indien (2), Ägypten (3)
- Sex mit Eseln:** Äthiopien (1), Pakistan (2), Kenia (3)
- Sex mit Hunden:** Pakistan (1), Kambodscha (2), Indien (3)
- Sex mit Pferden:** Pakistan (1), Äthiopien (2), Bangladesch (3)
- Sex mit Kühen:** Bangladesch (1), Pakistan (2), Sri Lanka (3)
- Sex mit Katzen:** Vietnam (1), Pakistan (2), Sri Lanka (3)
- Sex mit Ziegen:** Pakistan (1), Indien (2), Australien (3)
- Sex mit Schlangen:** Bangladesch (1), Pakistan (2), Indien (3)

verse unter seinem Namen laufende Produkte wie DVDs, Dildos, Vibratoren oder Sexpuppen – und verdient damit Millionen pro Jahr.

Hirsch verkörpert den klassischen Porno-unternehmer. Er hat seinen persönlichen Fetisch in den achtziger Jahren in ein Geschäft verwandelt: Aus dem Abgrund, den er in sich entdeckt, wird ein Video. Doch dieses Geschäftsmodell ist am Wanken. Wo der klassische Pornofilmers bloss an Dildos und Blowjobs denkt, hirnt heute irgendwo auf der Welt ein Porno-Nerd mit Kapuzenjacke über belastbare Internetverbindungen nach, die jede noch so brutale Kindersexszene der Welt auf jeden Computer der Welt übertragen können. Es sind anonym operierende Computerfreaks und Investoren – die Generation der Zwanzig- und Dreissigjährigen –, die den ruinösen Wettlauf mit dem bestialischen Gonzo-Stoff anheizen, denen die klassischen DVD-Pornounternehmer wie Hirsch nicht gewachsen sind.

Die jungen Programmierer verstreuen auf ihren werbefinanzierten Seiten Raubkopien in die ganze Welt. Es sind verschachtelte Internetgebilde, mit Portalnamen wie Pornhub, Brazzers, Mofos, XHamster, Poopee-Girls und so weiter, die den Markt erschüttert haben, und addiert man die Klicks, die auf diesen Porno-Sites zusammenkommen, dann sind es viele Milliarden pro Jahr – eine Grössenordnung wie bei den Giganten Facebook oder Google.

Hirsch wirkt jetzt wie ein Fossil der guten alten Sexiness. Er kleidet sich gerne wie ein klassischer Studioboss im alten Hollywood, dem von Louis B. Mayer, MGM oder Rita Hayworth, als Stars noch den Studios gehörten und unterwürdig gehorchten. Sein Geschäftsmodell basiert auf dem Erfolgsrezept der alten Studios: Kameramänner, Beleuchter, Schauspieler, Techniker, Make-up-Artisten sind alle vertraglich an sein Unternehmen gebunden. Sogar einen Porno-Superstar hatte Hirsch in den neunziger Jahren mit Jenna Jameson geschaffen. Alles lief wie geschmiert. Die Produktion eines noblen Pornos in feiner DVD-Verpackung von Vivid dauerte durchschnittlich drei Tage und kostete zwischen 50 000 und 300 000 Dollar (heute selten mehr als 20 000 Dollar), etwa achtzig Filme wer-

den jährlich produziert. Die DVD kostet dann im Laden \$ 29.90.

Dieses Geschäftsmodell wankt. Vivid schreibt heute zwar immer noch gute Zahlen mit Jahreseinnahmen von ungefähr 100 Millionen Dollar. Doch diese Einnahmen kommen nur noch zu dreissig Prozent vom regulären DVD-Verkauf. Vivid überlebt dank 60 000 Abonnenten, die monatlich 30 Dollar für Vivid.com hinblättern – und dem florierenden Geschäft mit den *celebrity sex tapes*. Und länger mag Hirsch jetzt eigentlich nicht mehr über Zahlen reden.

Lieber möchte er verstehen, was im Kopf der Pornoextremisten vorgeht, die sein Geschäft vermiesen – deren Verständnis von Sex und Technologie kapieren, als ob Steven Hirsch nur noch ganz selten die Aussenwelt und den Dunst über «Porn Valley» verlassen würde.

Also erzähle ich ihm von den Vorlesungen der Porno-Professorin. Und vom Albtraum des amerikanischen Mannes: von subtilen Sexbomben mit Staatsexamen.

«Und die Jungs?», fragt Hirsch fast schon vorsichtig?

Der Staat soll einschreiten

Der Zwang zum Sex-Appeal hat alle erfasst – auch die Männer. Viele sind verunsichert und flüchten ins Internet. Die anderen machen das, was Amerikaner immer gut konnten: zurückschlagen! Und zwar eine Drehung härter. Gutaussehende USC-Studenten mit strahlend weissen Zähnen machen auf Pornostar Rocco Siffredi, mit perfektem Sixpack und sicherem Gespür für ihren Marktwert. Sie geniessen die weibliche Aufmerksamkeit und vögeln, was das Zeug hält – Gonzo-Style.

Hirsch schüttelt den Kopf, als ob er sich gerade mal wieder fragen würde: «Was ist das eigentlich, Gonzo?» Was können wir gegen den Porno-Extremismus tun? Christliche Werte wiederentdecken? Oder auf Kuschelpartys gehen? Asexuell werden? Multisexuell? Oder etwa doch die richtige Liebe wagen?

Hirsch grinst. Es gibt Hoffnung: Die moderne Gesellschaft wird immer kränker. Und sie wird das Geheimnis Pornografie nie in den Griff bekommen. Das ist gut fürs Geschäft. Alle tanzen weiter ums Goldene Kalb der Sexiness, des guten Looks und immer öfter: der Porno-ästhetik. Trotzdem hofft Hirsch, dass der Staat einschreitet. Er fordert rechtliche Konsequenzen. Dann werde das Geschäft mit der verdammten Porno-Piraterie wieder in die «Normalität» zurückgeführt.

Normalität? Meint er damit etwa: seine Sorte *Glam porn* aus dem gespenstischen Gonzo-Dunst zurückführen, der wie ein Leichentuch vom Pazifischen Ozean über die Malibu Mountains schwebt und wochenlang das San Fernando Valley abdeckt?

Dabei habe ich ganz vergessen zu erwähnen: Es soll hier im Tal der Pornos Bewohner geben, die noch nie das Meer gesehen haben. ○



Nie in Internet-Experimente investiert: Verleger Triner.

Überleben in der Todeszone

Mittelgrosse Tageszeitungen seien zum Tode verurteilt, sagen die meisten Medienfachleute und verweisen auf zahlreiche Beispiele: *Landbote*, *Thurgauer Zeitung*, *Basellandschaftliche Zeitung*. Der Innerschweizer Verleger Hugo Triner beweist, dass es auch anders geht. Von Karl Lüönd und Dominic Büttner (Bild)

Der *Bote der Urschweiz* ist, wie er heisst: ein Lokalblatt für den inneren Kantonsteil von Schwyz, allgegenwärtig, politisch ausgewogen, gemässigt, aber durchaus meinungs-freudig. Sein Besitzer in vierter Generation, der promovierte Ökonom Hugo Triner, hat sein Blatt planmässig in die vermeintliche Todeszone der kleinen und mittleren Tageszeitungen geführt. Er hat damit auf der ganzen Linie Erfolg gehabt und ist selbständig geblieben. Sein Credo lautete immer: «Der *Bote* muss unentbehrlich sein, also durfte er keine Zweitzeitung bleiben.» Die Auflage beträgt 16 700 Exemplare, Tendenz leicht steigend. Die Reichweite im Kerngebiet beträgt annähernd 70 Prozent, ein Traumwert!

Ursprünglich war es in Schwyz wie fast überall: Zwei Lokalblätter bekämpften sich, die CVP-nahe *Schwyzer Zeitung* und der freisin-nige *Bote*. Letzterer hatte immer einen Vor-

sprung, vor allem wegen seiner umfassenden Berichterstattung. Während vierzig Jahren sorgte der legendäre Chefredaktor Karl Wiget mit unermüdlichem Fleiss dafür, dass im Verbreitungsgebiet seiner Zeitung kein Blatt vom Baum fallen konnte, ohne dass es im *Boten* stand. Das brachte den frühen Vorsprung in Auflage und Rendite.

«Die Leser müssen sich in ihrer Zeitung wiederfinden; sie muss sein wie ein gedrucktes Facebook.»

1979 ging der *Bote*, schon damals entgegen dem Branchentrend, vom zwei- zum dreimaligen Erscheinen über. «Wegen des Aktualitätsgewinns im Sportteil und bei den Todesanzeigen nahmen wir die höheren Kosten für Druck und Vertrieb in Kauf», erklärt der Ver-

leger. 1994 wagte der *Bote* sogar den Schritt zur Tageszeitung. Nach dreijährigem Allein-gang schloss er sich dem Südostschweiz-Verbund an. Dieses Jahr hat Triner zur *Neuen Luzerner Zeitung* gewechselt, die sich zuvor die geschwächte *Schwyzer Zeitung* einverleibt hatte und ihm seither mit einem ebenfalls täglich erscheinenden Kopfblatt Konkurrenz machte.

Die Luzerner Verleger hatten auch in Uri, Nid- und Obwalden und Zug ein Netz von straff zentralistisch geführten Kopfblättern aufgebaut. Dem Föderalisten und Sozial-liberalen Hugo Triner war es beim föderalis-tischen Südostschweiz-Verbund des Hans-peter Lebrument lange Zeit wohlher, obwohl Schwyz geografisch nicht so richtig dazupas-sen wollte. Nach langen Jahren – und wohl auch unter dem Eindruck der Zeitungskrise – handelte der Luzerner Verlag nach dem

Motto: «Wenn du ihn nicht schlagen kannst, verbünde dich mit ihm.»

«Sie machten mir ein Angebot, das ich nicht ablehnen konnte», sagt Hugo Triner. Er behielt seine unternehmerische Eigenständigkeit. Seine Firma, die samt Druckvorstufe, Akzidenzdruckerei und eigenem Rotationsdruck 78 Mitarbeitende beschäftigt, gehört ihm (bzw. neuerdings einer Stiftung) zu hundert Prozent. Triner druckt seine Zeitung selbst; seine Redaktion bedient sich für die überregionalen Teile à la carte aus der Produktion der *Neuen Luzerner Zeitung*. Der Preis dafür dürfte günstig sein, denn Triner hat fünfzehn redaktionelle Kräfte für die Bearbeitung des Heimmarktes freigespielt. Deshalb fällt im Lande Schwyz noch immer kein Blatt vom Baum, ohne dass es im *Boten*

«Ich weigere mich einfach, mich ins Links-rechts-Schema einordnen zu lassen.»

erscheint. Der Luzerner Verlag profitiert von der Lösung, indem seinem Zeitungsverbund 25 000 Leser zugewachsen sind, was im Wettbewerb um die nationalen Werbeaufträge ins Gewicht fällt. Der Anzeigenrückgang in dieser Kategorie macht auch hier Sorgen.

Für den kommerziellen Erfolg seiner Zeitung hat Hugo Triner drei Erklärungen: «Erstens müssen sich die Leser in ihrer Zeitung wiederfinden; sie muss so etwas sein wie ein gedrucktes Facebook. Deshalb bringen wir möglichst viele Namen und Personenbilder. Zweitens zwingen wir unsere vielen gewerblichen Inseratekunden nicht, hohe Streuverluste mitzufinanzieren, wie dies anderswo als Folge der Zeitungskonzentration der Fall ist. Unsere Inserate sind noch günstig, und die Kunden sagen uns, dass sie nach wie vor stärker wirken als alles andere. Und drittens haben wir nie viel in Internet-Experimente investiert. Wir sind zwar bei den Leuten, aber die Erfahrung hat bisher gezeigt, dass Internet für die Werbung im regionalen Raum nicht so gut funktioniert.»

Das mag mit dem konservativen Grundrauschen im Verbreitungsgebiet zusammenhängen. Die Gewohnheiten ändern sich hier weniger schnell als im urbanen Umfeld. Umso bemerkenswerter, dass der selbstbewusste Eigentümer/Verleger in dem als Neinsager-Kanton etikettierten Schwyz einen offenen, sozial- und ökoliberal orientierten Kurs fährt. Er gehörte zu den Ersten, die die während Jahrzehnten erfolgreiche kantonale Politik des Wachstums mit niedrigen Steuern in Frage stellten. Dass sich Triner damit – nicht nur in seinem Lions Club – den Ruf eines Linken einhandelte, kümmerte ihn wenig. «Ich weigere mich einfach, mich ins Links-rechts-Schema einordnen zu lassen», sagt er. «Ich

bin für politischen Anstand, gegen Polarisierung und für massvolle, unaufgeregte Lösungen.»

Genossenschaftliche DNA

Da schimmert der historische Schwyzer Eigen-Sinn in seiner wörtlichen Bedeutung durch: die lange vor 1291 entstandene politische Kultur eines besonderen, auf Eigenverantwortung und Eigenständigkeit gegründeten Gemeinwesens. Die alten Rodungsgemeinschaften behielten die Wälder und das im Gemeinwerk urbar gemachte Kulturland (die Allmenden) im Gemeinschaftsbesitz. Seit 1114 ist die Oberallmeindkorporation urkundlich bekannt. Noch heute ist sie ein wichtiger Teil der öffentlichen Ausstattung im inneren Kantonsteil von Schwyz. Diese genossenschaftliche DNA wirkt in Schwyz bis heute nach und macht auch freisinnige Elitebürger wie Triner offen für soziale und gemeinschaftsdienliche Positionen. Vor diesem Hintergrund ist Hugo Triners Kampf für bessere Löhne der Zeitungszusteller zu sehen – ein Thema, das im Vorfeld der Mindestlohninitiative besonders skurril anmutete (vgl. Kasten).

Unlängst hat der Verleger, der dieses Jahr ins Rentenalter kommt, seine Nachfolge geregelt und im Einvernehmen mit seiner Familie wesentliche Teile des Unternehmens in die Triner-Medien-Stiftung eingebracht. Sie bezweckt, den *Boten der Urschweiz* als unabhängiges regionales Medienunternehmen langfristig zu erhalten und den Informations- und Meinungsaustausch zu fördern. In der Stiftungsurkunde steht: «Relevante Themen sollen in ihrer ganzen Breite und mit den besten Argumenten aller Beteiligten dargestellt werden. Angestrebt wird eine lösungsorientierte Kommunikation.» ○



Zeitungen

«Nicht zufrieden»

Post-Tochter Presto drückt sich um Lohnerhöhung für Zeitungsverträger.

Am untersten Ende der medialen Verwertungskette stehen in der Deutschschweiz über 10 000 Zeitungsverträger. Ihre Löhne liegen, hochgerechnet auf ein 100-Prozentpensum, weit unter der gewerkschaftlichen Mindestforderung von 4000 Franken, nämlich bei 3100 Franken plus 10 Prozent Nachtzuschlag. Marktführer bei der Frühzustellung ist die Presto AG, eine Tochter der Post. Verleger Hugo Triner kämpft seit Jahren für eine anständige Entschädigung dieser unentbehrlichen Helfer. Die haben es sowieso schon schwer, denn ihre Pensen werden wegen der rückläufigen Abbonnentenzahlen immer kleiner. Pikant: Presto-Mutter Post rühmt sich, schon seit 1. Januar 2014 Mindestlöhne über 50 000 Franken pro Jahr zu bezahlen.

Die Vermutung liegt nahe, dass der Staatsbetrieb die Frühzustellung von Zeitungen vor allem auslagert, um den Teilzeit-Zustellern nicht die sonst postüblichen Mindestlöhne zahlen zu müssen. Nach den letzten Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen hat rund ein Drittel der Verträger einen leicht höheren Lohn erhalten. Der Rest musste eine Lohneinbusse von 3 Prozent hinnehmen, weil die Feiertage nicht mehr entschädigt werden. Der neue GAV trat 2014 in Kraft, in dem Jahr, da das Volk über die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften abgestimmt hat. Wie kommt eine Gewerkschaft – zumal in diesem politischen Umfeld – dazu, in Zeiten guter Konjunktur einer Lohnkürzung zuzustimmen, die ausgerechnet zu Lasten einer besonders schlecht entlohnten Gruppe von Werktätigen geht? Syndicom-Medien-sprecher Bruno Schmucki: «Wir haben nie gesagt, dass wir mit diesem Abschluss zufrieden sind. Letztlich ging es darum, zu verhindern, dass die Anstellungsbedingungen in der Frühzustellung noch weiter verschlechtert werden. Wir haben den Status quo erhalten. Als einzigen Pluspunkt können wir verbuchen, dass im neuen GAV die drei Karenztage für die Lohnfortzahlung bei Krankheit wegfallen. Und wir konnten eine neue Basis für einen höheren branchenüblichen Mindestlohn legen. Tatsache ist aber, dass für die Presto-Angestellten ein gesetzlicher Mindestlohn von 4000 Franken ein wichtiger Fortschritt wäre.»

Karl Lüönd

Sprich mit ihr!

Hiesige Männer gelten als unattraktiv. Dabei gibt es beachtlich viele gutausschende Schweizer. Die Optik ist nicht das Problem: Sie sind oft passiv, maulfaul, schüchtern.

Von Beatrice Schlag

Wenn Reiseveranstalter, Dating-Portale oder Frauenzeitschriften Umfragen über Europas begehrteste Männer veröffentlichen, gewinnen immer die Italiener. Danach kommen meist die Spanier und andere Südländer. Die Schweizer finden sich immer am Ende der Tabelle, irgendwo zwischen den Polen und Rumänen.

Das ist deprimierend, aber aus weiblicher Sicht nicht ganz ungerecht. Natürlich sind die Schweizer unschuldig, dass sie nicht mit dem modischen Lässigkeits-Gen der Italiener geboren werden. Aber Kleidung ist nicht der springende Punkt. Dass Frauen Italiener wollen, liegt vor allem daran, dass die Männer aus unserem südlichen Nachbarland einen Riesentanz um Frauen machen, die sie erobern wollen. Das entzückt Frauen, auch wenn sie sich emanzipiert geben und wissen, dass vieles an dem Tanz längst erprobte Routine ist. Aber Schweizer machen nicht nur keinen Tanz, sondern meist gar nichts ausser starren. Sie schauen attraktive Frauen unverwandt an und hoffen, dass etwas passiert. Es passiert aber meistens nichts.

«Wer einen Schweizer Mann erobern will, muss ihm an die Wäsche», schrieb Drehbuchautorin und Kolumnistin Güzin Kar vor ein paar Jahren. «Er selbst wird keinen Finger rühren.» Daran hat sich wenig geändert. Männer sind da, schauen und fantasieren. Unternehmungslustiger ist ihre Verfügbarkeit selten. «Wenn du im Café einen Mann anlachst, der dich schon seit einer Weile ansieht, hält er sofort eine Zeitung vors Gesicht», sagt eine dreissigjährige Freundin. «Bei Schweizern ist nicht sehr viel Testosteron zu spüren.»

Der fulminante italienische Werbetanz

In meiner Erinnerung war das nicht immer so. Eher wie in «Mad Men». Als ich zwanzig war, hielten die Männer keine Zeitung vors Gesicht, wenn man ihr Starren bemerkte, sondern kamen an den Tisch und fragten, ob hier noch ein Stuhl frei sei. Und dann begannen sie zu reden. Es war meist nicht der fulminante italienische Werbetanz, oft war es ziemlich öde. Aber es war fast immer selbstbewusst. Männer schienen selten Angst zu haben, weder vor Frauen noch vor Körben.

Wieso auch? Noch war der feministische Zorn nicht über sie hereingebrochen. Kein Mann riskierte, angeblafft zu werden, wenn er einer Frau in den Mantel half. Er wurde auch nicht gerüffelt, wenn er zu hastig den Arm um einen legte. Man versuchte, sich ihm so diskret wie möglich zu entwinden, wenn er einem nicht ge-

fiel, denn prüde wirken wollte man auf keinen Fall. Es waren die Jahre von «Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment», die im Rückblick für Männer ein viel grösseres Vergnügen waren als für Frauen. Der Verdacht, Testosteron sei Mangelware bei Schweizer Männern, kam nie auf.

Vermutlich sehnen sich sehr wenige Frauen, die sie erlebt haben, nach der Zeit zurück. Aber wir kannten Männer nicht anders. Schweizer, Italiener, Deutsche oder Griechen: Sie schienen nicht so furchtbar verschieden, wenn es um Frauen ging. Heute ist es anders. Alles dem Feminismus in die Schuhe zu schieben, ergibt wenig Sinn, denn kein Mann in der westlichen Welt blieb von ihm verschont. Warum wirken ausgerechnet Schweizer auf Frauen heute oft so entsexualisiert, als hätten sie jede Hoffnung und jede Anstrengung aufgegeben, mit dem anderen Geschlecht vergnügt umzugehen?

Achten Sie einmal darauf, wie Schweizer Männer gehen. Die meisten schieben sich irgendwie durch die Welt, als gehörten ihre Beine einem anderen. Oder sie hasten so an-

«Das feine Rollenspiel zwischen den Geschlechtern, das den Alltag vergnügter macht, spielt hier nicht.»

gestrengt dynamisch umher, dass man beim Zuschauen müde wird. Selten sieht man einen geraden, entspannten, leichten Gang. Sehr viel verschenkte Attraktivität, die leicht zu haben wäre.

Und sehr viel Unachtsamkeit. In keinem mir bekannten Land knallt man auf der Strasse so oft mit Männern zusammen. Öffentliche Wege gehören ihnen. Kein Mensch verlangt, dass Frauen Platz gemacht wird. Aber wache Augen und eine gewisse Wendigkeit wären ein Segen. Einmal kam mir auf einem leeren Trottoir ein vielleicht 40-jähriger Mann entgegen. Aus reiner Neugier ging ich geradeaus weiter. Er auch, vermutlich nicht aus Neugier, sondern aus Gewohnheit. Wir prallten zusammen. Er sagte ärgerlich: «Herrgott, Sie haben mich doch kommen sehen.» In diesem Land weichen hauptsächlich Frauen aus. Immer wieder überraschend ist auch, wie gern Schweizer Männer sich in Bus, Tram oder Lift vordrängeln. Als führen die eher los, wenn sie als Erste drin sind. Es wäre nicht wichtig, wenn sie dabei nicht den Eindruck latenter Aggression gegen alle und jeden vermitteln würden.

«Ich finde Schweizer Männer ziemliche Pflöcke», sagt eine Schweizer Enddreissigerin, die lange im Ausland lebte. «Sie schauen alle an dir vorbei, im Bus, auf dem Bahnhof, an der Tramhaltestelle, damit es ja nicht zu einem Augenkontakt kommt. Das feine Rollenspiel zwischen den Geschlechtern, das den Alltag vergnügter macht, spielt hier nicht.» Es spielt vor allem dann nicht, wenn die Frau einen Koffer oder Kinderwagen hat und für Hilfe dankbar wäre. Die, die helfen, sind meist Frauen oder Ausländer.

Das Verblüffende ist, dass die Hilfsbereitschaft sofort da ist, wenn man jemanden kennt. Dann sind Schweizer jederzeit bereit, Koffer und Kinderwagen zu stemmen. Sie sind äusserst freundliche und zuverlässige Menschen. Woher kommt der Unwille, einer Frau zu helfen, die man nicht kennt? Ist es wirklich Unwille oder Angst, die angebotene Hilfe könnte als Anmache missverstanden werden? Ist es Geiz oder Schüchternheit, wenn Schweizer beim ersten gemeinsamen Essen mit einer Frau auf getrennten Rechnungen bestehen? Männer haben keine Ahnung, wie verstörend das ist. Nicht, weil Frauen unbedingt eingeladen werden wollen. Sondern weil getrennte Rechnungen bedeuten, dass das Treffen keine Investition lohnt. Was spricht dagegen, zu sagen: «Du bist beim nächsten Mal dran»? Es gibt nichts Ernüchternderes, als nach einem ersten Date die Rechnung («Nein, ich hatte keinen Salat») auseinanderzuidividieren und in zwei Portemonnaies zu kramen.

Dass Schweizer hässlicher seien als die Männer anderer Nationen, wie manche Umfrageergebnisse behaupten, ist ein Unfug, den man getrost vom Tisch wischen kann. Es gibt beachtlich viele gutausschende Schweizer. Wie gesagt, wenn sie ihrem Gang etwas mehr Aufmerksamkeit schenken würden und die Schultern nicht so sacken liessen, würde das sehr viel deutlicher auffallen. Aber das Aussehen ist wirklich nicht das Problem.

«Sweetie, how is your day?»

Das richtig grosse Problem vieler Schweizer Frauen ist ihre Maulfaulheit und ihre Sperrigkeit, Komplimente zu machen. Jede Kassiererin in einem US-Supermarkt schlägt sie um Längen. Sie kennt dich nicht und fragt: «Sweetie, how is your day?» Und dann sagt sie, deine Halskette sei *really special*. Sie meint nichts davon, es ist Teil ihres Jobs. Jeder weiss es. Trotzdem macht es die Kunden froher. Und



«Nein, ich hatte keinen Salat»: Schweizer Mann.

weil die Kunden sich freuen, sind sie freundlicher mit ihr.

Warum lernen Schweizer nicht davon? Die meisten Männer interessieren sich nicht für Ohrringe, Schals und Handtaschen, wenn sie eine Frau treffen. Könnten sie trotzdem einen Blick darauf werfen und etwas dazu sagen? Natürlich interessiert der Busen mehr als der Schal, der davorhängt. Aber kann man davon einen Moment absehen und den Schal begutachten, wenn einem sonst nichts einfällt? Die

meisten Schweizer, die ich kenne, kommen nicht einmal auf die Idee, einer Frau ein Kompliment zu machen, das über ihre körperlichen Vorzüge hinausgeht. Das ist zu dürr. Und wenn sie selber eins bekommen von Frauen, wissen sie nicht, was anfangen damit und stottern hilflos herum. *Not sexy*. Man sollte Chancen nicht so leicht vergeben.

Aber vor allem: Seien Sie nicht maulfaul! Es genügt nicht, dass Sie einfach da sind und die Frau toll finden. Es sei denn, Sie sind George

Clooney. Und der ist ungerechterweise unglaublich eloquent. Reden Sie nicht über sich, sondern fragen Sie. Frauen sind gewohnt, dass sie die Fragen stellen, um die Unterhaltung in Gang zu halten. Was wollen Sie von ihr wissen? Selbst wenn Sie nur – absolut legitim – mir ihr ins Bett wollen, wird es etwas geben, was Sie an ihr ausser dem Ja interessiert. Fragen Sie sie. Sie wird es nicht vergessen, auch wenn sie genau wie Sie nur Lust auf Sex hat. Gute Männer sind neugierige Männer. ○



Stählerne Tränendrüse: Angelina Jolie mit Tochter Vivienne.



Jolies Märchenstunde

Von Daniele Muscionico

Und was nun ist das, bitte schön? Künstlichkeit, wohin man sich dreht und wendet. Die hintergründige Natur nachlässig versammelt, ein Wildwuchs, leidlich wild und herzlich desinteressiert. Schutz ist hier nicht, sondern Gewächshausgezücht. Studiosonne, Hors-sol-Horror, Pampas-Behauptung. In der Kulisse faulige Dämpfe, ungesunde Gerüch(t)e in einem Garten der Garstigkeit.

Naturgemäss ist die schönste Blume des Bösen sie. Sie, sie, sie allein, die schwarze Teufelskralle. Ja, das ist Angelina Jolie in ihrem neuesten Film, in ihrer alten Rolle – als «dunkle Fee». Für Disneys Neufassung des grimmigen Märchens «Dornröschen» stand sie vor der Kamera als Verkörperung des Bösen, des Malefizes, ein Wesen mit Hörnern und Klauen.

Denn Jolie hat in Bosnien ja erlebt (und einen Film darüber gemacht): Es gibt Böses in der Welt, und dieses will sich am Guten rächen. Denn auch das Böse, gemäss Jolie, war einmal und wäre gerne – gut. Aber das Böse hat Böses erlitten, das muss gerächt sein, und zwar an allem, was gut ist. Als Filmhexe mit den sensationellsten Luftkissenlippen von Hollywood zieht sie mit einer Armee von Schattenwesen gegen das Gute in den Krieg. Denn Disneys Märchen- und Weltformel lautet bekanntlich: Schwarz plus Weiss plus Moralin gleich Oscar-Chancen.

«Maleficent» ist aber nicht nur ein Film und die Uno-Botschaft dieser Goodwill-Botschafterin der Vereinten Nationen. «Maleficent» ist Jolies allererstes Familienunternehmen.

Zum ersten Mal in der Geschichte des sozialen Netzwerks Brangelina spielen in einem ihrer Filme vier ihrer augenblicklich sechs Kinder mit. Das jüngste bekam die Rolle der Prinzessin Aurora, an der die «dunkle Fee» Rache nimmt. Rache am eigenen Kind, Vivienne, im Bild vier Jahre alt, pausbäckiger Plausch und flauschiges Spielzeug einer Zucht-Mutter. Vivienne als Aurora, und im Blick die bange Frage: «Werde ich auch einmal so wie du?»

Teufelskralle und Goldmariechen, das Publikum wird das Märchen lieben. Allein nur schon deshalb, weil das Mutter-Tochter-Paar jede noch so stählerne Tränendrüse knackt. «Kinderarbeit», ruft jemand? «Fauler Zauber», ist die Antwort. Nicht die kleine Vivienne ist der Punkt, sondern die fahrlässige Irreführung in dieser pädagogischen Märchenstunde. Das Böse will gut sein, Missis Jolie? Pustekuchen! Das Böse will böse sein, willkommen im Leben!

Maleficent: ab 28. 5. in den Kinos

Bestseller

Belletristik

- 1 (-) **Jean-Luc Bannalec:** Bretonisches Gold (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 2 (1) **Martin Walker:** Reiner Wein (*Diogenes*)
- 3 (2) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 4 (4) **Viveca Sten:** Beim ersten Schärenlicht (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 5 (3) **Martin Suter:** Allmen und die verschwundene María (*Diogenes*)
- 6 (-) **Blanca Imboden:** Anna & Otto (*Wörterseh*)
- 7 (6) **Andrea Camilleri:** Der Tanz der Möwe (*Bastei Lübbe*)
- 8 (-) **Katja Petrowskaja:** Vielleicht Esther (*Suhrkamp*)
- 9 (7) **Alex Capus:** Mein Nachbar Urs (*Hanser*)
- 10 (-) **Claude Cueni:** Script Avenue (*Wörterseh*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (-) **Silvia Aeschbach:** Leonardo DiCaprio trifft keine Schuld (*Wörterseh*)
- 3 (2) **Philipp Abt; Beat Straubhaar:** Hanspeter Latour – «Das isch doch e Gränni» (*Weber*)
- 4 (3) **Ronald Gohl; Yannik Kobelt; Lukas Fischer:** 1001 Ausflugsziele (*Weltbild*)
- 5 (-) **Glenn Greenwald:** Die globale Überwachung (*Drömer/Knaur*)
- 6 (10) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 7 (6) **Wolfgang Koydl:** Die Besserköner (*Orell Füssli*)
- 8 (5) **Christa Schmedes:** Cake-Pop-Set, mit Backform ... (*Gräfe und Unzer*)
- 9 (-) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 10 (4) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Sexismus

Das Zürcher Kunsthaus stand nach dem Tod H. R. Gigers in der Kritik, weil es sich seit vielen Jahren weigert, dem weltbekannten Zürcher Künstler und Oscar-Preisträger eine Einzelausstellung zu widmen. «Seine Werke sind ziemlich sexistisch», rechtfertigte sich Kunsthaus-Sprecher Björn Quellenberg im *Tages-Anzeiger*. Das ist neu: Political Correctness als neues Qualitätskriterium für bildende Kunst. Wen kann das Museum überhaupt noch ausstellen? Picasso? Ein frauenverachtender Macho. Gauguin? Ein Sextourist. Hieronymus Bosch? Ein blasphemischer Spötter. Die Liste liesse sich endlos fortsetzen. Politisch korrekte Kunst gibt es nicht, das nennt sich Dekoration. Dem Zürcher Kunsthaus blieben nichts als leere Wände übrig. (rb)

Kulturpolitik

Stotterst im Morgenrot daher

Mit einer Castingshow will die Rütli-Gesellschaft eine neue Hymne installieren. Der Hintergrund des heutigen Schweizerpsalms, eines beispielhaften Versöhnungswerks, wird übergangen. *Von Peter Keller*

Ein geschichtsträchtiger Verein verliert seinen Kompass. Die 1810 entstandene Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), Hüterin des Rütli, hat einen Wettbewerb ausgerufen. Ziel der Aktion ist die Schaffung einer «zeitgemässen Nationalhymne». Der alte Schweizerpsalm sei sprachlich «sperrig» und entspreche nicht mehr der Realität, meinen die Kritiker. Es müsse ein Lied her, das die Schweiz in ihrer «heutigen politischen und kulturellen Vielfalt» abbilde.

Lanciert hat diese Idee SGG-Präsident Jean-Daniel Gerber. Gemäss Legende war der frühere eidgenössische Spitzenbeamte erschüttert, als bei seiner ersten offiziellen Bundesfeier auf dem Rütli nur wenige Anwesende mit dem Text der Nationalhymne vertraut waren, worauf er 2012 vom Vorstand und der Generalversammlung der SGG grünes Licht bekam für sein geplantes Update des Schweizerpsalms. Auf der Suche nach einem Text, der «die Identität und die Werte der Schweiz im 21. Jahrhundert adäquat ausdrücken» könne, stiess die Gemeinnützige Gesellschaft auf die Präambel, eine Art pathetisches Vorwort, der neuen Bundesverfassung. Nun soll mit einem «Künstlerwettbewerb» eine Hymne gefunden werden, die Sinn und Geist der Präambel der Bundesverfassung wiedergibt.

Ist der «Tell» auch zu sperrig?

Dass nun, im Gegensatz zur heutigen Hymne, eine Mehrheit der Schweizer den «Sinn und Geist» dieser Präambel herstottern könnte, ist an sich schon eine kühne Behauptung. Generell gibt es kaum ein Lied, dessen Strophen generationenübergreifend präsent sind. Das gilt selbst für «Stille Nacht» und «Det äne am Bergli». Aber auch so wackeln die Argumente. Schillers Theaterstücke sind sprachlich mindestens so sperrig – soll deswegen auf den «Wilhelm Tell» oder «Maria Stuart» verzichtet werden?

Auch der Wunsch nach einer «zeitgemässen» Hymne kommt eher schmalbrüstig daher. Was heisst «zeitgemäss»? Conchita Wurst, der Mann als Frau mit Bart? Nichts vermodert schneller als der Zeitgeist. Man wird in einigen Jahren ähnlich belustigt auf uns schauen, wie wir es auf die bekifften Hippies mit Achselhaaren aus den Siebzigern tun. In welchem Rhythmus müsste denn die Hymne «der Realität» angepasst werden? Alle zwanzig Jahre? Und was versteht die SGG unter der Abbildung der «heutigen politischen Vielfalt»? Soll jeder Bundesratspartei eine Strophe gewidmet werden?

SGG-Geschäftsführer Lukas Niederberger kritisiert, der heutige Text enthalte «ausser schönen Naturbildern nichts spezifisch Schweizerisches». Ist das ein Plädoyer für eine zusätzliche Dosis Nationalismus? Es gehört zu den Vorzügen von Leonhard Widmers (1808–1868) Hymnendichtung, dass sie behutsam ist, das Gemeinsame betont, auch in der Verneinung vor dem Schöpfer so zurückhaltend bleibt, dass selbst nichtchristliche Schweizer mitsingen können. Nie musste eine Strophe entsorgt werden wie etwa beim Deutschlandlied, wo in der ursprünglichen Fassung grossdeutsche Territorialfantasien – von der Etsch (heutiges Südtirol) bis zur Memel (heutiges Litauen) – besungen wurden. Zutreffend ist Niederbergers Analyse ohnehin nicht: So ergeht schon in den ersten Zeilen der Aufruf an die «freien Schweizer» zu beten. Dankbarkeit und Demut sind nicht die schlechtesten Zutaten einer Landeshymne.

Die Melodie sei schwierig, beanstanden die Abschaffer, kaum einer könne den Schweizer Psalm singen. Mag sein, dass sich die Komposition Alberich Zwyssigs (1808–1854) nicht so einfach mitträllern lässt wie der Refrain eines DJ-Bobo-Hits. Allemal kein Verbrechen. Dass Text und Melodie nicht sitzen, ist aber weniger der Hymne anzukreiden als der Schweizer Unterrechtspraxis, wo nicht nur die Schweizer Geschichte als Mauerblümchen vegetiert, sondern auch kaum mehr Volkslieder, geschweige denn der Schweizerpsalm vermittelt werden.

Zugegeben, die Marseillaise ist mitreissender als unser gemächliches «Trittst im Morgenrot daher». Wenig verwunderlich: Die französische Hymne war ein Revolutionslied, mit dem die fanatisierten Franzosen in den Krieg zogen und



«Zeitgemäss»: SGG-Präsident Gerber.



Dankbarkeit und Demut sind nicht die schlechtesten Zutaten: Festbesucher singen im zürcherischen Rafz die Landeshymne.

halb Europa plünderten. Der Text strotzt vor blutrünstigen Bildern. Gleichwohl würde niemand in unserem Nachbarland ernsthaft eine neue Hymne fordern, welche die Identität Frankreichs im 21. Jahrhundert «adäquat» ausdrücke.

Der Schweizerpsalm gilt seit 1981, nach zwanzig Jahren Provisorium, offiziell als Nationalhymne. Das Lied sei gar nicht als solche konzipiert worden, relativieren Gerber und seine Unterstützer. Was allerdings auf viele Beispiele, auch auf die deutsche Hymne, zutrifft. Die Musik stammt von Joseph Haydn (1732–1809), einem gebürtigen Österreicher, der Text von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874), der das Lied 1841 auf Helgoland verfasste. Sinnigerweise im gleichen Jahr, als der Zisterziensermönch Alberich Zwyszig und seine Mitbrüder ihr Kloster im Aargau räumen mussten und der Schweizerpsalm erstmals aufgeführt wurde.

Damit sind wir beim Herzstück der Hymne angelangt: Hinter der Komposition verbirgt sich eine grossartige, faszinierende Erzählung, wie zwei von Gegensätzen geprägte Künstler in einem Moment, als die Eidgenossenschaft an inneren Konflikten zu zerbrechen drohte, ein Versöhnungswerk schufen. Einmal der katholisch-konservative, in eine einfache Urner Familie geborene Alberich Zwyszig, der dreizehn-

jährig als Klosterschüler und Sängerknabe nach Wettingen kam und dort nach der Matur in die Zisterzienserabtei eintrat. Auf der anderen Seite Leonhard Widmer, ein liberaler Feuerkopf, der als Geschäftsmann Karriere machte, ein Protestant aus Zürich. Was die beiden so ungleichen Charaktere verbindet, ist ihre Leidenschaft für die Musik und der Glaube an Gott und ein gemeinsames Vaterland.

Durch die Hintertür

In den 1840er Jahren ist die Eidgenossenschaft tief gespalten. Die politische Schweiz radikalisiert sich. Die Liberalen treiben die Idee eines Nationalstaates voran, die Konservativen beharren auf dem Modell eines Staatenbundes, in dem die einzelnen Orte möglichst souverän bleiben. Noch gehen die Bruchlinien durch alle Konfessionen. Das katholische Luzern hatte bis 1841 eine liberale Regierung, während im reformierten Basel die Konservativen die Zügel fest in der Hand behalten. Im Aargau werden schliesslich die Weichen Richtung Eskalation gestellt. Die Regierung verfügt eine Auflösung aller Männerklöster, weil man in ihnen einen Hort fortschrittsfeindlicher Umtriebe wittert. Auch die seit 1227 bestehende Wettinger Zisterzienserabtei ist davon betroffen.

Nach einer mehrjährigen Odyssee gelangen die vertriebenen Mönche – und mit ihnen Albe-

rich Zwyszig – ins österreichische Mehrerau, wo sie ein neues Kloster erwerben. «*Non mergor* – Ich gehe nicht unter» lautet der Wahlspruch der Gemeinschaft. Ein Satz mit prophetischer Kraft, denn nach den Aargauer Radikalen sind es die Nazis, die 1942 die Abtei erneut aufheben. Ein Jahr darauf werden die Gebeine Zwyszigs exhumiert und in Bauen wieder beigesetzt. Damit schliesst und öffnet sich ein weiterer Kreis: Der Weiler am Urnersee liegt unweit vom Rütli, dessen Verwalterin seit 1860 die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft ist, und diese plant in einer ziemlich geistlosen Tradition die dritte Vertreibung Zwyszigs: dieses Mal als Komponist des Schweizerpsalms.

Jetzt soll mit einer dümmlich angelegten Castingshow eine neue Hymne eingeführt werden. Am liebsten durch die Hintertüre. Der Bundesrat begrüsst das Projekt «engagierter Bürgerinnen und Bürger» und will sich zum Verfahren nicht weiter äussern. Wohlweislich: Es gibt bis jetzt keine gesetzliche Grundlage, die in dieser Frage einen Volksentscheid ermöglicht – und die Landesregierung macht keine Anstalten, diesem Handstreich wider die heutige Hymne etwas entgegenzusetzen.

Peter Keller ist SVP-Nationalrat und verlangt per Vorstoss eine Volksabstimmung über eine mögliche neue Landeshymne.

Deutschland von Sinnen

Der Deutsch-Türke Akif Pirinçci ist mit «Katzenkrimis» reich geworden. Jetzt hat er ein rabiates politisches Pamphlet verfasst. Die Feuilletons vergleichen ihn mit Hitler, doch der Polemiker ist kultiviert und intelligent. Ein Hausbesuch. *Von Rico Bandle*

Eigentlich ist er ein herausragendes Beispiel für gelungene Integration. Akif Pirinçci kam 1969 im Alter von neun Jahren als Sohn mittelloser Gastarbeiter nach Deutschland. Innerhalb weniger Wochen lernte er die Sprache, der Bube aus bildungsfernem Umfeld, wie es im heutigen Sozialjargon heissen würde, verfügte bald über einen grösseren Wortschatz als seine einheimischen Mitschüler. Mit vierzehn Jahren las er von sich aus Klassiker wie Hölderlin, Eichendorff oder E.T.A. Hoffmann und das Gesamtwerk von Sigmund Freud.

Pirinçci wollte unbedingt Schriftsteller werden. Er schrieb pausenlos, flog deshalb vom Gymnasium, verfasste dafür mit fünfzehn sein erstes Drehbuch für den Bayerischen Rundfunk, mit sechzehn gewann er einen Hörspielpreis. Der hochbegabte Türke legte eine Karriere hin, die ihresgleichen sucht: Mit zwanzig veröffentlichte er den Liebesroman «Tränen sind immer das Ende», der sich über 100 000-mal verkaufte. 170 000 Mark verdiente er damit in nur einem Jahr. Sein Vater, ein hart arbeitender Lastwagenchauffeur, der oft um vier Uhr morgens aufstehen musste, verstand die Welt nicht mehr.

1989 gelang ihm der grosse Coup: Mit seinem Katzenthiller «Felidae» begründete er ein neues Literaturgenre, den Tierkrimi. Der Roman verkaufte sich in der deutschen Originalausgabe zwei Millionen Mal, wurde in siebzehn Sprachen übersetzt und 1993 auch verfilmt. Es folgten zahlreiche Fortsetzungen, Pirinçci erhielt einen Vorschuss von eineinhalb Millionen Euro für drei Bücher – damals ein Rekord für einen deutschsprachigen Autor.

Pirinçci könnte ein Talkshow-Star sein, mit Ehreenauszeichnungen überhäuft, umschwärmt von Politikern, die Migration fortwährend als «Bereicherung für unser Land» hochloben. Aber weit gefehlt. Pirinçci hat gegen schönredende Politiker, «diese Lügner», wie er sagt, einen tiefen Hass entwickelt. Und diesen bringt er in seiner Wutschrift «Deutschland von Sinnen» mit seiner ganzen Sprachmacht zu Papier.

Mit dem Zweihänder geht er auf alles los, was die progressive Linke als Fortschritt feiert: von der erneuerbaren Energie bis zur Ausländerintegration, von der Gleichstellung bis zur Homoeh. Ob Sozialstaat oder Gender-Forschung, alles basiere «auf Lügen», werde pro-

pagiert von «linksversifften Medien», überhaupt ist seine Welt voller «Blödmänner», «Witzfiguren», «Vollversager» und «Wichser». Pirinçcis Tirade ist durchwegs unterhaltsam geschrieben – mal gewitzt intelligent, mal primitiv und sexversessen, mal zutiefst beleidigend, oft alles zusammen. Die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit*, die im Buch mehrfach angegriffen wird, brachte Pirinçcis Rundumschlag ernsthaft mit Hitlers «Mein Kampf» in Verbindung, der *Tagesspiegel* mit dem Manifest des Massenmörders Anders Breivik.

In der Tradition Heinrich Heines

Pirinçci erwartet mich an der Busstation vor dem Bahnhof seines Wohnortes Bonn. Der Platz ist belebt, eine Gruppe verwahrloster Alkoholiker tummelt sich in einer Ecke, dem Besucher aus der Schweiz fallen vor allem die vielen Frauen mit Kopftüchern auf. Pirinçci, der eher kleingewachsene Mann mit südländischem Teint und leicht gebückter Haltung, geht in der Menschenmenge unter. Das soll der Mann sein, der das gebildete und urbane Deutschland in Rage bringt?

Wir machen uns auf den Weg zu ihm nach Hause. «Hier wohnen keine Ausländer, hier wählen alle grün-links», erklärt Pirinçci unterwegs. Es gebe aber auch Quartiere, da fühle man sich wie in Anatolien, da getraue sich auch die Polizei kaum rein. Gegen wen Pirinçci eine grössere Abneigung hegt, gegen Grüne oder Muslime, ist schwer zu sagen. Zu den Grünen schreibt er: «Ja, die Legalisierung von Sex mit Kindern konntet ihr nicht durchsetzen, aber das ist auch alles, was euch an Bösem nicht gelungen ist.» Und zu den Muslimen: «Ich weiss, ich höre mich an wie ein sogenannter Islamhasser. Ja, das bin ich wohl auch! Weshalb soll man einen vor Urzeiten frei erfundenen Kram nicht hassen dürfen?»

Wer ein ganzes Buch füllt mit Kraftausdrücken und Beleidigungen, der macht es seinen Gegnern einfach. Pirinçci aber sieht in «Deutschland von Sinnen» eine Schmähschrift in der Tradition Heinrich Heines. «Die Leute denken immer, es handle sich um ein Sachbuch, wie bei Thilo Sarrazin. Das ist es nicht.» Sarrazin, der in seinem Bestseller «Deutschland schafft sich ab» in Buchhaltermanier seine Thesen akribisch belegt, hält er für dröge, dessen sozialdemokratischen Lösungsvorschläge zum Ausländerproblem für



«Ein Drittel bis die Hälfte der Türken denkt wie ich»:

untauglich. Überhaupt distanziert sich der liberal-anarchistische Pirinçci von allen und allem – er möchte keiner Partei, keiner Bewegung, keiner Gruppierung zugeordnet werden. «Ich war noch nie wählen», sagt er. Pirinçci traut niemandem. Nur der Selbstverantwortung. Und dem freien Markt.

Dass ein Türke nicht über Diskriminierung schreibt, konnten viele Verleger nicht begreifen.

Pirinçci wohnt in einem wunderbaren Jugendstilhaus mit hohen Decken, teilweise mit Stuckatur, und einem schmucken kleinen Garten im Innenhof. Der Mann, der mit Katzenbüchern vermögend geworden ist, beweist einen guten Geschmack: Das Haus ist charmant und



Erfolgsautor Pirinçci, Sohn Cedric zu Hause in Bonn.

grosszügig eingerichtet, da ist viel Platz, null Kitsch. Im Gegensatz zu vielen anderen Aufsteigern legt er keinen Wert auf Statussymbole. Ein Auto hat er keines. «Wenn man mir einen Porsche vor die Türe stellen würde, ich wüsste nicht wohin fahren damit.» In seinem Büro im ersten Stock hängen eingerahmt die *Spiegel*-Bestsellerlisten mit seinen Büchern. Eine Katze findet sich nirgends, seine letzte sei kürzlich gestorben.

Woher kommt seine Wut?

Vor einem Jahr hat ihn seine Frau, die Mutter seines sechzehnjährigen Sohnes, nach achtzehn Jahren verlassen. Ein traumatisches Erlebnis, dem im Buch ein ganzes Kapitel gewidmet ist. Damit sind seine Tiraden aber nicht zu erklären: Pirinçci hat schon vorher auf Blogs genüsslich über alles hergezogen, was als poli-

tisch korrekt gilt. Pirinçci ist kein Konvertit, sein Unverständnis, seine Wut sind langsam gewachsen. Deutschland war für ihn von Anfang an ein Paradies: die Natur, der Wohlstand, das intellektuelle Erbe – alles wunderbar. Doch diese Errungenschaften sah er je länger, je mehr zugrunde gehen. Dass es in seiner Jugend Leute gab, die trotz paradiesischen Zuständen den Kommunismus einführen wollten, zum Teil sogar mit Gewalt, konnte er nicht nachvollziehen. Der ganze Kult um Homosexuelle, die Auflösung der Geschlechterrollen, die exzessive Förderung von Gender-Studien an Universitäten, das alles hält er für Symptome der schleichenden Selbstauflösung.

Der Grund, weshalb seine Frau, eine Deutsche, ihn nach achtzehn Jahren einfach verlassen habe, kenne er immer noch nicht. Dass man die Familie so leichtfertig aufgeben, die vielen

gemeinsamen Erinnerungen plötzlich nichts mehr wert seien, bleibt für ihn unbegreiflich. Dass so etwas einfach als normal gelte, sei ebenfalls ein Resultat der «linksversifften Politik» der letzten Jahrzehnte. Der Stolz auf die Familie, auf das Land, das hänge alles zusammen. «Man hat den Deutschen den Nationalstolz abgewöhnt, der Familiensinn wurde ausgetrieben.» Bei diesem Punkt sehnt sich der sonst so perfekt assimilierte Türke nach seinem Ursprungsland. «Familie war bei uns auch schon scheisse, aber man hat trotzdem zusammengehalten. Wenn's von aussen eine Gegnerschaft gab, war man eine unzertrennliche Einheit. So etwas kennt man bei uns nicht mehr.»

Die eigene Identität hochzuhalten, ist in Mitteleuropa verpönt, umso ausgeprägter feiert man das andere. Daraus resultiert ein Minderheitenkult, auf den Pirinçci so allergisch

ist. «Bei meinem ersten Roman erhielt ich dreissig Absagen, bevor ich bei einem Verlag aufgenommen wurde. Dass ein Türke ein Buch schreibt, bei dem es nicht um Ausgrenzung oder Diskriminierung geht, konnten viele Verleger nicht begreifen», sagt er. Bis heute werden Bücher von Migranten gefeiert, welche die innere Zerrissenheit zum Thema haben, das Nirgends-richtig-zu-Hause-Sein. «Das ist zwar kompletter Unsinn, kommt aber gut an.»

«Analphabetenhorden»

Natürlich sei auch er gehänselt worden, als er nach Deutschland kam. Das habe nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun gehabt: «Kinder sind nun mal böse, ob Ausländer oder nicht.» Damals, als seine Familie eingewandert sei, habe in Deutschland noch die richtige Einstellung gegenüber Ausländern geherrscht. Im Buch beschreibt er dies folgendermassen: «Wir empfanden es als ein unfassbares Geschenk, dass Deutschland uns aufnahm. Hätte man uns gebeten, wir hätten ihm auf den Knien gedankt. Aber das tat man nicht. Man gab uns nur zu verstehen: Arbeitet, geht zur Schule, macht etwas aus eurem Leben, ihr seid uns nichts schuldig, ausser vielleicht, dass ihr ein produktiver, kreativer und bereichernder Teil dieses Landes werdet und hier sogar Wurzeln schlägt, wenn es euch gefällt.»

Das habe funktioniert: Die Einwanderer hätten hart gearbeitet für ein besseres Leben, etwas anderes blieb ihnen auch nicht übrig. Anders heute, wo die Verhättselungspolitik «uns ewig auf der Tasche liegende Analphabetenhorden» gebracht habe.

Ähnlich wie Thilo Sarrazin argumentiert Piriñçi oft biologistisch. Dass die muslimische Welt in den letzten tausend Jahren weder in Kultur noch in Wissenschaft oder Ökonomie viel zustande gebracht habe, dass gemäss Weltgesundheitsorganisation der durchschnittliche Intelligenzquotient in muslimischen Ländern deutlich unter jenem im Westen liege, hänge mit der Selektion zusammen.

Von Natur aus buhlten die Männer um die Frauen, die Wahl treffe letztendlich aber die Frau. Sie entscheide sich instinktiv für jenen Mann, der zu ihrem Erbgut passe. Im Islam sei dem nicht so. «Wenn also die Frauen nicht nach ihren speziellen Wünschen, Bedürfnissen, Qualitäten et cetera souverän ihre Männer auswählen können, sondern die Frauen brüderlich unter diesen aufgeteilt werden, dann folgt im Ergebnis eine Durchschnittlichkeit der kommenden Generationen. Diese besitzen keine Innovationskraft mehr, keinen Antrieb, der sie voranbringt», heisst es im Buch.

Piriñçi kennt jeden Schalter, mit dem das links-grüne Milieu zur Weissglut getrieben werden kann. Und dreht daran genüsslich bis weit über die Schmerzgrenze. Er ist sich seiner Wirkung bewusst; redet aber immer in ruhi-



«Unfassbares Geschenk»: Piriñçi.

gem Ton, als erzähle er von den letzten Ferien. Seine Reputation ist ihm egal, er ist finanziell unabhängig, muss auf niemanden und nichts Rücksicht nehmen. Auch nicht auf die vielen Türken im Land. «Ein Drittel bis die Hälfte der Türken denkt wie ich: Die sind gut integriert und hassen die kopftuchtragenden Sozialhilfeempfänger, die in der zweiten oder dritten

«Man hat uns den Familiensinn und den Nationalstolz ausgetrieben.»

Generation kaum Deutsch können, ebenso.» Kürzlich habe ihm ein Wirt in einem türkischen Restaurant auf die Schulter geklopft und ihm gratuliert. Selbst jene Türken, die nicht seiner Meinung seien, respektierten ihn. «Für die bin ich einer von ihnen. Man ist stolz auf erfolgreiche Landsleute. Das können sich Deutsche nicht vorstellen.»

Günter Grass' Hunde

Ein Kapitel im Buch ist den Intellektuellen gewidmet, die sich in Piriñçis Hierarchie der Verachtung auf derselben Ebene finden wie die Grünen: «Nicht Künstler, grosse Denker und Visionäre geben heutzutage im Kulturle-

ben und im Feuilleton in Wahrheit den Ton an, sondern irgendwelche Lesben auf Gender-Mainstreaming-Lehrstühlen, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsbeauftragte, Organisationen wie Pro Asyl oder Flüchtlingsräte, Solar- und Windenergiebarone, Greenpeace & Co., Professoren für Soziologie und bestellte Gutachter für die Migranten- und Wohlfahrtsindustrie (Armenbericht, Kriminalität von Ausländern et cetera), Umweltverbände, stramme Kommunisten von den Linken, eine staatsfetischistische Justitia, faschistoide Zusammenrottungen wie die Antifa, schlussendlich ein vor allem von den Grünen im Laufe von dreissig Jahren installiertes Gutmenschentum, dessen Fundament aus nichts als Lügen besteht.»

Im Gespräch zeigt sich, dass Piriñçi auch ganz anders kann. Er schwärmt vom frühen Günter Grass, dem Autor also, der seit vielen Jahren der Inbegriff des linken deutschen Intellektuellen ist. «Von ihm habe ich handwerklich sehr viel gelernt.» Vor allem «Hundejahre», ein ausufernder, eher schwieriger Roman des deutschen Nobelpreisträgers, hat es ihm angetan. Wohl wegen der Hunde, die im Buch für Menschen stehen – ähnlich wie die Katze in «Felidae» –, Piriñçi schwärmt aber vor allem von der Virtuosität und Vielfalt der Sprache.

Zu seinen Favoriten gehört auch E.T.A. Hoffmann: «Das ist unser Dickens, sogar noch visionärer, ein Genie. Heute wäre er ein grosser Mann in Hollywood.» Von den aktuellen Schriftstellern hebt er den Schweizer Christian Kracht hervor, dessen psychedelische Welt ihn ungemein fasziniere. «So was kennt man sonst nur von angelsächsischen Autoren.»

Nach drei Stunden begleitet mich Piriñçi zurück zum Bus in Richtung Flughafen. Mit seiner ausgesprochenen Höflichkeit scheint er aus einer anderen Zeit zu stammen. «Ich sage Ihnen, Frauen schätzen es ausserordentlich, wenn man sie hofiert, ihnen in den Mantel hilft, die Rechnung bezahlt. Die propagierte Auflösung der Rollenbilder, das will die Mehrheit der Frauen gar nicht», sagt er. Bei der Busstation steht noch immer die Gruppe Alkoholiker. «Am Abend stellt die Stadt denen ein Buffet voller Essen auf. Im Ernst!» Für ihn, der den Staat am liebsten ganz auflösen würde, ist so etwas unbegreiflich.

Dass sein Buch letztlich aber mithilft, den ihm verhassten Staat am Leben zu erhalten, gehört zur Ironie der Systems: Der Verkauf des Bestsellers «Deutschland von Sinnen» generierte bislang fast 200 000 Euro an Steuergeldern.

Akif Piriñçi: Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer. Edition Sonderwege. 278 S., Fr. 28.90



Schlachtkapelle auf dem Sattel



Die Basilika San Gaudenzio in Novara



Blick über die Altstadt von Murten



Weltwoche-Expertenreise

Schweizer Schlachten

Nach dem Erfolg des Sonderhefts «Die Schweizer Schlachten» veranstaltet die Weltwoche eine exklusive sechstägige Expertenreise. In Begleitung von ausgewiesenen Historikern führt sie uns an die Orte, an denen die heutige Eidgenossenschaft erkämpft wurde.

Tag 1: Erste Befreiungsschläge

Individuelle Anreise bis Zug. Busfahrt zum Ägerisee, Wanderung zum Sattel auf den Spuren der missglückten Habsburger-Expedition. Halt an der Schlachtkapelle Morgarten mit Hans Schilters Wandbild «Aufmarsch zur Schlacht» (1957). Weiterfahrt nach Schwyz ins Bundesbriefmuseum mit dem zweiten Bundesbrief von 1315. Am Rathaus fachkundige Erläuterungen zu Ferdinand Wagners Fresko zur Schlacht am Morgarten (1891). Wärschaftes Mittagessen in Sempach, Halt am Denkmal des Winkelried. Besuch der Schlachtkapelle Sempach mit ihrem monumentalen Fresko. Fahrt nach Stans, Abendessen und Übernachtung.

Tag 2: Ennetbirgische Expeditionen

Im historischen Zentrum von Stans Gespräch mit dem Nidwaldner Historiker Peter Keller, SVP-Nationalrat, Autor der Weltwoche und des Sonderhefts «Die Schweizer Schlachten». Halt am Tellenkmal in Altdorf und an den Schauplätzen der «Battaglia dei Sassi Grossi» bei Giornico. Weiter nach Bellinzona und Besuch des einst Castello d'Uri genannten Castelgrande. Echte Tessiner Kost in der schönen Altstadt und Übernachtung.

Tag 3: Jähres Ende der eidgenössischen Expansion
Aufbruch in Richtung Italien und Melegnano. In Chiasso Gespräch mit einem Mitglied der Stiftung Pro Marignano. Besuch des ehemaligen Schlachtfeldes im mailändischen Weiler Mezzano, wo gefallene Eidgenossen der «Battaglia dei Giganti» ruhen. Zwischenstopp in Novara, wo Reisläufer

Hans Turmann den Mailänder Herzog Sforza verriet – geschichtliche Führung, Espresso auf der Piazza delle Erbe. Abfahrt Richtung Domodossola, Abendessen und Übernachtung am Ortasee.

Tag 4: Rückfahrt durch die Epochen

Fahrt durch das Val d'Ossola Richtung Simplonpass. In Gondo Besuch des Stockalperturms. Halt bei der Alten Kaserne an der Napoleonstrasse und beim Simplon-Adler: 1944 nach Plänen von Erwin Baumann errichtet von Soldaten der Gebirgsbrigade 11 unter der Leitung von Josef Minnig. Walliser Apéro in Brig und fachlich geführter Rundgang durch den barocken Stockalperpalast. Zu Mittag Walliser Küche, z.B. ein Munder-Safran-Risotto. Weiterfahrt nach Bern und Übernachtung.

Tag 5: Geburtsstunde der Helvétie

Fahrt nach Fraubrunnen zum ehemaligen Kloster, Rekonstruktion der Ereignisse auf dem Tafelfeld durch den Referenten. Kaffeepause im Gasthof, wo schon Napoleon rastete. Weiter nach Moosseedorf zum Grauholzdenkmal, zu den Schauplätzen der Niederlage von 1798. Mittagessen im «Alten Tramdepot» in Bern. Spaziergang zum Münster und seiner Tafel der 702 Gefallenen – davon zwei Frauen – beim Franzosenangriff. In Neueneegg zum Denkmal mit der Inschrift «Den Kampf gewonnen, das Vaterland verloren», anlässlich des nutzlosen Sieges nach der Kapitulation Berns. Ankunft in Murten und Übernachtung. Fakultativer Besuch der Freilichtinszenierung «1476» (Infos unter www.1476.ch; nur buchbar auf der Juni-Reise).

Tag 6: Murtenschlacht

Rundgang durch die Altstadt mit dem Schloss, den Kirchen und dem deutsch-reformierten Pfarrhaus im Geburtsort von Jeremias Gotthelf. Besuch der Originalschauplätze der Schlacht um Murten: Grünhang, Bodenmünzi, Greng oder Muntelier. Gemeinsames Mittagessen am See zum Abschied, individuelle Heimfahrt.

Platin-Club-Spezialangebot

Die Schweizer Schlachten

Sechstägige Reise durch die Schweiz und nach Italien

15.–20. Juni 2014 / 18.–23. September 2014

Reisearrangement

Für Abonnenten: Fr. 2250.–
Für Nichtabonnenten: Fr. 2550.–
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 350.–

Inbegriffene Leistungen

- 5 Übernachtungen in guten Mittelklassehotels
- Halbpension gemäss Programm
- Fahrt im komfortablen Reiseocar
- Tägliche Vorträge und Führungen durch Historiker
- cotravel Reiseleitung

Nicht inbegriffen

Getränke, Trinkgelder, Versicherungen, persönliche Auslagen. Einzelzimmerzuschlag.

Anmeldung

www.weltwoche.ch/reise oder Tel. 061 308 33 00.
Max. Teilnehmerzahl pro Reise: 30 Personen.
Programmänderungen vorbehalten.

Veranstalter

Reiseveranstalter ist die auf Expertenreisen spezialisierte Agentur cotravel in Allschwil BL (www.cotravel.ch). Telefon: 061 308 33 00
E-Mail: cotravel@cotravel.ch

Ausführliches Tagesprogramm unter

www.weltwoche.ch/platinclub



Top 10

Knorr's Liste

1	Left Foot Right Foot	★★★★☆
	Regie: Germinal Roaux	
2	Grand Central	★★★★☆
	Regie: Rebecca Zlotowski	
3	Snowpiercer	★★★★☆
	Regie: Bong Joon-ho	
4	The Grand Budapest Hotel	★★★★☆
	Regie: Wes Anderson	
5	The Amazing Spider-Man 2	★★★★☆
	Regie: Marc Webb	
6	Tracks	★★★★☆
	Regie: John Curran	
7	Grace of Monaco	★★★★☆
	Regie: Olivier Dahan	
8	Godzilla	★★★★☆
	Regie: Gareth Edward	
9	Divergent	★★★★☆
	Regie: Neil Burger	
10	Noah	★★★★☆
	Regie: Darren Aronofsky	

Kinozuschauer

1 (-)	Godzilla	27 795
	Regie: Gareth Edwards	
2 (1)	Bad Neighbors	21 607
	Regie: Nicholas Stoller	
3 (2)	The Other Woman	16 880
	Regie: Nick Cassavetes	
4 (-)	Grace of Monaco	6197
	Regie: Olivier Dahan	
5 (3)	Rio 2 (3-D)	2684
	Regie: Carlos Saldanha	
6 (-)	The 100-Year-Old Man ...	2483
	Regie: Felix Herngren	
7 (4)	3 Days to Kill	2459
	Regie: McG	
8 (6)	Divergent	2403
	Regie: Neil Burger	
9 (9)	The Grand Budapest Hotel	1982
	Regie: Wes Anderson	
10 (7)	The Lego Movie	1894
	Regie: Phil Lord, Christopher Miller	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Fack Ju Göhte (Rainbow)
2 (1)	Der Hobbit – Smaugs Einöde (Warner)
3 (2)	Die Eiskönigin (Disney)
4 (-)	Tokarev (Ascot Elite)
5 (3)	Die Tribute von Panem (Impuls)
6 (-)	Californication – Season 6 (Rainbow)
7 (4)	Walter Mitty (Fox)
8 (5)	Malavita – The Family (Rainbow)
9 (-)	Mud – Kein Ausweg (Ascot Elite)
10 (6)	Game of Thrones – Season 3 (Warner)

Quelle: Media Control



Kampf der Giganten: «X-Men: Days of Future Past».

Kino

Chaos-Jenseitswelt

Mit Riesenbrimborium startete der jüngste Marvel-Blockbuster «X-Men: Days of Future Past». Eine Selbstfeier des Kinos.
Von Wolfram Knorr

Die Zeiten sind auch nicht mehr das, was sie mal waren: Sie haben ihre besten Zeiten hinter sich. Keinen wehmütigen Respekt mehr vor der Vergangenheit, keine tiefempfundene Ehrfurcht mehr vor der Zukunft. Alles Hans was Heiri, und die Gegenwart ist es sowieso, längst aufgebraucht – jedenfalls im Kino. Da wird zwar nach wie vor Gas gegeben, Autos fegen über Pisten, Züge kreischen über Gleise, und Jumbos donnern durch die Luft, aber zunehmend ziellos, nur fürs Auge des Zuschauers gemacht, und aus dem Tempo und seinen Steigerungsexzessen wird allmählich Terror. Filme, in denen der Raum und seine Überwindung wichtig sind, gibt es noch, aber sehen will sie kaum einer. Im grossen zirkensischen Popcorn-Kino dagegen gibt's statt Raum nur Dringlichkeit, rasende Abfolgen von Raum-und-Zeit-Simulationen, in denen die Welt fern, abstrakt und unzugänglich bleibt und das Betreten der Wirklichkeit untersagt ist. Doch verblüffenderweise tangieren die mit riesigen Budgets produzierten Blockbuster auf einmal dann doch die Wirklichkeit, indem sie mit der Selbsterkenntnis des Zeitgenossen spielen: «Ich schaue, also bin ich» – und deshalb zunehmend gleichgültig auf die Welt schauen. In den jüngsten Superhelden- und Monster-Spektakeln wie «Godzilla» oder dem aktuellen «X-Men: Days of Future Past» ist genau das der Fall.

In «X-Men» werden Mutanten von Killerrobotern gejagt, mit Zeiten wird gespielt, Bewegungen zersplittern und zerfallen, Augenblicke blähen sich zu (Fast-)Ewigkeiten, Mutanten sind einer, keiner, hunderttausend, physikalische Gewissheiten werden aus den Angeln gehoben – ein kinematografischer Lunapark voll von bengalischem Licht und wundersamen Trickkünsten, durch die sich eine Handlung windet wie ein buntgewandetes Supermärchen. Die Mutanten um Charles Xavier (Patrick Stewart) werden grausam von Killerrobotern, den superperfekten, metallschlangenartigen «Sentinels», dezimiert. Einzige Rettung ist der Versuch, gedanklich in die Vergangenheit zu reisen, um jenen Moment rückgängig zu machen, der die schreckliche Entwicklung auslöste. Wolverine (Hugh Jackman) stellt sich zur Verfügung und findet sich in der Nixon-Ära wieder, in der das Heillose seinen Ausgang nahm. Magneto (Michael Fassbender) hebt kraft seiner überirdischen Kräfte ein komplettes Stadion aus den Angeln und lässt es wie eine Garotte ums Weisse Haus niederdonnern. Die US-Politik wird, wie auch in «Godzilla», zum Zaungast.

Der französische Geschwindigkeitsphilosoph Paul Virilio prophezeite einst, der Mensch werde bewegungslos im Sessel hocken und seinen Computer denken lassen. Im Popcorn-Kino ist's jetzt so: Der Zuschauer wird

nicht mehr emotional herausfordert, sondern bleibt staunender Zaungast beim Kampf der Giganten, in «Godzilla» wie in «X-Men: Days of Future Past». Das Kino ist sich selbst genug mit seiner Chaos-Jenseitswelt. ★★★★★☆

Weitere Premieren

Sein letztes Rennen — Paul Auerhoff (Dieter Hallervorden), mit seiner Frau Margot (Tatja Seibt) in einem Altersheim entsorgt, in dem gebastelt und gesungen wird und Gruppenzwang herrscht, war mal ein Star, eine Sportgrösse: ein Marathonläufer, der 1958 die Goldmedaille gewann. Um nicht im Kreis der Entmündigten für seinen Lebensrest dahinzusiechen, fängt er wieder an zu laufen; er hat sich in den Kopf gesetzt, am Berlin-Marathon teilzunehmen. Das macht ihn natürlich zum Gespött seiner Mitbewohner; doch nicht einmal seine Tochter Birgit (Heike Makatsch) kann den 77-Jährigen davon abhalten. Gebrechlichkeit hin oder her, es wird gelaufen bis zum Sieg. Auch wenn der Film von der deutschen Presse als «furioses Comeback» (FAZ) Hallervordens gefeiert wird und die Ex-Klamauk-Grösse ihre Rolle ganz prima mit tragikomischem Ernst meistert, während die Mehrheit seiner Altersheim-Mitbewohnerinnen und -bewohner fürchterlich klischiert ist, erinnert diese Durchhaltetestory und -mentalität bis zum (unglaublichen) Triumph arg an altes, deutsches Ufa-Kino. ★★★★★☆



Bis zum Sieg: Dieter Hallervorden.

Fragen Sie Knorr

Robin Williams ist ein begnadeter Schauspieler; er hat es in Filmen wie «Dead Poets Society», «Good Will Hunting» und vielen anderen bewiesen. Weshalb kriegt er seit über einem Dutzend Jahren trotzdem keine ernstzunehmenden Rollen mehr?

J. S., Suhr



Die Qualität der Rollen ist immer auch Geschmackssache. Komiker gegen ihr Rollenfach zu besetzen, ist reizvoll. Aber solche Rollen sind dünn gesät; dann kommt's auf den An-

Suzanne — Die Schwestern Suzanne (Sara Forestier) und Maria (Adèle Haenel) halten zusammen wie Pech und Schwefel – bis eines schönen Tages Julien (Paul Hamy), ein charmanter Luftikus, in Suzannes Leben tritt und die familiäre Bindung sprengt. Katell Quillévéré («Un poison violent») schildert den Werdegang der Schwestern, die früh ihre Mutter verloren und



Eindrucksvoll: Suzanne (Sara Forestier).

von ihrem Vater (François Damiens) liebevoll erzogen wurden, von Kindesbeinen an bis ins Erwachsenenalter. Das hemmt gelegentlich den Erzählrhythmus. Trotzdem ist Quillévéré ein psychologisch und emotional eindrucksvolles Porträt der Schwestern gelungen, deren gegenseitige Zuneigung von den nicht voraussehbaren Wendungen des Lebens auf die Probe gestellt wird. ★★★★★☆

Words and Pictures — Wörter oder Bilder? Was ist mächtiger, womit lässt sich mehr erreichen? Mit der Sprache und ihrer Genauigkeit oder mit der Wucht des Visuellen? Darum geht's in dem Dialogfeuerwerk von Fred Schepisi zwischen Juliette Binoche und Clive Owen. Beide sind Lehrer. Owen gibt den Zyniker, Ex-Autor, der seit Jahren nichts mehr geschrieben hat, und sie ist eine Ex-Malerin, die von Arthritis geplagt wird. Die intelligenten Dialoge von Gerald Di Pego («Message in a Bottle») sind ein Genuss und die Spiellust von Owen und Binoche eine wahre Freude. ★★★★★☆

spruch an, den der Schauspieler erhebt (oder sein Agent). Williams, der in einer TV-Show als Komiker vom Leder zog (die wieder abgesetzt wurde), wird demnächst auf der Leinwand im Sequel «Mrs. Doubtfire 2» zu sehen sein. An dieser Figur eines Geschiedenen, der sich als Frau verkleidet, um in der Nähe seiner Kinder bleiben zu können, scheiden sich die Geister. Für die einen war das eine Tragikomödie, für die anderen eine «Charleys Tante»-Klamotte.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Die Stimme der Gitarre

Von Peter Rüedi

Der Jazz hat seine eigene Stilgeschichte. Er ist aber auch ein Mikrokosmos von individuellen Klangqualitäten und Klangfarben. Im Klang selbst drückt sich da schon ein ganzes Temperament aus. Im Fall von Trompete und Saxofon ist dies leichter nachvollziehbar als in dem von vermeintlich «normierteren» Instrumenten. Ein delikates Beispiel ist das Piano von Hank Jones, diese gedämpfte Portatechnik, die auf Antrieb unverkennbar eine eigene Klangaura schafft. Nicht anders der Gitarrenklang von Philippe Catherine, ein schwer zu beschreibender, aber ganz unverwechselbarer Sound. Ähnlich ergeht es mir, wenn ich Wolfgang Muthspiel höre.

Nicht dass unerheblich wäre, was der Österreicher spielt, er ist auch im vermeintlich konventionellen Rahmen ein wagemutiger und überraschender Improvisator. Aber vor all dem ist da diese eigene Gitarrenstimme – selbst auf dem elektrischen Instrument hat sie eine warme «vokale» Qualität –, der wir auch dann noch gern zuhören würden, wenn sie uns das Telefonbuch rezitierte. Mit Larry Grenadier am Bass (dem ehemaligen Partner von unter anderem Brad Mehldau) und mit Brian Blade (dem Drummer von unter anderem Wayne Shorter) erzählt sie uns auf Muthspiels erster eigenen CD für ECM freilich auch inhaltlich Relevantes: je zur Hälfte auf dem akustischen und dem elektrischen Instrument. Selbst das frei improvisierte Titelstück «Driftwood» ist eine spontane Komposition, also eine aus dem Moment kristallisierte Form.

Eröffnet wird die Folge von acht konzentrierten, aber immer offenen und leuchtenden Einzelstücken durch «Joseph», eine Hommage an Joe Zawinul (eher an den Komponisten von «In a Silent Way» als an den von «Birdland»). Am Ende steht ein Epitaph für Michael Brecker. Innerhalb dieser Eckpunkte spielt das Trio eine starke interaktive Musik zwischen Muthspiels auch auf dem E-Instrument immer poetisch durchsichtiger Gitarre und ihren Kontrapunkten, Grenadiers singendem akustischem Holzbass und Brian Blades allgemeiner Verunsicherung der subtilen polyvalenten Rhythmik. Qualitäten wie Wohlklang und Swing sind dabei keineswegs tabu.



Wolfgang Muthspiel (mit Larry Grenadier und Brian Blade):
Driftwood.
ECM 2349 6025 375 6400

Grösstes Land, teuerste Scheidung

Vier Milliarden muss Dmitri Rybolowlew seiner Frau bezahlen. Die Karriere des russischen Oligarchen. Von *Hildegard Schwaninger*



Hälfte des Vermögens: Rybolowlew, Ehefrau Elena bei einem Fussballspiel von AS Monaco im März.

So eine teure Scheidung hat die Welt noch nie gesehen. Der russische Oligarch Dmitri Rybolowlew muss seiner Frau Elena nach 23 Jahren Ehe vier Milliarden Franken bezahlen. Ein Gericht in Genf hat entschieden; es ist die Hälfte seines Vermögens. Rybolowlew, 47, gehört mit einem geschätzten Vermögen von zehn Milliarden Dollar zu den hundert reichsten Menschen der Welt. Mit seiner Frau Elena hat er zwei Töchter, für die Dreizehnjährige bekommt die Mutter das Sorgerecht, die ältere Tochter Jekaterina kam schon einmal in die Schlagzeilen – als ihr der Vater ein 88 Millionen Dollar teures Apartment am New Yorker Central Park kaufte, die teuerste Studentenbude der Welt.

Rybolowlew gibt sein Geld gern aus. Von Donald Trump kaufte er für 100 Millionen Dollar das «Maison d’Amitié» in Palm Beach, seine Gemäldesammlung (vor allem klassische Moderne) soll 700 Millionen Dollar wert sein, er besitzt zwei Privatflugzeuge, darunter einen Airbus A319, und eine 100-Millionen-Dollar-Jacht. Seit 2011 gehören ihm zwei Drittel des Fussballclubs AS Monaco. Es wurde spekuliert, mit dem Kauf (und anderen irrwitzigen Käufen wie eben dem Apartment für die Tochter) wolle er das Geld vor dem Zugriff seiner Ehefrau retten.

23 Jahre war er mit Elena verheiratet, seit 2008 führen sie einen Rosenkrieg. 2004 war noch alles in Butter. Da hörte man in der Schweiz erstmals von dem sagenhaft reichen Russen. In Cologny

am Genfersee wollte er das Petit Trianon nach dem Versailler Schloss nachbauen, bekam aber von den Behörden keine Bewilligung wegen Überschreitung der zulässigen Gebäudehöhe.

Dmitri Rybolowlew wurde 1966 in Perm im Uralgebirge geboren, Elena ist seine Studentin. Er studierte Medizin, verdiente sein Geld auch als Krankenwagenfahrer in der kleinen Firma seines Vaters. Als Arzt in Perm verdiente er wenig; die pure Not soll ihn in die Geschäftswelt getrieben haben. Die erste Rubel-Million verdiente er mit Bierlieferungen von Moskau



300 Millionen Dollar: Roman Abramowitsch.

nach Perm. Es war die grosse Zeit der post-sowjetischen Goldgräberstimmung. Rybolowlew gründete eine Investmentgesellschaft und eine Privatbank, war Besitzer von Uralkali, ei-

nem der grössten Düngemittelhersteller der Welt. 1996 wurde sein raketenhafter Aufstieg kurzzeitig unterbrochen. Er kam ins Gefängnis, verdächtigt als Auftraggeber eines Mordes an einem Konkurrenten. Nach zehn Monaten wurde er freigelassen, weil ein Belastungszeuge seine Aussage widerrief. Der *businessman* verliess Russland, ging nach New York City, Monaco und Cologny am Genfersee.

Putin: «Eine Frage des Respekts»

Jetzt bietet uns Russland, das grösste Land der Welt, das Land der unvorstellbar verschwenderischen Oligarchen, auch noch die teuerste Scheidung der Welt. Von einem Mann, der die Öffentlichkeit scheut. Wie viele wirklich Reiche meidet Rybolowlew die Presse. Das letzte Interview gab er 2006 der russischen Wirtschaftszeitung *Wedomosti*, sporadisch spricht er mit dem Wirtschaftsmagazin *Forbes*. Die russischen Medien nennen ihn «den grossen Schweiger».

Russische Scheidungen kommen teuer. Roman Abramowitsch musste seiner zweiten Frau Irina, einer ehemaligen Stewardess, nach fünfzehn Jahren Ehe 300 Millionen Dollar zahlen. Das war 2007, damals die teuerste Scheidung der Welt. Ein Klacks, verglichen mit der Abfindung für Elena Rybolowlewa, die damit eine der reichsten Russinnen sein dürfte, in einer Liga mit Margarita Louis-Dreyfus.

Wenn man ganz, ganz oben ist, redet man nicht mehr vom Geld. Als Wladimir Wladimi-



Ganz oben: Ljudmila, Putins Ex-Frau.

rowitsch Putin im letzten Sommer in der Pause einer Ballettvorstellung von «La Esmeralda» seine Scheidung von Ljudmila bekanntgab (nach dreissig Jahren Ehe), gab es keine weiteren Kommentare. Schon gar nicht über finanzielle Regelungen. Dafür erklärte Putin am Fernsehen auf die Frage, wann es in Russland wieder eine First Lady geben werde: «Ich heirate erst, wenn meine Ex-Frau Ljudmila wieder geheiratet hat. Das ist für mich eine Frage des Respekts.» Worte, die man in unseren Breitengraden schon lange nicht mehr gehört hat ... Ja, die Uhren gehen definitiv anders in Russland.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Dame in Schwarz

Reicher als die Grimaldis und mächtiger: Warum wurde Monacos Immobilienkönigin Héléne Pastor niedergeschossen? Von Stefan Brändle



Ewiger Geldquell: Patriarchin Héléne Pastor mit Sohn Gildo, 2003.

Nein, die Pastors stammen nicht aus Sizilien. Im 19. Jahrhundert kam ihr Dynastiengründer als einfacher Maurer von Ligurien nach Monaco. Aber noch heute trägt die Clan-Chefin Héléne Pastor, wie einst ihre Mutter und Grossmutter, am liebsten Schwarz. Streng, katholisch und autoritär, von Insidern indes als sehr korrekt und herzlich geschildert, scheut die 77-jährige Patriarchin jedes Blitzlicht und kennt nur zwei Dinge im Leben: ihre Familie und ihre Immobilien. Dem Sohn gab sie den Namen ihres Vaters, Gildo. Ihr Milliardenvermögen taucht in keiner *Forbes*-Liste auf.

Tagelang im Koma

Geld aber schützt vor Unglück nicht. Anfang Jahr starb Hélénes zweiter Bruder an Krebs. Dann ereilte ihren Sohn Gildo ein doppelter Schlaganfall; halbseitig gelähmt, kann der Sonyboy der monegassischen Nächte nur noch lallen. Héléne, die ihm einen Monatslohn überwies, damit er nicht über die Stränge haute, besuchte ihn täglich in der Klinik in Nizza.

Am 6. Mai verliess sie sein Krankenbett gegen 19 Uhr. Als ihr verdunkelter Lancia Voyager losfuhr, zog ein wartender Mann ein Gewehr aus einem Sack und feuerte schweres Bleischrot ins Wageninnere. Der Chauffeur Mohamed wurde

tödlich getroffen, Héléne Pastor selbst erwischte es an Kinn, Hals und Brust. Tagelang lag die alte Dame im Koma. Vor ein paar Tagen soll sie wieder zu sich gekommen sein.

Für Monaco ist der Mordanschlag ein Schock: So etwas passt nicht zu einem friedlichen Mini-fürstentum, wo man die Schlüssel im Ferrari stecken lassen kann, wenn man Zigaretten holen geht. Der mit einem Komplizen entkommene Täter ist gut zwei Wochen später noch immer unbekannt. Die Polizei, so heisst es, tappe völlig im Dunkeln, auch wenn sie das Motiv nicht beim Privatchauffeur suche.

Dafür rollt sie wohl die Vergangenheit der Pastors auf. Hélénes Vater Gildo hatte nach den Weltkriegern, als sich in Monaco noch nicht die Altstars, Casinospiele und Steuerexilanten drängten, die halbe Strandpromenade aufgekauft. Überall baute er Hochhäuser. Wegen des zunehmend knappen Bodens hätte er sie für teures Geld weiterverkaufen können; doch er vermietete die Wohnungen und Büros lieber. Heute, da sich der Mietwert ver Hundertfach hat, ist das ein ewiger Geldquell. Das Vermögen der Pastors, die ein Fünftel der 20 000 Wohnungen Monacos besitzen sollen, wird auf 20 bis 30 Milliarden Euro geschätzt. Auf so viel kommen in ihrem Operettenpalast nicht einmal die Gri-

maldis, die Monaco als ihr Eigentum erachten, seit ihre Urahnen den monegassischen «Felsen» (*le rocher*) als Piraten erobert haben.

Das beantwortet indes immer noch nicht die Frage, warum die geschiedene Betonkönigin im Krankenhaus liegt und ihr Chauffeur auf dem Friedhof. So spriessen denn die Gerüchte ins Kraut. Nummer eins: Gildo junior habe sich mit grossspurigen Plänen für eine Formel 1 der Elektroautos, an der sich Leonardo DiCaprio beteiligen sollte, kräftig übernommen; nach seinem Schlaganfall habe Mutter Héléne den Gläubigern die Tür weisen müssen.

Doch gibt das ein Motiv für einen Mordversuch ab? Also Nummer zwei: Hélénes im Februar verstorbener Bruder Michel habe bei Investitionen in Kuba und Afrika wenig Glück gehabt. Doch seine seriöse Schwester liess die Finger davon. Sie mied auch Michels mondäne Freunde wie Fürst Albert II., Rockersohn David Hallyday oder den russischen Oligarchen Dmitri Rybolowlew, der 2011 den Fussballklub AS Monaco gekauft hat. Héléne Pastor spazierte lieber mit ihrem Schäferhund und ohne Leibwächter durch die mit Sicherheitskameras ausgestatteten Gassen Monacos.

«Gangs of Monaco»?

Nicht viel schlüssiger sind die «politischen» Gerüchte: Die kalabresische 'Ndrangheta breite sich mit Gewalt an der Riviera aus, die russische Mafia wasche über monegassische Immobilien immer mehr Geld. Das passt weder zu Héléne Pastors gutem Ruf noch zu ihrem Imperium: Geldwäscher kaufen Luxuswohnungen lieber, als dass sie sie mieten. Auch wirkte der Schütze nicht wie ein ausgefuchster Mafiakiller.

Bleiben die Marzoccos. Dieser andere Familienclan aus Ligurien war erst 1988 ins monegassische Immobiliengeschäft eingestiegen, als ihr Patriarch in San Remo entführt wurde (und zwei Wochen später freikam). Wenn die Pastors Monacos alte Paten sind, muss man die Marzoccos Parvenüs nennen. Derzeit bauen sie das neue Wahrzeichen des Fürstentums, den Wolkenkratzer Odéon mit 59 Stockwerken, davon zehn unterirdisch. Ein Quadratmeter kostet 91 000 Euro, die höchstgelegene Wohnung 300 Millionen. Viel wichtiger allerdings ist, dass der Fürst erstmals seit langem nicht die Pastors mit dem neusten Grossprojekt beauftragt hatte.

Riecht das nach Clan-Fehde, nach einer Art «Gangs of Monaco»? Nicht doch, die beiden italienischen Dynastien haben einen Burgfrieden geschlossen: 2012 verheirateten sie die Sprösslinge Valentina Marzocco und Jean-Baptiste Pastor an einer rauschenden Hochzeit in der Toskana. Monacos festlich-friedvolle Kulisse blieb intakt. Wenn da nur nicht der feige Mordversuch wäre. Vielleicht wünscht Héléne Pastor selber nicht, dass das französische Morddezernat in Marseille den Attentäter findet. In Monaco werden solche Dinge intern geregelt.

Flugobjekte

Von **Andreas Thiel** —
Ein Gespräch unter
ehemaligen Radfahrern.



Andreas: Wie fühlst du dich? Wie ein Eisberg in der Sahara?

Ueli: Eher wie eine Wanderdüne am Nordpol.

Andreas: Die Romands haben unseren Flieger abgeschossen. Was nun?

Ueli: Wir übergeben die Lufthoheit über

der Welschschweiz an Frankreich.

Andreas: Wird das teuer?

Ueli: Frankreich verlangt als Gegenleistung nur den freien Zugriff auf alle Bankkunden-daten in der Romandie. Eveline wollte den Franzosen diesen Zugriff sowieso ohne Gegenleistung geben. Wir konnten sie dazu überreden, wenigstens etwas Luftüberwachung auszuhandeln.

Andreas: Und Deutschland schickt zum Schutz die Kavallerie? Oder ist die schon unterwegs in die Ukraine?

Ueli: Deutschland hat keine Kavallerie. Putin weiss das. Deshalb droht Steinbrück Russland auch gar nicht erst mit der Kavallerie.

Andreas: Weil Putin nicht so leichtgläubig ist wie Eveline?

Ueli: Wenn Putin unser Bankgeheimnis verteidigt hätte, dann wäre es nicht gefallen sondern gälte jetzt auch für das Burgund, die Lombardei und Südtirol.

Andreas: Aber was macht unsere Luftwaffe nun ohne fliegende Haushaltgeräte?

Ueli: Zum Glück hat Zürich bei diesem Urnengang auch die Abschaffung der Kirchensteuer verworfen. So bleibt wenigstens noch etwas Schutz von oben.

Andreas: Kirchenschiffe statt Flugzeuge?

Ueli: Wäre die Titanic nicht die Brut des Fortschrittsglaubens, sondern das Kind wahren Glaubens gewesen wie die Arche Noah, dann wäre der Eisberg daran zerschellt.

Andreas: Und woran zerschellt die Demokratie? Am Sozialismus? An den Romands?

Ueli: Die Demokratie wird nicht zerschellen. Sie wird versanden im Wohlstand.

Andreas: Wer hätte gedacht, dass wir die Freiheit am Ende nicht gegen aussen, sondern gegen innen werden verteidigen müssen?

Ueli: Vielleicht kommt ja dann die EU zu Hilfe und befreit uns vom Wohlstand.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Drei Stämme

Die Modedesignerin **Kitten**, 35, die Computerspezialistin **Brynn**, 37, und die Verkäuferin **Doll**, 28, feierten kürzlich eine Weltpremiere: eine Hochzeit zu dritt. Jetzt hoffen sie auf **Drillinge**.



Schlüssel zur ewigen Liebe: Kitten, Brynn, Doll.

Kitten: Manche mögen unser Tun als blasphemisch beurteilen. Wir sagen: Einige Religionen erlauben die Vielehe, auch im Alten Testament kommt sie vor, ebenso wie in anderen heiligen Schriften. Wieso sollte dies also nicht unter gleichgeschlechtlichen Partnern möglich sein? Wir sehen in dieser Verbindung zu dritt den Schlüssel zur ewigen Liebe. Wichtig war uns, dass die – durch einen heidnischen Priester durchgeführte – Zeremonie neue Ideen mit alten Traditionen verband. Wir mussten bei den Vorbereitungen verschiedene Gefühle und Bedürfnisse unter einen Hut bringen. Das fällt auch vielen Paaren, die heiraten, nicht immer leicht. Oft macht der Mann dann, was die Frau will. Bei uns waren drei Frauen involviert! Eine nervenaufreibende Angelegenheit.

Brynn: Unsere Verbindung sollte durch drei grosse Holzstämme symbolisiert werden, die wir zuvor nächtelang im Wald gesucht hatten. Danach bemalten wir jeden einzelnen und besprenkelten ihn mit Glitzer. Wie heisst es so schön: Drei sich stützende Stämme werden nicht leicht auseinanderfallen. Die anderen wollten Eheringe, also habe ich mich angepasst. In dieser Beziehung herrscht echte Demokratie. Aus diesem Grund behielten wir unsere eigenen Nachnamen; alles andere wäre sehr kompliziert geworden, fanden Kitten und Doll.

Doll: Wir sind drei Personen mit grossen Familien. Alle einzuladen, hätte uns in den finanziellen Ruin getrieben, also mussten wir uns einschränken. Da sich in unserem Freundeskreis viele Allergiker befinden, verzichteten wir auch guten Gewissens auf ein mehrgängiges Dinner und sparten so viel Geld. Stattdessen gab es ein riesiges Früchtebuffet mit Schlagsahne.

Brynn: Wir trugen weisse Hochzeitskleider, inklusive Schleier und knallroter Accessoires. Den *speech* hatten wir sehr sorgfältig vorbereitet: Wir wollten, dass die Gäste und die Familien unsere Verbindung und die Entscheidung, mehr als einen Menschen für immer zu lieben, wenigstens ein wenig verstehen können.

Doll: In unserer polyglotten Gesellschaft sind die wenigsten Hochzeiten normal. Es gibt so viele Patchworkfamilien und Menschen mit den unterschiedlichsten religiösen, ethnischen, kulturellen und sexuellen Hintergründen, die zueinanderfinden und so auch immer wieder beweisen, dass die Liebe tatsächlich Berge versetzen kann. Menschen wie wir stellen die Toleranz der anderen aber auch auf eine Probe. Dessen sind wir uns bewusst, und dementsprechend gestalteten wir auch unsere Hochzeit.

Kitten: Menschen, die so leben wie wir, sind davon überzeugt, dass transparente Verhältnisse in einer Beziehung, die mehr als zwei Personen mit einschliesst, dem Fremdgehen vorbeugen und alle Beteiligten dauerhaft glücklich machen können.

Doll: Als wir uns endlich fertig gestylt hatten, begann es wie aus Kübeln zu schütten. Ein Zeichen des Himmels? Nein, sicher nicht. Obwohl die Gäste wollten, dass wir die Zeremonie verschieben, und den Regen vielleicht als Vorwand nahmen, damit diese Verbindung nicht würde stattfinden können, sprach Kitten in ihrer etwas unterkühlten Art nur einen Satz: «Es wird stattfinden.» Wir zogen den ganzen Event durch, und als wir nach dem Eheversprechen unter einem Dach aus Baumästen hervortraten, hellte der Himmel auf, und die Sonne strahlte auf uns herab. Das Glück blieb uns hold. In der Zwischenzeit ist Brynn schwanger geworden. Wir freuen uns wahn-sinnig. Am liebsten hätten wir **Drillinge**.

Protokoll: **Franziska K. Müller**

«Etwas für jedes Portemonnaie»

Silvio Denz hat eine gute Nase. In Zürich eröffnete er einen Flagship-Store der Kristallmanufaktur Lalique.

Wo setzt die Manufaktur Lalique heute die Schwerpunkte?

Wir haben das durch René Lalique gegründete Unternehmen 2008 übernommen und auf fünf Säulen aufgebaut. Diese entsprechen den fünf DNA-Strängen: Schmuck, Parfüm, dekorative Gegenstände, Inneneinrichtungen und Kunst. Bis zum Alter von vierzig Jahren war Lalique Juwelier; um 1900 begann er, mit Glas zu experimentieren, schuf für François Coty Parfümflakons und revolutionierte die Parfümindustrie weltweit. Über die Flakons kam er auf weitere Objekte aus Glas – René Lalique verwendete ausschliesslich Glas –, erst sein Sohn Marc begann nach Ende des Zweiten Weltkriegs mit Kristall zu arbeiten. Marc Lalique tat sich auch als Innenarchitekt und Möbeldesigner hervor. So richtete er den legendären Orientexpress ein, zeichnete für die Ausgestaltung diverser Pariser Museen oder des Kaiserpalasts von Tokio verantwortlich, in Amerika für Warenhäuser wie das berühmte Henri-Bendel-Haus. Das ist die Richtung, in die auch wir gehen möchten: weg von der reinen Kristallglasbearbeitung in Richtung eines modernen Lifestyle-Brand. Wir vermarkten die Lalique-Welt auf hohem Luxusniveau in Verkaufspunkten sämtlicher Metropolen wie etwa Harrods in London oder in unserem neuen Flagship-Store in Zürich.

Produziert Lalique noch Reeditionen?

Wir besitzen über hundert Jahre alte Werkzeuge von René Lalique, doch Reeditionen sind kein Hauptgeschäft. Diverse Werke der 1920er Jahre gehören aber heute noch zu den Bestsellern, wie zum Beispiel die ikonische Vase mit den «Bacchantes», den im Reigen tanzenden Bacchantinnen. Gleichzeitig bringt unser eigenes Kreativteam einmal jährlich eine Kollektion heraus, in Anlehnung an die Lalique-Tradition des satinierten Kristalls, im Gegensatz zu unseren Mitbewerbern Saint-Louis oder Baccarat, die eher für durchsichtiges Kristall bekannt sind.

Lalique ist ein Synonym für Art déco und Jugendstil. Wo ist Lalique zeitgenössisch?

In unsere jährlichen Kollektionen fliessen Tendenzen modernen Designs ein. Andererseits passt Art déco nach wie vor zu allem, zu Möbeln oder Gegenständen des täglichen Gebrauchs, sei es in einer älteren oder in einer Jugendstilwohnung. Art déco ist zeitlos. Mir war es von Beginn weg wichtig, dass wir mit zeitgenössischen Künst-

lern und Designern wie auch mit grossen Marken zusammenarbeiten. So haben wir mit Jean Michel Jarre eine iPod-Station produziert, eine Lautsprecheranlage, mit Parmigiani die «Clock 15 Days», eine Tischuhr, oder mit Tom Ford seinen Duft «Black Orchid». Mit Bugatti machen wir ein Auto, von dem es nur drei Stück gibt, das wird in diesem Jahr in Pebble Beach, Kalifornien, vorgestellt. Mit Steinway produzieren wir ein Piano.

Farbglas ist bei Lalique ein Nebenprodukt, ist das richtig?

Transparentes Glas macht siebzig Prozent aus, dreissig Prozent sind farbiges Glas – wie das Yves-Klein-Blau. Dann gibt es ganze Kollektionen wie die kleinen Glasfische, die in bis zu dreissig verschiedenen Farben erhältlich sind.

Sie bringen Erfahrung aus der Parfümbranche mit. Wie sind Lalique-Düfte positioniert?

Ich war früher Inhaber der Alrodo mit 120 Filialen. Als ich das Unternehmen im Jahr 2000

verkaufte, sagte ich mir: «Schuster, bleib bei deinem Leisten.» Ich wollte nur noch das tun, was mir Spass macht. Deshalb gründete ich die Art & Fragrance SA und begab mich auf die Suche nach Marken. Als ich 2007 hörte, dass Lalique mit seiner Jahrhunderttradition zum Verkauf steht, interessierte ich mich sofort für den Parfümbereich. Die damaligen Inhaber beschieden mir jedoch, dass die Firma nur als Ganzes in andere Hände gegeben werde. So entschied ich mich für den Kauf der Kristallerie und kam dazu gewissermassen wie die Jungfrau zum Kind. Zu Ihrer Frage: Den Parfümanteil von Lalique schätze ich als sehr hoch ein. Als ich übernahm, betrug unser Gesamtumsatz weniger als 10 Millionen, heute gehen wir in Richtung 25 Millionen Franken. Ein Riesenmarkt, der wichtig ist auch für die Marke als Botschafterin. Nicht jeder verfügt über die Mittel, ein teures Kristallobjekt zu erstehen, daher bieten wir Duftkerzen oder eben Parfüms im unteren Preisbereich an, ebenso Kunstwerke für 150 000 Franken und mehr. Wir haben etwas für jedes Portemonnaie.

Silvio Denz zählt laut Bilanz zu den 300 reichsten Schweizern. 2008 erwarb er die Kristallmanufaktur Lalique. Erfolgreich ist er auch in den Bereichen Kunsthandel, Immobilien, Wein und Parfüms/Kosmetik.

Die Fragen stellte Jürg Zbinden.



«Art déco ist zeitlos»: Unternehmer Denz.

De senectute

Von Peter Rüedi



Der Wein und das Alter: auch ein Thema, bei dem die Vorurteile gleich auf mehreren Ebenen die Wahrnehmung vernebeln. Wie meist enthalten sie ein Korn Wahrheit, nie aber die ganze. Dass nicht jeder Wein mit dem Alter besser wird, musste schon mancher erfahren, der einen ererbten Keller schätzen liess und lernte, dass auch Bordeaux-Weine vergreisen, nicht zu reden von filigraneren Provenienzen. Dass Alter eine Voraussetzung für kompetente Wertschätzung von Weinen ist, ist ein Irrglaube betagter (vorwiegend männlicher) Trinkrunden – wenn auch zuzugeben ist, dass der Genuss alter Weine einiges an Erfahrung voraussetzt. Und nicht einmal die Meinung, von alten Reben kämen die grössten Weine, kommt ganz ohne zusätzliche Differenzierung aus: Alte Stöcke produzieren zwar weniger und damit konzentrierter (auch dank tieferer Wurzeln), aber Mengenbeschränkung lässt sich auch bei jüngeren bewerkstelligen. Wenn Importeur Schuler in Seewen als über 300-jährige Weinhandlung von seiner spanischen Hausmarke «Don Pascual» eine limitierte Auflage «Cepas Antiguas» anbietet, spielt er gewissermassen den doppelten Altersbonus. Und relativiert ihn sogleich durch den Umstand, dass der Wein ein (für seine Preisklasse) anderes Tabu bricht: Er ist eine Cuvée aus verschiedenen Sorten (mehrerheitlich Tempranillo, etwas Syrah, Merlot, Cabernet), und mehreren Provenienzen: offen, aber bereits ausgebaut von Produzenten in Navarra, Ribera del Duero und La Mancha bezogen und in der Innerschweizer Kellerei komponiert. Nach alter Väter Sitte. Ungewöhnlich ist das Verfahren nur im gehobenen Preissegment – wo doch die Verbundenheit mit einem bestimmten Terroir längst zur Voraussetzung von Nobilität geworden ist. Dachte ich mir, bevor ich die Flasche öffnete und zum Schluss kam: Wieder mal alles egal, die ganze Öno-Ideologie, angesichts dieses expressiven, schönbalancierten, vollmundigen und doch pfiffigwürzigen Rotweins. Er ist schon präsent. Wird aber in den nächsten fünfzehn Jahren noch besser. Bis auch er (siehe oben) das Zeitliche segnet.

Don Pascual Cepas Antiguas XI. 13,5%.
Schuler, Seewen. Fr. 42.–. www.schuler.ch

Kathedrale des guten Geschmacks

Im «Le Louis XV» in Monaco begann die Weltkarriere von Alain Ducasse: Mittelmeerküche, maximal reduziert. Von David Schnapp



Rohe, einfache Küche der besten Produkte: Ducasse-Küchenchef Dominique Lory.

Die Karriere von Alain Ducasse ist reich an grossartigen Geschichten. Der junge Ducasse, aufgewachsen als Bauernsohn im Südwesten Frankreichs, wollte gegen den Widerstand seiner Mutter Koch werden. Er setzte sich durch, lernte unter anderem bei Roger Vergé und Alain Chapel; 1984 erhielt «La Terrasse» in Juan-les-Pins unter seiner Leitung zwei Sterne im «Guide Michelin». Kurz darauf stürzte er mit einem Kleinflugzeug in den Alpen ab und überlebte schwerverletzt als einziger Passagier.

Ducasse kämpft sich zurück. In einem Interview mit der *Zeit* schildert er, wie er im Krankenbett weitergekocht hat, wie er in seinem Kopf Gerichte und Speisekarten zusammensetzte. Im damals knapp 30-jährigen Franzosen wuchs die Erkenntnis, dass man den Beruf des Kochs auch anders als am Herd ausüben kann.

Nach seiner Genesung erhielt Ducasse von Fürst Rainier 1987 das Angebot, ein Toprestaurant in Monaco zu etablieren. So entstand «Le Louis XV» im «Hôtel de Paris», das 2012 sein 25-Jahr-Jubiläum feierte. Ducasse liess sich in den Vertrag schreiben, dass man ihn entlassen könne, wenn er nicht binnen drei Jahren drei Sterne erkokt haben würde. Er schaffte es in 33 Monaten. Ducasse war der erste Küchenchef der Welt, der in drei verschiedenen Restaurants drei Sterne erhielt (Monaco, Paris, London). Und nun sitze ich hier, in dieser Kathedrale des guten Geschmacks, deren Opu-

lenz dem Namen «Louis XV» mühelos gerecht wird. Hier werden die Kellner von Choreografen geschult, um ein perfektes Serviceballett aufzuführen zu können. Hier wird die rohe, einfache Küche der besten Produkte gepflegt. Nach Ducasse setzt sich hochstehende Küche zu 60 Prozent aus dem Produkt, zu 35 Prozent aus Technik und zu 5 Prozent aus Kreativität zusammen.

Ultrafrisch à la minute

Eine tomatengetränkte Tartine mit rohem Gemüse, Wachtelei, einem Stück Sardine und bestem Olivenöl gibt es zu Beginn. Es folgen hocharomatische Gamberoni aus San Remo mit grün-schwarz schimmerndem Kaviar und einem cremigen, würzigen Krustentiergelee, das im Mund zerfliesst und am Gaumen nachhaltig Eindruck macht.

Die Küche ist radikal auf das Wesentliche reduziert: ultrafrische Zutaten, meist à la minute zubereitet und schmucklos auf goldumrandeten Tellern präsentiert. Es ist in dieser Radikalität eine grosse Küche mit Weltgeltung.

Le Louis XV – Alain Ducasse:

Hôtel de Paris, Place du Casino, 98 000 Monte-Carlo, Monaco. Tel. +33 377 98 06 88 64
www.hoteldeparismontecarlo.com
Dienstags und mittwochs geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Haptik des Autos: Mass am Grand Prix von Monaco, 1976.

Auto

Der gute Raser

Der legendäre Formel-1-Pilot Jochen Mass über die Ästhetik des Rasens und seinen Glauben an die Menschen.

Für mich war Autofahren immer eine Leidenschaft. Zum Rennfahren bin ich nicht aus irrationalen Gründen gekommen, es war für mich eine ästhetische Übung. Es geht darum, wie man ein Fahrzeug bewegt. Schnell auf einer Geraden zu sein, hat mich nie interessiert. Das Reizvolle war die Haptik eines Autos: dass ich in einer bestimmten Weise fahren und schalten kann. Möglichst sauber und leicht driftend durch eine Kurve zu kommen, war mein Ziel. Ich wusste immer: Wenn ich schöner fahre, bin ich automatisch schneller.

In den siebziger Jahren war ich ein guter Freund von James Hunt. Es ist nicht so, wie es im Film «Rush» dargestellt wird, dass er gewissermaßen die Nähe zum Tod gesucht hat. James hat die Formel 1 gefürchtet, es wurde ihm bang, wenn er daran dachte, was alles passieren kann. Zwischen dem kühlen Niki Lauda und dem leidenschaftlichen Hunt war ich der Romantiker. Ich habe die Welt geliebt, deshalb betrieb ich zunächst Seefahrt. In der Rennerei gab es das Drama und den Tod gar auf der einen Seite und die unglaublichen Möglichkeiten, die



Driften: Jochen Mass.

man hatte, auf der anderen: die Welt zu sehen und zu genießen.

Ich habe als Vierzehnjähriger mit dem Volkswagen meiner Mutter gelernt, Auto zu fahren. Erst später haben mich die Rennpilote fasziniert wegen ihrer Erscheinung und ihres Benehmens.

Diese Aura von Weltfremtheit hat mich angezogen. Die Autos selbst und die Rennen waren ja gefährlich, immer wieder verunglückten Kollegen tödlich.

Es hat mich stets gewundert, dass der Mensch so dumm ist, dass er sich politisch derart blöd verhält – wenn man an aktuelle Konflikte in Syrien, in der Ukraine oder im Nahen Osten denkt. Aber es scheint ein zwanghaftes Verhalten zu sein, das wir nicht bewusst steuern können. Ich bin deshalb nicht enttäuscht von den Menschen. Das ist der Gang der Dinge. Trotz-

dem kann der Mensch selbst im grössten Unglück das Positive sehen. Deshalb glaube ich an das Gute.

Während eines Rennens habe ich natürlich nicht über den Gang der Dinge nachgedacht. Wenn ich im Auto sass und zu den Tribünen blickte, wurde es manchmal ganz still um mich. Man ist in so einem Moment verschiedene Personen gleichzeitig. Die eine schaut sich um, die andere ist der Fahrer. Ich konnte – zum Beispiel am Nürburgring – einzelne Gesichter von Bekannten in den Zuschauerreihen erkennen, während ich durch eine Kurve driftete. Es ist faszinierend, was uns die Wahrnehmung ermöglicht.

Heute ist das Autofahren bei uns verpönt. Man ist deshalb völlig neurotisch unterwegs, was wiederum zu Unfällen führt. Man setzt sich nicht mehr mit dem eigentlichen Fahren auseinander, sondern schaut nur noch von Verkehrsschild zu Verkehrsschild, in der ständigen Angst, etwas Verbotenes zu tun.

Jochen Mass, geboren 1946, fuhr zwischen 1973 und 1982 105 Formel-1-Rennen. Der gelernte Seefahrer war Teamkollege und Zimmergenosse des berechtigten James Hunt bei McLaren. Mass gewann 1985 das 1000-Kilometer-Rennen Circuito del Mugello und 1989 die 24 Stunden von Le Mans. Dieses Gespräch fand am Rande des Grand Prix Historique 2014 von Monaco statt.

Aufgezeichnet von **David Schnapp**



«Wichtig, dass weibliche Rundungen da sind»: Landolt, Trainerin und Model.

MvH trifft

Cindy Landolt

Von Mark van Huisseling — Was muss passieren, damit aus einem 59-Kilo-Model eine 79-Kilo-Kraftsportlerin wird?

Wie viel Sport hast du heute schon gemacht?» (Das Gespräch fand statt an einem Dienstag um 15.30 Uhr.) «Ich selber habe heute noch nicht trainiert; das kommt aber noch. Ich habe um 8 Uhr angefangen und jede Stunde durchgehend bis um zwei [14 Uhr] ein Training gegeben.» – «Was hast du bereits gegessen?» («Sie nimmt sechs Mal am Tag Nahrung zu sich, hält so den Stoffwechsel auf Trab», *Tages-Anzeiger*.) «Ich muss schauen, dass ich genug Eiweiss zu mir nehme, damit die Muskulatur mit genug Nährstoffen versorgt ist; zum Zmorge Rührei mit Zwiebeln, Tomaten, dazu Brot; zwischendurch einen Protein-Shake, das geht zackig, und ich kann dem Körper genau das geben, was er braucht.» – «Schmeckt dafür nicht, oder?» – «Doch, wenn man die richtigen Produkte auswählt.» (Sie verkauft eigene «Nahrungsergänzung».) «Und Mittagessen?» – «Meistens etwas, was ich vorgekocht habe, heute Chili con Carne.»

Cindy Landolt ist Personal Trainerin, Kraftsportlerin und Fitnessmodel. Sie ist 1,79 Meter gross und 79 Kilo schwer, der Fettanteil ihres Körpers liegt bei 11 Prozent (ist selten, weist auf entweder sehr schlanke oder starke Menschen hin). Wer bei Google nach Bildern von ihr sucht, findet, sagen wir, interessante Aufnahmen; darunter Fotos von zirka 2005, damals wollte sie Miss Zürich werden (sie wurde Zweite, hinter Ellen Tkatch, heute Girod) und hatte, in meinen Augen, eine super Figur (59 Kilo). Neun Jahre später/20 Kilo Muskeln (und Brustimplantate) schwerer ist das Bild ein anderes. Sie ist verheiratet (mit einem Mann, der auch sportlich sei) und lebt in Wollerau, demnächst eröffnet sie in Zürich ihr eigenes Fitnessstudio.

«Du sagst, du seist Kraftsportlerin, nicht Bodybuilderin; was ist der Unterschied?» – «Ich mache keine Wettkämpfe, es ist für mich ein Lifestyle. Es ist mir wichtig, dass ich gesund bin; mein *well-being*. Teste ich meine Limiten kör-

perlich? Ganz klar, aber es ist nicht mein Ziel, mehr Muskelmasse aufzubauen, es ist mir wichtig, dass die weiblichen, schönen Rundungen und Formen noch da sind.» – «Ist Bodybuilding ungesund?» – «Nein, ist es nicht, mit der richtigen Betreuung und Führung.» – «Es sieht nicht so gesund aus.» – «Es ist, mit der korrekten Ernährung und Trainingstechnik, sogar sehr gesund.» – «Was ist passiert, dass aus dem 59-Kilo-Model die 79-Kilo-Kraftsportlerin wurde?» – «Ich war schon immer sportlich. Ich meine, die 59 Kilo – ich war ein Mädchen, sechzehn-, siebzehnjährig. Jetzt bin ich eine Frau, es ist logisch, alle Leute verändern sich in dieser Zeit. Das Modeln hat mich interessiert, aber ich habe schon früh Spitzensport gemacht [Kunstturnen, rhythmische Sportgymnastik]; mit zwölf, dreizehn hatte ich schon einen definierten Bauch, schöne Beinmuskulatur und, und, und. Ich bin nicht das typische Model, mir hat das Schlanksein nicht zugesagt, ich habe das Essen immer genossen. Und das Training.»

«Ich vermute, du hättest es einfacher haben können als Miss/Model: einen reichen Mann, ein schönes Haus, schickes Auto, zwei stramme Kinder... Trauerst du dem nicht nach?» – «Nein, ich bin so aufgewachsen, dass ich es selber schaffen kann. Ich glaube an mich. Es war nicht mein Ziel, so bald wie möglich zu heiraten und Kinder zu haben, mein Leben ist extrem spannend.» – «Wie lange kann man Kraftsport machen, wie du ihn machst?» – «Ich weiss es nicht, ich möchte es so lange wie möglich machen. Ich habe einen Kunden, der ist siebzig, aber seine Fitness... da mag nicht mancher Dreissigjährige mithalten. Und ich wünsche es fünfzigjährigen Frauen, dass sie sich noch sexy fühlen und Krafttraining machen können.» – «Und wie ist das in der Paarbeziehung, wenn die Frau stärker ist als der Mann?» – «Ähm, ich glaube, es gibt nicht das typische Mann-Frau-Verhältnis bei mir daheim. Ich sehe es mehr so, dass wir zwei eigenständige Persönlichkeiten sind.» – «Kannst du schwach sein?» – «Grundsätzlich würde ich sagen: Wenn ich etwas mache, ziehe ich es zu hundert Prozent durch. Es ist aber nicht so, dass ich das Gefühl habe, ich müsse überall die führende Position übernehmen.» – «Wo nicht?» – «Wenn mein Mann und ich weggehen, habe ich es gerne, wenn er mir, zum Beispiel, den Koffer trägt und die Tür aufhält, und wenn er fährt.» – «Und wenn ein Säbelzahn tiger vor der Wohnung oder Höhle sitzt – erwürgt ihn dein Mann oder du, weil du stärker bist?» – «Ich war noch nie in einer Situation, in der ich das Gefühl hatte, ich sei stärker oder er sei stärker. Es ist kein Ego dabei.» – «Macht ihr Armdrücken, zum Rausfinden, wer stärker ist?» – «Nein, machen wir nicht, die Verletzungsgefahr ist zu gross. Wir machen Bankdrücken.»

Ihr liebstes Restaurant: «Ein Restaurant in der Nähe, wo wir wohnen, wo sie feines Fleisch servieren». «Sternensee», Sternen 1, Samstagern, Tel. 044 784 38 35.

	1	2	3	4		5		6		7	8	9	10	11
12						13	14		15		16			
17						18				19				
		20				21							22	
23	24						25					26		
				27		28				29				
30		31	32					33						
	34						35	36			37		38	
39					40					41				
42							43			44				
		45								46				
47							48					49		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Der Glaube daran verspricht Besserung

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Gewichtige Sache in Sachen Biceps und so. 7 Die ukrainische Stadt entspricht in etwa Chur. 12 Sie hat mit päpstlichem Segen das totale Sagen. 13 Paradiesisch anmutende Zeitangabe. 16 Ein Teil von EDI, nämlich die prüfende. 17 Buchstäblich im Sandwich von Mandana und Romeo Kia. 18 Nicht kreuzverkehrt, von Kreuzfahrten zu sprechen. 20 Schicksalhaft, sagt der Fatalist. 22 Kurzgeschaltete integrierte Schaltung. 23 Eine grosse Nummer beim modernen Geldverkehr. 25 Mit der Comtesse nachbarlich verbunden. 27 In Afrika angebaut, zerkaut dann anregendes Kraut. 29 Die einen kampie- ren, die andern begnügen sich damit. 30 Da wird jedem Ton Nachdruck verliehen. 33 Ein Gewächs ganz nach dem Geschmack von Plinius dem Älteren. 34 So eine Art Ätna Costa Ricas. 35 Seher sehen es, sagen sie zumindest. 37 Was die AFTA in Südostasien, ist sie im Kleinen fast genau so in Europa. 39 War einst Initiationsritual, ist heute banale Frotzelei. 41 Messe-Trio: Igeho, Lefatec und sie. 42 Alles inklusive, typisch Hannelore. 43 Hocker, und also auch für nicht eben lockeres Sitzen. 45 Er ist oft rund und ziemlich nahe beim Mund. 46 Der von 43 waagrecht, doch bequemer und aus Portugal. 47 Ein Teil, beim Möbel wie beim Menschen. 48 Sie sind meist gute Schwimmer. 49 Notruftelefon und Nettoregister- tonne sind so nicht mehr unterscheidbar.

Senkrecht — 1 Die ..e.le verschleiert und verschliesst. 2 Stadt in Papua-Neuguinea, einwohnermässig auf Platz 3. 3 In 80 Tagen um die Welt - per DVD mit ihm. 4 Masse für die Masse, geht auf und weg wie frische Brötchen. 5 Womit der Saal ruhig wird. 6 Berechtigt die Frage: aus welchem Grund? 8 Die kleine, runde Wilde schmeckt blau besonders. 9 Es geht zweimal um das Umweltmanagementsystem, aber nur kurz. 10 Das Gericht fällt keine Urteile. 11 Die Mafia kennt man auch in jenem afrikanischen Staat. 12 Name für Frucht und Farbe. 14 So kann man Appenzeller nun wirklich nicht nennen! 15 Für Kant war in allen ... auch etwas Positives. 19 Ruck, zuck, nur ein Tastendruck um reinzukommen. 21 Frage, um in London mehr zu erfahren. 24 Die indische «Stadt der Seen» und, vor 30 Jahren, der Katastrophe. 26 TV-Sprech: etappenmässige Aufteilungen. 27 Was die Biennale für Venedig, ist die documenta für dort. 28 Hilfsmittel für Amis. 31 Steht sie vor dem Graben, haben Schweizer teils Probleme. 32 In der Weihnachtszeit sind sie unübersehbar. 33 Solch ein Bett wird damit zum Pleonasmus. 36 Sie verkehrt im Untergrund. 38 Vandalisches Erbe als Rohkost – köstlich. 39 Das englische Küchenkraut – für uns eher bitter. 40 Bäumig, ihre kleinen Katzen, die nicht kratzen. 41 Sie ist bei Künstlern beliebt. 44 Pariser Tanzlokal ohne Namen.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 368

P	R	O	V	E	N	C	E			W	H	A	L	E
E		M		N	O	L	I	V	I	E	R			D
T	A	E	N	Z	E	R	I	N		R	I	T	Z	E
A	L	T	A	I		N	A	T	U	R	R	E	I	N
	M	O	R	O	N	I		E			A		G	
	A		N			C	H	R	I	S	T	M	A	S
M	A	G	I	S	C	H		E	N	T			R	
U	T	E		C		E	I	S	K	U	E	B	E	L
L	A	S	C	H	E			S	A	M	M	E	T	
D		T	O	R	T	U	G	A		M	A	N	T	A
E	H	E	M	A	N	N		N		E	I	N	E	
N		N	O	T	A	S		T	A	L	L	I	N	N

Waagrecht — 1 PROVENCE 6 WHALE (engl. f. Wal) 10 OLIVIER (französisch für Olivenbaum) 12 TAENZERIN 15 RITZE 17 ALTAI 18 NATURREIN 19 MORONI (Hauptstadt der Komoren, Prophet) 20 CHRISTMAS (engl. f. Weihnachten) 23 MAGISCH 26 ENT 27 UTE 28 EISKUEBEL 31 LASCHE 34 SAMMET (schweiz. f. Samt) 35 TORTUGA 37 MANTA 38 EHEMANN 39 EINE 40 NOTAS (span. f. Noten) 41 TALLINN

Senkrecht — 1 PETA (das Billiardenfache einer Einheit) 2 OMETO 3 ENZIO 4 CORNICHE (generell eine Küstenstrasse/Promenade) 5 ELIA (Kazan, Regisseur des Filmes Ein Gesicht in der Menge) 6 WIRR 7 HEIRAT 8 ARTE 9 EDEN 11 INTERESSANT 13 ALMAATA (früherer Name von Almaty) 14 NARNI 16 ZIGARETTEN 21 INKA 22 STUMMEL 23 MULDEN 24 GESTEN 25 SCHRAT 29 EMAIL 30 BENNI (Kurzform von oben genannten) 32 COMO (-see, span. f. wie) 33 ETNA (it. f. Ätna) 36 UNS

Lösungswort — **NOTSITUATION**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Was auch immer Ihre Vorstellung einer guten Vorsorge ist: *UBS-Vorsorgeberatung*.

Jetzt vorsorgen und Beratung
vereinbaren: 0800 001 981
www.ubs.com/vorsorge

